

JAHRESFINANZBERICHT 2008/09
1. OKTOBER 2008 – 30. SEPTEMBER 2009

2009



**UNTERNEHMENS
INVEST AG**

UNTERNEHMENSKENNZAHLEN

2008/09

UIAG-GRUPPE

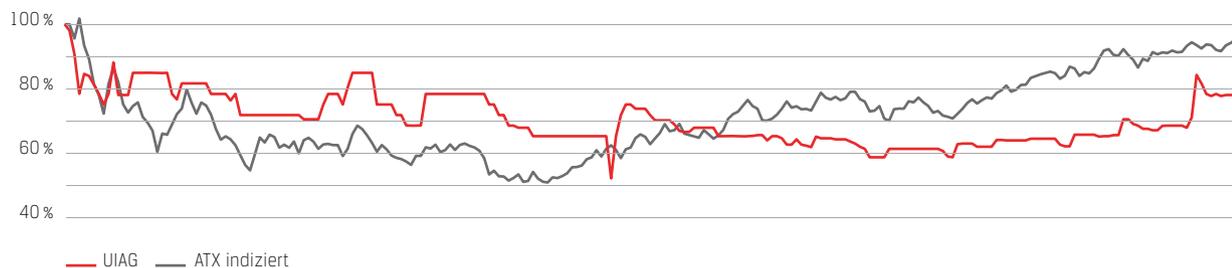
Eigenkapital	55,90 m€
Gewinn der betrieblichen Tätigkeit (EBIT)	3,50 m€
Gewinn des Geschäftsjahres	3,88 m€
Eigenkapitalquote in % des Gesamtkapitals	51,1 %

BÖRSEDATEN

Ergebnis je Aktie	0,66 €
Dividende je Aktie	0,00 €
Anzahl der Aktien	4.000.000
Schlusskurs (Ultimo)	11,95 €
Höchstkurs	15,00 €
Tiefkurs	8,00 €
Marktkapitalisierung (Ultimo)	47,80 m€

Eine Angabe von Vergleichszahlen des Vorjahres unterbleibt, da die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2008/09 erstmals einen Konzernabschluss nach IFRS erstellt hat.

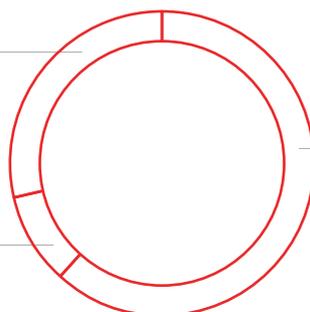
ENTWICKLUNG DER UIAG-AKTIE (1.10.2008–30.9.2009)



AKTIONÄRSSTRUKTUR (30.9.2009)

28,35 % Streubesitz

9,70 % Oberbank PE Holding GmbH



61,95 % CROSS Industries AG

Die UIAG übt nunmehr die Funktion einer geschäftsführenden Holding aus und strebt im Rahmen einer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Beteiligungs- politik Mehrheitsbeteiligungen an. Im Fokus liegen Investments im Industrie- und Dienstleistungsbereich.



05	Ein innovativer Kapitalpartner	19	Bericht des Aufsichtsrats
06	Organe der Gesellschaft	20	Corporate Governance-Bericht
07	Vorwort des Vorstands		
08	BETEILIGUNGSPORTFOLIO	23	KONZERNABSCHLUSS 2008/09
08	Varioform PET Verpackung GmbH	24	Konzernbilanz zum 30. September
09	Austria Email AG	26	Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
09	Carpet & Acoustic Products GmbH, Durmont Teppichbodenfabrik GmbH	27	Konzern-Kapitalflussrechnung
10	JCK Holding GmbH Textil KG	28	Entwicklung des Konzern-Eigenkapitals zum 30. September
10	InfoTech Holding GmbH	29	Konzernanhang
10	IDENTEC Solutions AG	64	Uneingeschränkter Bestätigungsvermerk
12	KONZERNLAGEBERICHT 2008/09	66	Erklärung aller gesetzlichen Vertreter
12	Entwicklung der Gesellschaft	67	Wichtige Informationen: Finanzkalender, Investor Relations
13	Beteiligungsportfolio		
14	Ergebnis- und Bilanzanalyse		
15	Liquiditätsanalyse		
15	Investitionen		
15	Mitarbeiter		
15	Risikobericht		
16	Nachhaltigkeit		
17	Corporate Governance Kodex		
17	Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag		
17	Offenlegung gemäß § 243a UGB		
18	Ausblick auf das Geschäftsjahr 2009/10		

VISION

Die Unternehmens Invest AG übt nunmehr die Funktion einer geschäftsführenden Holding aus und strebt im Rahmen einer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Beteiligungspolitik Mehrheitsbeteiligungen an. Im Fokus liegen Investments im Industrie- und Dienstleistungsbereich.

STRATEGIE

Die Beteiligungsstrategie der Unternehmens Invest AG wird mit der strategischen Ausrichtung der CROSS Industries AG abgestimmt, um Synergiepotenziale zu nutzen und Überschneidungen zu vermeiden. Diese Schnittstelle unterliegt, der Unternehmenspolitik der CROSS Industries-Gruppe folgend, dem „Arms-Length-Prinzip“. Die Kapitalmarktorientierung – die Unternehmens Invest AG wird gerade auf Wunsch des Mehrheitseigentümers ihre Börsennotierung beibehalten – ist auch weiterhin ein wesentlicher Bestandteil der Unternehmenspolitik.

ENGAGEMENT

Die Unternehmens Invest AG übernimmt als geschäftsführende Holding Managementverantwortung und ist in der aktiven Strategieführung der Beteiligungsunternehmen tätig.

TRACK RECORD

Die Unternehmens Invest AG hat eine Vielzahl von etablierten Unternehmen bei der Erreichung neuer wirtschaftlicher Ziele unterstützt und dabei die Börseneinführungen zum Beispiel von BENE, Andritz, Wolford, Palfinger und Binder+Co begleitet.

VORSTAND

Mag. Friedrich Roithner

Alleinvorstand seit 1. Mai 2009

Erstbestellung: 12. März 2008, Ende der laufenden Funktionsperiode: 31. März 2011

Aufsichtsratsmandate: Stellvertretender Vorsitzender der BRAIN FORCE HOLDING AG, Mitglied der BEKO HOLDING AG

AUFSICHTSRAT

Dr. Rudolf Knünz

Aufsichtsratsvorsitzender seit Mai 2007, Mitglied des Aufsichtsrats seit November 2005, gewählt bis zur Hauptversammlung im Jahr 2010

Vorstand der CROSS Industries AG

Weitere Aufsichtsratsmandate: Vorsitzender der Austria Email AG, der CROSS Motorsport Systems AG und der KTM Power Sports AG, Stellvertretender Vorsitzender der Pankl Racing Systems AG, Mitglied der BEKO HOLDING AG

DI Stefan Pierer

Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender seit Mai 2007, Aufsichtsratsvorsitzender von November 2005 bis Mai 2007, gewählt bis zur Hauptversammlung im Jahr 2010

Vorstand der CROSS Industries AG, der CROSS Motorsport Systems AG und der KTM Power Sports AG

Weitere Aufsichtsratsmandate: Vorsitzender der Pankl Racing Systems AG, Mitglied der Austria Email AG, der BEKO HOLDING AG, der BRAIN FORCE HOLDING AG und der Eternit-Werke Ludwig Hatschek AG

Dr. Ludwig Andorfer

Aufsichtsratsmitglied seit Mai 2002, gewählt bis zur Hauptversammlung im Jahr 2012

Mitglied des Vorstands der Oberbank AG

Weitere Aufsichtsratsmandate: Vorsitzender der Drei-Banken-Versicherungs-AG, Mitglied der Danube Equity Invest AG, der Mezzanin Finanzierungs AG und der Pay Life Bank GmbH

Josef Blazicek

Aufsichtsratsmitglied seit April 2008, gewählt bis zur Hauptversammlung 2013

Gesellschafter der OCEAN Consulting GmbH

Weitere Aufsichtsratsmandate: Vorsitzender der BEKO HOLDING AG und der CROSS Industries AG, Stellvertretender Vorsitzender der CROSS Motorsport Systems AG, Mitglied der BRAIN FORCE HOLDING AG, der Pankl Racing Systems AG und der Update Software AG

Dr. Ernst Chalupsky

Aufsichtsratsmitglied seit Mai 2007, gewählt bis zur Hauptversammlung 2012

Geschäftsführender Gesellschafter der Saxinger, Chalupsky und Partner Rechtsanwälte GmbH

Weitere Aufsichtsratsmandate: Stellvertretender Vorsitzender der CROSS Industries AG, Mitglied der CROSS Motorsport Systems AG, der KTM Power Sports AG, der PBS Holding AG und der Wirtschaftspark Wels AG

SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN, SEHR GEEHRTE AKTIONÄRINNEN UND AKTIONÄRE!

Der mit Abstand stärkste Einbruch der Weltwirtschaft seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und die internationalen Finanzmarktkrise haben im Jahr 2009 auch Österreich voll erfasst. Nachdem das Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr gegenüber dem Vorjahr um 4,6% geschrumpft ist, scheint sich im zweiten Halbjahr die Wirtschaft wieder zu stabilisieren. Die geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen greifen und auch die Lage auf den internationalen Finanzmärkten entspannt sich zusehends. Obwohl Prognosen über die Konjunkturentwicklung für das Jahr 2010 nach wie vor sehr unsicher sind, dürfte in Österreich zumindest ein leicht positives Wirtschaftswachstum erzielt werden.

Seit Beginn des Geschäftsjahres 2008/09 übt die Unternehmens Invest AG nunmehr die Funktion einer geschäftsführenden Holding mit Managementverantwortung aus und ist aktiv in der Unternehmensführung ihrer Beteiligungen tätig. Im Rahmen ihrer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Beteiligungspolitik strebt die UIAG seither Mehrheitsbeteiligungen an.

Als ersten Schritt im Zuge der Neuausrichtung hat die UIAG im Oktober 2008 ihre bereits bestehende Beteiligung an der Varioform PET Verpackung GmbH auf 75,1% aufgestockt, das sind plus 26,1%.

Im ersten Quartal 2008/09 wurden außerdem 76% der Geschäftsanteile der Carpet & Acoustic Products GmbH, Kapfenberg, und somit mittelbar 100% an der Durmont Teppichbodenfabrik GmbH, Hartberg, erworben. Die Unternehmen produzieren hochwertige Tufting-Bodenbeläge für die Objektgebäude- und Automobilbranche sowie geformte Böden für die Automobilindustrie im regionalen Umfeld des Standortes. Im Rahmen dieses Erwerbs wurde der UIAG eine Put-Option zum Rückverkauf an die CROSS Industries AG eingeräumt.

Im Dezember 2008 hat die UIAG ihren Anteil an der Austria Email AG auf nunmehr insgesamt 63,4% aufgestockt und somit an dieser Beteiligung die Mehrheit erlangt.

Die schwierige globale Wirtschaftslage mit ihren Auswirkungen auf die österreichische Volkswirtschaft stellt das Management unserer Beteiligungen derzeit vor große Herausforderungen, die bewältigt werden müssen. Die Unternehmens Invest AG hat sich daher zum Ziel gesetzt, durch zeitnahe Controlling und Unterstützung des Beteiligungsmanagements die Profitabilität der UIAG-Engagements abzusichern.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei unseren Geschäftspartnern für die gute Zusammenarbeit bedanken. Mein Dank gilt auch den Aktionären für das der Unternehmens Invest AG entgegengebrachte Vertrauen.

Wien, im Dezember 2009



Mag. Friedrich Roithner
Vorstand

Die wirtschaftliche Entwicklung der einzelnen Beteiligungsunternehmen der Unternehmens Invest AG im Geschäftsjahr 2008/09 wird im Folgenden näher erläutert. Bezüglich der Unternehmenskennzahlen machen wir darauf aufmerksam, dass einige der Beteiligungsunternehmen aufgrund ihrer Rechtsform nicht veröffentlichungspflichtig sind. Darüber hinaus liegt der Redaktionsschluss des vorliegenden Geschäftsberichts zum Teil vor den Veröffentlichungsterminen der betreffenden Unternehmen. Bei den an der Wiener Börse notierenden Unternehmen verweisen wir zusätzlich auf deren Zwischenberichte bzw. Veröffentlichungen und Aktionärsinformationen.

Im Jahresverlauf wurde eine 40%ige Beteiligung an der Eternit-Werke Ludwig Hatschek AG erworben. Geplant war darüber hinaus der Erwerb von weiteren 40 % der Eternit-Anteile im Wege einer Kapitalerhöhung durch die CROSS Industries AG. Diese ist jedoch aufgrund einer Anfechtungsklage gegen den Beschluss zur Kapitalerhöhung, welche von einem Kleinaktionär eingebracht wurde, nicht durchgeführt worden. Als Folge dessen wurde danach der Kauf des 40%-Aktienpaketes rückabgewickelt.

VARIOFORM PET VERPACKUNG GMBH

Das Unternehmen produziert Vorformlinge (Preforms) für Flaschen aus dem Kunststoff PET (PolyEthylenTheraphtalat) hauptsächlich für industrielle Blue Chip-Kunden.

Die Varioform PET Verpackung GmbH, Reichersdorf, konnte im Geschäftsjahr 2008/09 (Stichtag 30. April 2009) den Absatz um rund 13 % steigern und ein Volumen von rund 675 Millionen Preforms erzielen. Diese Steigerung ist vorwiegend auf Vertriebsfolge bei einem österreichischen Großkunden und auf Schlüsselkunden in Deutschland zurückzuführen, wo Varioform im fragmentierten Abfüllermarkt aufgrund seiner Flexibilität punkten konnte. Im Zuge dieser Absatzsteigerungen konnte die Profitabilität trotz der außergewöhnlichen Rohstoffvolatilität und des saisonal bedingt schwächeren Winters gehalten werden.

Auch seit 1. Mai 2009 läuft die Geschäftsentwicklung wieder sehr zufriedenstellend. So liegt der Absatz im ersten Halbjahr (Mai bis Oktober) bereits 10,7% über dem Vorjahr – trotz der ungünstigen Wetterverhältnisse im Mai und Juni – mitsamt den entsprechenden Auswirkungen auf die Getränkebranche.

Im Herbst 2008 wurden zwei neue Spritzgussmaschinen samt Peripherie erworben, die im Frühjahr 2009 in Betrieb genommen und bereits seit Produktionsstart zu 100 % ausgelastet sind.

Durch die Verarbeitung großer Mengen an Recyclingmaterial trägt das Unternehmen wesentlich zu Nachhaltigkeit und Klimaschutz bei. Auch in Zukunft strebt die Varioform PET Verpackung GmbH danach, im Bereich Produktdesign eng mit ihren Kunden zusammenzuarbeiten und gemeinsam Optimierungsprozesse zu erarbeiten.

AUSTRIA EMAIL AG

Die Austria Email AG ist der führende österreichische Hersteller von Warmwasserbereitern.
Das Unternehmen notiert an der Wiener Börse im Dritten Markt.

Im Dezember 2008 hat die Unternehmens Invest AG mittelbar rund 38,5% der Geschäftsanteile der Austria Email AG von der CROSS Industries AG übernommen und direkt weitere 1,5% der Austria Email-Aktien erworben. Nach Abschluss der Transaktion hält die Unternehmens Invest AG insgesamt rund 63,4% an der Austria Email AG. Infolge des UIAG-Strategiewechsels und des Wegfalls der Notwendigkeit von Zwischengesellschaften wurde die SARPEDON Management Consulting GmbH & Co „AEAG“ KG auf die Unternehmens Invest AG angewachsen und das Vermögen bzw. die Schulden aus der Akquisitionsfinanzierung übernommen. Somit wurde auch die Administration wesentlich vereinfacht.

Trotz der Wirtschafts- und Finanzkrise konnte die Austria Email AG das Geschäftsjahr 2008/09 erfolgreich abschließen und Umsatz und Ergebnis weiter steigern. Der Umsatz lag mit 65,2 m€ im Geschäftsjahr 2008/09 um 1,0% über dem Niveau des Vorjahres, das EGT stieg auf 4,6 m€ nach 4,2 m€ im Vorjahr. Vor allem in Österreich konnte die Austria Email AG ihre Marktführerschaft weiter ausbauen, das Produktionsvolumen wurde im Berichtsjahr mit rund 124.000 Speichern um 1,6% gegenüber dem Vorjahr gesteigert.

Im Sommer 2009 wurde mit der Inbetriebnahme einer neuen Pufferboilerfertigung ein weiterer Schritt zur Ausweitung und Optimierung der Produktion am Standort Knittelfeld gesetzt. In der neuen, rund 2.800 m² großen Werkshalle samt überdachtem Lager werden Pufferfrischwasser- und Spezialschichtenspeicher sowie Großboiler produziert. Die Gesamtinvestition betrug rund 8 m€, wovon etwa 60% auf Maschinen und Anlagen entfielen. Durch die neue Fertigung, eines der modernsten Pufferspeicher- und Großboilerwerke Europas, kann die Produktion um jährlich bis zu 50.000 Stück erhöht werden.

CARPET & ACOUSTIC PRODUCTS GMBH DURMONT TEPPICHBODENFABRIK GMBH

Die Gruppe produziert hochwertige Tufting-Bodenbeläge für die Objektgebäude- und Automobilbranche und geformte Böden für die Automobilindustrie im regionalen Umfeld des Standorts.

Im November 2008 wurden 76% der Geschäftsanteile der Carpet & Acoustic Products GmbH, Kapfenberg, und somit mittelbar 100% an der Durmont Teppichbodenfabrik GmbH, Hartberg, erworben. Die beiden Unternehmen mussten, ausgelöst durch die deutlich verringerten Abnahmemengen der Kunden aus der Automobilzulieferindustrie, drastische Sanierungsmaßnahmen einleiten und umsetzen.

Aufgrund einer bestehenden Optionsvereinbarung mit der CROSS Industries AG werden diese Beteiligungen nicht in den Konsolidierungskreis der Unternehmens Invest AG einbezogen. Die Beteiligung wurde im November 2009 wieder an die CROSS Industries AG abgegeben.

JCK HOLDING GMBH TEXTIL KG

Die JCK Holding ist die Dachorganisation für eine Vielzahl von Unternehmen in der Bekleidungsindustrie und eine der flexibelsten Lieferanten für Filialisten, Versender, Spezialisten und Discounter weltweit. Das Unternehmen versteht sich als Pionier im Private Label-Geschäft, das auch starke Marken erfolgreich führt.

An der deutschen Textilgruppe JCK Holding GmbH Textil KG hält die Unternehmensinvest AG eine Beteiligung von 2%.

Aufgrund der deutlich höheren Betriebsleistung konnte die Unternehmensgruppe ihr Ergebnis gegenüber dem Vorjahr deutlich steigern. Somit belegt die JCK-Gruppe in einem schwierigen konjunkturellen Umfeld, dass sie die beiden Geschäftsbereiche Private Label und Merchandising erfolgreich weiter entwickelt. Im dritten Quartal 2009 wurde die gute Geschäftsentwicklung fortgesetzt und mit einem Gruppenumsatz von konsolidiert rund 307 m€ der Vorjahreswert um mehr als 50 m€ übertroffen.

INFOTECH HOLDING GMBH

Wie bereits wiederholt berichtet, wurde für diese Gesellschaft die Liquidation eingeleitet. Der wirtschaftliche Abschluss der Liquidation erfolgte Ende Juli 2009, der rechtliche Abschluss der Liquidation (Löschung im Firmenbuch) kann aufgrund der steuerrechtlichen Rahmenbedingungen erst im Frühjahr 2010 erfolgen. Der aufgewandte Kapitaleinsatz in Höhe von 9 m€ floss bereits zur Gänze an die Unternehmens Invest AG zurück.

IDENTEC SOLUTIONS AG

IDENTEC Solutions AG mit Sitz in Lustenau ist Weltmarktführer für aktive Wireless Tracking-Lösungen.

Im Geschäftsjahr 2008 war die IDENTEC Solutions AG bestrebt, die Position in den bestehenden Märkten weiter zu stärken und gleichzeitig neue Bereiche zu erobern. Auf der operativen Seite ist es gelungen, den Umsatz der Gruppe um über 30% zu steigern, und in den Kernbereichen wie Automotive konnte trotz des schwierigen wirtschaftlichen Umfelds der Umsatz auf Vorjahresniveau gehalten werden. Auch für das Jahr 2009 hat sich die Gruppe eine gute Basis geschaffen und geht ab dem dritten Quartal mit wichtigen neuen Produktergänzungen an den Start. Die Unternehmens Invest AG ist mit 0,07% an der IDENTEC Solutions AG beteiligt.

Die Beteiligungsstrategie der UIAG wird mit der strategischen Ausrichtung der CROSS Industries abgestimmt, um Synergiepotenziale zu nutzen und Überschneidungen zu vermeiden. Die Kapitalmarktorientierung ist auch weiterhin ein wesentlicher Bestandteil der Unternehmenspolitik.



Das Geschäftsjahr der Unternehmens Invest AG (UIAG) umfasst den Zeitraum vom 1. Oktober 2008 bis 30. September 2009. Die Gesellschaft stellt erstmalig zum 30. September 2009 einen Konzernabschluss gemäß IFRS auf. Der Konzern in der derzeitigen Struktur wurde beginnend mit 1. Oktober 2008 neu gebildet. Die bis dahin bestehende Funktion der Unternehmens Invest AG als Gesellschaft für Minderheitsbeteiligungen steht in keinem wirtschaftlichen Zusammenhang mit der aktuellen Funktion, sodass eine Angabe von Vergleichszahlen der Vorjahresperiode unterbleibt.

Die Unternehmens Invest AG übt die Funktion einer geschäftsführenden Holding aus und strebt im Rahmen einer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Beteiligungspolitik Mehrheitsbeteiligungen an. Sie übernimmt als geschäftsführende Holding Managementverantwortung und ist in der aktiven Strategieführung der Beteiligungsunternehmen tätig.

Im Fokus liegen Investments im Industrie- und Dienstleistungsbereich. Die Beteiligungsstrategie der Unternehmens Invest AG wird mit der strategischen Ausrichtung der CROSS Industries AG abgestimmt, um Synergiepotenziale zu nutzen und Überschneidungen zu vermeiden. Diese Schnittstelle unterliegt, der Unternehmenspolitik der CROSS Industries-Gruppe folgend, dem „Arms-Length-Prinzip“.

ENTWICKLUNG DER GESELLSCHAFT

Das Geschäftsjahr 2008/09 war geprägt von Neuausrichtung der Unternehmens Invest AG ab 1. Oktober 2008 als geschäftsführende Holding mit Mehrheitsbeteiligungen. Damit ist es ab dem Geschäftsjahr 2008/09 erforderlich, erstmalig einen Konzernabschluss nach IFRS unter entsprechender Konsolidierung der Beteiligungen zu erstellen. Das heißt, dass die Finanzkennzahlen künftig ein konsolidiertes Gesamtbild der Holding einschließlich ihrer Beteiligungen ergibt.

Im Oktober 2008 hat die Unternehmens Invest AG gemäß der neuen Strategie ihre Beteiligung an der Varioform PET Verpackung GmbH um 26,1 % auf insgesamt 75,1 % aufgestockt.

Im November 2008 wurden 76 % der Geschäftsanteile der Carpet & Acoustic Products GmbH, Kapfenberg, und somit mittelbar 100 % an der Durmont Teppichbodenfabrik GmbH, Hartberg, erworben. Gleichzeitig wurde der Unternehmens Invest AG eine Put-Option zum Rückverkauf an die CROSS Industries eingeräumt.

Im Dezember 2008 hat die Unternehmens Invest AG mittelbar rund 38,5 % der Geschäftsanteile der Austria Email AG von der CROSS Industries AG übernommen und direkt weitere 1,5 % der Aktien an der Austria Email AG erworben. Nach Abschluss der Transaktion hält die Unternehmens Invest AG insgesamt rund 63,4 % an der Austria Email AG. Infolge des UIAG-Strategiewechsels und des Wegfalls der Notwendigkeit von Zwischengesellschaften ist die SARPEDON Management Consulting GmbH & Co „AEAG“ KG auf die Unternehmens Invest AG angewachsen und das Vermögen bzw. die Schulden aus der Akquisitionsfinanzierung übernommen worden. Somit wurde auch die Administration wesentlich vereinfacht.

Von Oktober bis November 2008 wurden rund 5,3 % der Aktien der POLYTEC HOLDING AG erworben. Nachdem POLYTEC unter anderem bedingt durch die Übernahme der Peguform-Gruppe in wirtschaftliche Schwierigkeiten gekommen ist, erfolgte im vierten Quartal des vergangenen Geschäftsjahres im Rahmen der Restrukturierung der POLYTEC die Abtretung dieses Anteils an der POLYTEC HOLDING AG an eine Gesellschaft im Nahebereich der

Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG. Als Gegenleistung dafür übernimmt die Unternehmens Invest AG eine Forderung von den kaufpreisfinanzierenden Banken gegenüber der Peguform Beteiligungs GmbH und der UIAG Automotive Beteiligungs GmbH. Zum Bilanzstichtag hält die Unternehmens Invest AG 100 % an der UIAG Automotive Beteiligungs GmbH.

Ende Juli 2009 erfolgte der wirtschaftliche Abschluss der Liquidation der InfoTech Holding GmbH, der rechtliche Abschluss der Liquidation (Löschung im Firmenbuch) kann aufgrund der steuerrechtlichen Rahmenbedingungen erst im Frühjahr 2010 erfolgen.

Die Unternehmens Invest AG hat im zweiten Quartal 40 % an der Eternit-Werke Ludwig Hatschek AG, vorbehaltlich der Erfüllung aufschiebender Bedingungen, von der CROSS Industries AG erworben. Geplant war darüber hinaus der Erwerb von weiteren 40 % der Eternit-Anteile im Wege einer Kapitalerhöhung durch die CROSS Industries AG. Aufgrund der Anfechtung der diesbezüglichen Hauptversammlungsbeschlüsse durch einen Minderheitsaktionär und mangels fristgerechten Eintritts der vertraglich vereinbarten, aufschiebenden Bedingungen wurde der Kauf des 40 %-Aktienpakets an der Eternit-Werke Ludwig Hatschek AG rückabgewickelt. Der Vorstand der Unternehmens Invest AG hat dazu eine außerordentliche Hauptversammlung einberufen, deren Gegenstand die Aufhebung der in der ordentlichen Hauptversammlung am 14. Jänner 2009 beschlossenen Kapitalerhöhung und der damit in Zusammenhang stehenden Beschlüsse war.

Im September 2009 wurde die Unternehmens Invest AG von der Buy-Out Central Europe II Beteiligungs-Invest AG darüber informiert, dass die CROSS Industries AG und die Buy-Out Central Europe II Beteiligungs-Invest AG eine Vereinbarung über den Verkauf sämtlicher Aktien, die die CROSS Industries AG an der Unternehmens Invest AG hält (61,95 %), abgeschlossen hat. Zum 30. September 2009 ist jedoch die Buy-Out Central Europe II Beteiligungs-Invest AG aus der Vereinbarung zum Kauf der UIAG-Anteile zurückgetreten.

BETEILIGUNGSPORTFOLIO

Zum Bilanzstichtag 30. September 2009 hält die Unternehmens Invest AG, teilweise über Tochtergesellschaften, Beteiligungen an insgesamt sechs Unternehmen. Der Gesamtwert des Beteiligungsportfolios beträgt zum Jahresultimo einschließlich Ausleihungen und Wertpapiere des Anlagevermögens 31,47 m€ (Vorjahr: 21,96 m€).

	30. 9. 2009
Austria Email AG	63,41 %
Carpet & Acoustic Products GmbH	76,00 %
Varioform PET Verpackung GmbH	75,10 %
JCK Holding GmbH Textil KG	2,00 %
IDENTEC Solutions AG	0,07 %
InfoTech Holding GmbH (in Liquidation)	100,00 %

Im Laufe des Geschäftsjahres 2008/09 wurden folgende Beteiligungen abgegeben:

	2008/09
POLYTEC HOLDING AG	5,33 %

ERGEBNIS- UND BILANZANALYSE

Ergebnisanalyse

Der Gewinn des Geschäftsjahres 2008/09 beträgt 3,88 m€. Hierzu trugen die Austria Email AG 2,87 m€ (1. Jänner bis 30. September 2009), die Varioform PET Verpackung GmbH 1,34 m€, die Kunststoff 1 Management GmbH & Co KG 0,07 m€ und die UIAG Automotive Beteiligungs GmbH -0,03 m€ bei. Weiters stammen aus der Unternehmens Invest AG ein Ergebnis in Höhe von 0,65 m€ sowie Konsolidierungseffekte in Höhe von -1,02 m€.

Im Geschäftsjahr 2008/09 erzielte die UIAG-Gruppe einen Konzernumsatz von 83,18 m€, wovon 47,30 m€ auf die Austria Email AG (1. Jänner bis 30. September 2009) und 35,80 m€ auf die Varioform PET Verpackung GmbH entfielen. Weiters stammen aus der Unternehmens Invest AG ein Umsatz in Höhe von 0,09 m€ sowie Konsolidierungseffekte in Höhe von -0,01 m€. Nach Abzug der Vertriebs- und Marketingaufwendungen, der Verwaltungskosten und der sonstigen betrieblichen Aufwendungen und Kosten ergibt sich ein Konzern-EBIT von 3,53 m€.

Bilanzanalyse

Die Konzernbilanzsumme für das Geschäftsjahr 2008/09 ergab 109,48 m€.

Per 30. September 2009 beträgt das Konzernumlaufvermögen rund 42,38 m€, das zu rund 14,09 m€ aus flüssigen Mitteln (hiervon rund 13,45 m€ aus der Unternehmens Invest AG), zu rund 14,70 m€ aus Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (hiervon rund 8,01 m€ aus der Austria Email AG und 6,09 m€ aus der Varioform PET Verpackung GmbH), zu rund 12,04 m€ aus Vorräten (hiervon rund 8,33 m€ aus der Austria Email AG und 3,71 m€ aus der Varioform PET Verpackung GmbH) und zu rund 1,55 m€ aus sonstigen kurzfristigen Vermögensgegenständen besteht.

Das Konzernanlagevermögen beträgt rund 67,1 m€ und besteht zu rund 28,40 m€ aus Sachanlagen (hiervon rund 24,80 m€ aus der Austria Email AG und 3,59 m€ aus der Varioform PET Verpackung GmbH), zu rund 9,3 m€ an Finanzanlagen (hiervon rund 11,85 m€ aus der Kunststoff 1 Management GmbH & Co KG, 3,07 m€ aus der UIAG Automotive Beteiligungs GmbH, 30,74 m€ aus der Unternehmens Invest AG sowie Konsolidierungseffekte von rund -36,4 m€) und zu rund 18,94 m€ aus immateriellem Vermögen (hiervon rund 6,45 m€ aus der Austria Email AG, 3,39 m€ aus der Varioform PET Verpackung GmbH und rund 9,10 m€ aus Firmenwerten) sowie langfristigen und sonstigen Forderungen in Höhe von 10,40 m€, welche im Wesentlichen aus der Unternehmens Invest AG stammen.

Auf der Passivseite belaufen sich die konzernweiten kurzfristigen Verbindlichkeiten und Rückstellungen auf rund 31,71 m€. Davon sind rund 13,32 m€ Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (hiervon rund 4,84 m€ aus der Austria Email AG, 2,47 m€ aus der Varioform PET Verpackung GmbH sowie 6,00 m€ aus der Unternehmens Invest AG), rund 5,44 m€ sind Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (hiervon rund 2,08 m€ aus der Austria Email AG und 3,80 m€ aus der Varioform PET Verpackung GmbH) und rund 12,94 m€ sind sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen (hiervon rund 8,06 m€ aus der Austria Email AG, 1,64 m€ aus der Varioform PET Verpackung GmbH und 3,36 m€ aus der Unternehmens Invest AG).

Die langfristigen Verbindlichkeiten und Rückstellungen des Konzerns betragen 21,87 m€ und betreffen die Austria Email AG (rund 12,73 m€), die Varioform PET Verpackung GmbH (rund 2,26 m€), die Kunststoff 1 Management GmbH & Co KG (rund 9,99 m€), die UIAG Automotive Beteiligungs GmbH (rund 3,10 m€) sowie Konsolidierungseffekte (rund -6,21 m€).

Das Konzerneigenkapital beläuft sich auf 55,90 m€ und die Eigenmittelquote beträgt zum Stichtag 51,06 %.

LIQUIDITÄTSANALYSE

Der Cashflow aus dem operativen Bereich beträgt 16,21 m€ und setzt sich aus dem Ergebnis-Cashflow (5,82 m€) und Veränderungen bei sonstigen Vermögensgegenständen sowie Forderungen und Verbindlichkeiten in Höhe von 10,38 m€ zusammen.

Der Konzern-Cashflow aus Investitionen in Höhe von 14,37 m€ umfasst Zugänge im Anlagevermögen (6,94 m€), Ausgaben für Anteilserwerbe (16,13 m€), Investitionen in das Finanzanlagevermögen (3,32 m€) sowie Eingänge aus Anteilsverkäufen und sonstigen Abgängen aus dem Anlagevermögen (12,02 m€).

Der Cashflow aus Finanzierungsaktivitäten beträgt 1,78 m€ und beinhaltet vor allem die Erhöhung der kurzfristigen Bankverbindlichkeiten (1,30 m€) sowie Dividendenzahlungen (2,22 m€).

INVESTITIONEN

Im Geschäftsjahr 2008/09 wurden 6,9 m€ in Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände investiert. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um die Errichtung einer Pufferboilerfertigung bei der Austria Email AG am Standort Knittelfeld.

MITARBEITER

Per 30. September 2009 betrug der Personalstand 396 Mitarbeiter. Die Mitarbeiter haben die vielfältigen Herausforderungen, die sich vor allem aufgrund der schwierigen gesamtwirtschaftlichen Lage ergeben haben, umgesetzt und dabei entscheidend zum Erfolg des abgelaufenen Geschäftsjahres beigetragen.

RISIKOBERICHT

Kerngeschäft der Unternehmens Invest AG ist das Eingehen von Beteiligungen an Unternehmen und die Finanzierung dieser Unternehmen. Dieses Geschäftsmodell beinhaltet – wie alle Arten der Risikofinanzierung – überdurchschnittliche Chancen, denen aber auch Risiken gegenüberstehen. Zum einen hängt die wirtschaftliche Gebarung der Unternehmens Invest AG immer von der wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Beteiligungen und dem Börseumfeld ab, weiters sind die bilanziellen Wertansätze der Beteiligungen ebenfalls von deren wirtschaftlicher Entwicklung geprägt.

Aus dem Geschäftsmodell der Unternehmens Invest AG ergibt sich, dass es bei einzelnen Beteiligungen auch zu negativen Entwicklungen bis zum Totalverlust des Investments kommen kann. Der Erfolg der Unternehmens Invest AG ist daher über einen längeren Zeitraum zu bemessen. In Summe wird bei Beteiligungsfinanzierungen angestrebt, dass die langfristigen Erfolge etwaige Ausfälle überwiegen. Dies ergibt insgesamt über einen längeren Zeitraum hinweg eine attraktive Anlegerrendite.

Aufgrund des Ausstiegs der Unternehmens Invest AG aus der Mittelstandsfinanzierung besteht das Risiko einer Nachbesteuerung der stillen Reserven.

Aus der vormaligen Beteiligung der Gesellschaft an der LIBRO AG besteht vor allem im Zusammenhang mit einem gegen ehemalige Organe der Gesellschaft anhängigen gerichtlichen Strafverfahren im Falle deren Verurteilung das Risiko, dass die Gesellschaft den bereits 1999/2000 erzielten wirtschaftlichen Erfolg aus dem Verkauf von Aktien der LIBRO AG an einen strategischen Investor durch Abschöpfung im Strafverfahren oder durch Rückzahlung des Kaufpreises wieder verliert und die Gesellschaft gegenüber Zeichnern junger Aktien aus der im November 1999 bei der LIBRO AG durchgeführten Kapitalerhöhung schadenersatzpflichtig wird. Auf Basis der derzeitigen Risikoevaluierung wurde für mögliche Ansprüche keine Rückstellung dotiert. Dazu wird auf die ausführlichen Erläuterungen im Konzernanhang verwiesen. Für die zur Anspruchsabwehr künftig entstehenden Aufwendungen wurde eine entsprechende Rückstellung gebildet.

Hinsichtlich weiterer Risikoberichterstattung wird ebenfalls auf die diesbezüglichen Ausführungen im Anhang verwiesen.

NACHHALTIGKEIT

Die in einer Produktionsfirma wie der Austria Email AG vorhandenen Möglichkeiten zur Nachhaltigkeit werden wie folgt genutzt:

- Einsatz ressourcenschonender Technologien und laufende Investition in Automatisierung und Modernisierung der Anlagen. Durch umfassende Investitionen konnten Einsparungspotenziale erschlossen und Rohmaterial- und Energieverbrauch gesenkt werden. Auch in der neuen Pufferboilerfertigung (Fertigstellung Juli 2009) wird durch den Einsatz modernster Anlagen die Umweltbelastung minimiert.
- Laufende Weiterentwicklung und Optimierung der Herstellungsverfahren mit dem Ziel, den Energieverbrauch zu senken und die Emissionen zu minimieren, sowie umfassende Wartungs- und Instandhaltungsprogramme sorgen für eine laufende Verbesserung der Umweltleistung.

Ziel der Produktentwicklung der Varioform PET Verpackung GmbH ist es, ökologische, soziale und wirtschaftliche Ziele in Einklang zu bringen. PET-Verpackungen zeichnen sich bei der Herstellung und beim Transport vom Erzeuger über den Verbraucher bis hin zur Entsorgung durch einen geringen Rohstoff- und Energiebedarf aus. Der sparsame Umgang mit Rohstoffen wird durch die Verwendung von Recyclatmaterial gewährleistet. Jährlich werden tausende Tonnen Kunststoffabfall recycelt und so wieder zu Preformen und Flaschen verarbeitet.

CORPORATE GOVERNANCE KODEX

17

Der Vorstand und der Aufsichtsrat der Unternehmens Invest AG haben ein klares Bekenntnis zum Corporate Governance Kodex abgegeben. Angaben dazu sind im gesonderten Corporate Governance-Bericht der Unternehmens Invest AG enthalten, der im Anschluss an den Konzernlagebericht und auf der Homepage (www.uiag.at) zu finden ist.

VORGÄNGE VON BESONDERER BEDEUTUNG NACH DEM BILANZSTICHTAG

Im Oktober 2009 wurde die Unternehmens Invest AG von Buy-Out Central Europe II Beteiligungs-Invest AG darüber informiert, dass die Buy-Out Central Europe II Beteiligungs-Invest AG den Kauf sämtlicher Aktien, die die CROSS Industries AG an der Unternehmens Invest AG hält, sowie das angekündigte Übernahmeangebot nicht weiterverfolgen wird. Die bei der Unternehmens Invest AG aufgrund eines Rechtsgutachtens aus 2006 bestehende Annahme, dass gegen die Unternehmens Invest AG aus ihrer seinerzeitigen Beteiligung an der LIBRO AG schon infolge Verjährung keine Ansprüche mehr gestellt werden können, hat sich im Rahmen der Due Diligence-Untersuchung nicht in einer zweifelsfreien Form bestätigt.

Im November 2009 hat die Unternehmens Invest AG die Beteiligung an der Carpet & Acoustic Products GmbH sowie der Durmont Teppichbodenfabrik GmbH im Rahmen der bestehenden Optionsvereinbarung mit der CROSS Industries AG zum eingesetzten Kapital wieder an die CROSS Industries AG abgegeben.

OFFENLEGUNG GEMÄSS § 243a UGB

Aktionärsstruktur und UIAG-Aktie

Im Geschäftsjahr 2008/09 hat die CROSS Industries AG ihren Anteil an der Unternehmens Invest AG auf insgesamt 61,95 % erhöht, die Ocean Consulting GmbH hat ihre Anteile veräußert.

Zum 30. September 2009 waren die nachstehenden Aktionäre am Grundkapital beteiligt:

	30.9.2009	Vorjahr
CROSS Industries AG	61,95 %	59,35 %
Oberbank PE Holding GmbH (vormals: 3 Banken Beteiligung GmbH)	9,70 %	9,70 %
Streubesitz	28,35 %	22,82 %
Ocean Consulting GmbH	0,00 %	8,13 %

Das Grundkapital beträgt 29.080.000 €. Es ist in 4.000.000 nennbetragslose Stückaktien zerlegt und notiert im Prime Market der Wiener Börse. Es bestehen keine Beschränkungen von Stimmrechten oder zur Übertragung der Aktien.

Der Kurs der UIAG-Aktie entwickelte sich im Geschäftsjahr 2008/09 von 15,00 € (1. Oktober 2008) auf 11,95 € (30. September 2009). Der Jahreshöchstkurs lag bei 15,00 €, der Jahrestiefstkurs bei 8,00 €.

Gemäß § 5 der Satzung der Unternehmens Invest AG ist der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft mit Zustimmung des Aufsichtsrats, allenfalls in mehreren Tranchen, in Höhe von bis zu 14,54 m€ durch Ausgabe von bis zu zwei Millionen Stück Aktien gegen Bareinlage zu erhöhen. Bisher wurde von dieser Ermächtigung noch kein Gebrauch gemacht.

Es existieren keine Entschädigungsvereinbarungen zwischen der Gesellschaft, dem Vorstand und den Aufsichtsratsmitgliedern für den Fall eines Kontrollwechsels. Weitere bedeutende Vereinbarungen, auf die ein Kontrollwechsel oder öffentliches Übernahmeangebot eine Auswirkung hätte, bestehen nicht.

AUSBLICK AUF DAS GESCHÄFTSJAHR 2009/10

Die gegenwärtige wirtschaftliche Entwicklung legt auch die Rahmenbedingungen für die Geschäftsentwicklung der Unternehmens Invest AG fest. Die Abschätzung der mittelfristigen Entwicklung der Wirtschaft ist nach wie vor mit großen Unsicherheiten behaftet, dennoch scheint die Talfahrt der Weltwirtschaft gestoppt und die Wirtschaftslage sich weiterhin aufzuhellen. Auch die Unternehmens Invest AG überdenkt vor allem hinsichtlich möglicher Einflusststrukturen aus der Vergangenheit ihre Geschäftspolitik.

Das aus der vormaligen Beteiligung an der LIBRO AG bestehende Risiko gibt aufgrund seiner derzeitigen Einschätzung keinen Anlass dafür, von der bisherigen Geschäftspolitik abzugehen. Sollte allerdings die laufende Evaluierung dieses Risikos, insbesondere die Entwicklung des Strafverfahrens, ergeben, dass mit einer Inanspruchnahme der Gesellschaft ernsthaft gerechnet werden muss, so wird die bisherige Geschäftspolitik neu zu überdenken sein.

Wien, am 11. Dezember 2009



Mag. Friedrich Roithner
Vorstand

Der Aufsichtsrat hat sich vom Vorstand regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle relevanten Fragen der Geschäftsentwicklung und über die Lage der Gesellschaft berichten lassen.

In seinen fünf Sitzungen im Geschäftsjahr 2008/09 hat sich der Aufsichtsrat unter Teilnahme des Vorstands ausführlich unter anderem mit den getätigten und anstehenden Beteiligungskäufen und -veräußerungen, dem Jahresabschluss des Unternehmens, der laufenden Überprüfung der bestehenden Engagements sowie mit dem Risikokontrollsystem des Vorstands befasst. Wichtige einzelne Geschäftsvorfälle hat der Aufsichtsrat geprüft und über die vorgelegten Geschäfte entschieden, die seiner Zustimmung bedurften.

Der Jahresabschluss sowie der Konzernabschluss zum 30. September 2009, der Lagebericht sowie der Konzernlagebericht über das Geschäftsjahr 2008/09 sind unter Einbeziehung der Buchführung von der durch die Hauptversammlung als Abschlussprüfer gewählten KPMG Austria GmbH (FN 269725 f) Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Linz, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Der Abschlussprüfer hat somit bestätigt, dass die Buchführung, der Jahresabschluss sowie der Konzernabschluss zum 30. September 2009 den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen, dass der Jahresabschluss sowie der Konzernabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und dass der Lagebericht sowie der Konzernlagebericht im Einklang mit dem Jahresabschluss bzw. dem Konzernabschluss steht.

Der Prüfungsausschuss hat sich in seinem Bericht an den Aufsichtsrat dem Ergebnis der Anschlussprüfung angeschlossen und ist nach der von ihm vorgenommenen Prüfung des Lageberichtes und des Konzernlageberichtes des Vorstandes und des Jahresabschlusses einschließlich des Ergebnisverwendungsvorschlages sowie des Konzernabschlusses und der von ihm vorgenommenen Prüfung der Geschäftsführung zum abschließenden Ergebnis gelangt, dass kein Anlass zur Beanstandung gegeben ist. Der Prüfungsausschuss hat sich dem Ergebnisverwendungsvorschlag des Vorstandes angeschlossen und dem Aufsichtsrat vorgeschlagen der Hauptversammlung für die Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2009/10 die KPMG Austria GmbH (FN 269725 f) Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Linz, vorzuschlagen.

Der Aufsichtsrat schließt sich dem Bericht des Prüfungsausschusses und damit auch dem Ergebnis der Abschlussprüfung an. Auch nach dem abschließenden Ergebnis der vom Aufsichtsrat vorgenommenen Prüfung des Lageberichtes und des Konzernlageberichtes des Vorstandes, des Jahresabschlusses einschließlich des Ergebnisverwendungsvorschlages sowie des Konzernabschlusses und der vom Aufsichtsrat vorgenommenen Prüfung der Geschäftsführung ist kein Anlass zur Beanstandung gegeben. Der Aufsichtsrat schließt sich auch dem Ergebnisverwendungsvorschlag des Vorstandes an. Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss gebilligt, der damit gemäß § 96 Abs 4 AktG festgestellt ist.

Der Aufsichtsrat schlägt für die Wahl des Abschlussprüfers die KPMG Austria GmbH (FN 269725 f) Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Linz, als Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2009/10 vor.

Wien, im Dezember 2009



Dr. Rudolf Knünz
Aufsichtsratsvorsitzender

PFLICHTANGABEN

Seit dem Geschäftsjahr 2003 bekennen sich Vorstand und Aufsichtsrat der Unternehmens Invest AG zu den Regeln des österreichischen Corporate Governance Kodex (www.corporate-governance.at) und seinem Ziel einer verantwortlichen, auf nachhaltige und langfristige Wertschaffung ausgerichteten Leitung und Kontrolle. Dabei ist größtmögliche Transparenz ein wichtiges Anliegen.

Der österreichische Corporate Governance Kodex schafft einen Ordnungsrahmen für eine verantwortungsbewusste, transparente Leitung und Kontrolle und orientiert sich an Grundsätzen der OECD-Richtlinien für Corporate Governance und EU-Empfehlungen. Ferner bilden die relevanten Rechtsvorschriften die Grundlage für den Kodex. Die Beachtung des Kodex ist eine freiwillige Selbstverpflichtung. Der Kodex enthält außer wichtigen gesetzlichen Vorgaben, die sich in den L-Regeln (Legal Requirement) widerspiegeln, international übliche Vorschriften, deren Nichteinhaltung erklärt und begründet werden muss, das sind die C-Regeln (Comply or Explain). Darüber hinaus enthält er bloße Empfehlungen, die im Kodex als R-Regeln bezeichnet sind (Recommendation). Der Österreichische Corporate Governance Kodex in der Fassung vom Jänner 2009 ist auf der Unternehmens-Website (www.uiag.at) zugänglich.

ABWEICHUNGEN VOM CORPORATE GOVERNANCE KODEX

- **Regel 16:** Aufgrund des Ausscheidens von DI Herbert Paierl mit 30. April 2009 ist Mag. Friedrich Roithner seit 1. Mai 2009 Alleinvorstand der Unternehmens Invest AG.
- **Regel 18:** Der Einrichtung einer internen Revision als eigene Stabstelle wird aufgrund der mangelnden Größe des Unternehmens nicht entsprochen.
- **Regel 31:** Dieser Regel wird nicht entsprochen, da die Veröffentlichungen der gesamten Vorstandsbezüge, aufgeteilt in fixe und variable Anteile, als ausreichende Information für die Aktionäre betrachtet wird.
- **Regel 49:** Es bestehen keine Verträge der Gesellschaft mit Mitgliedern des Aufsichtsrats zur Erbringung von Leistungen für die Gesellschaft. Die Gesellschaft wird von Saxinger, Chalupsky und Partner Rechtsanwälte GmbH (SCWP), Wels, in Rechtsangelegenheiten beraten. Dr. Ernst Chalupsky ist Gesellschafter von SCWP und als Rechtsanwalt und Geschäftsführer tätig. Von der Saxinger, Chalupsky und Partner Rechtsanwälte GmbH, Wels, wurden zu marktüblichen Bedingungen Beratungs- bzw. Dienstleistungen in Anspruch genommen, die vom Aufsichtsrat genehmigt wurden.

ZUSAMMENSETZUNG UND ARBEITSWEISE VON VORSTAND UND AUFSICHTSRAT SOWIE SEINER AUSSCHÜSSE

Vorstand

Mag. Friedrich Roithner, geboren 1963

Alleinvorstand seit 1. Mai 2009

Erstbestellung: 12. März 2008, Ende der laufenden Funktionsperiode: 31. März 2011

Vorsitz- und Kompetenzverteilung (bis 30. April 2009): Kaufmännische Angelegenheiten, Projektstrukturierung (Due Diligence, Verträge, Finanzen), Projektcontrolling

Aufsichtsratsmandate: Stellvertretender Vorsitzender der BRAIN FORCE HOLDING AG, Mitglied der BEKO HOLDING AG

DI Herbert Paierl, geboren 1952

Vorstand bis 30. April 2009

Erstbestellung: 1. Jänner 2007

Vorsitz- und Kompetenzverteilung (bis 30. April 2009): Sprecher des Vorstands, Akquisition von Projekten und Investoren, Verkauf von Projekten und Beteiligungen

Aufsichtsrat

Dr. Rudolf Knünz, geboren 1951

Aufsichtsratsvorsitzender

Erstbestellung: ao. Hauptversammlung vom 2. November 2005; Ende der laufenden Funktionsperiode: 2010

Aufsichtsratsmandate: Vorsitzender der Austria Email AG, der CROSS Motorsport Systems AG und der KTM Power Sports AG, Stellvertretender Vorsitzender der Pankl Racing Systems AG, Mitglied der BEKO HOLDING AG

DI Stefan Pierer, geboren 1956

Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender

Erstbestellung: ao. Hauptversammlung vom 2. November 2005; Ende der laufenden Funktionsperiode: 2010

Aufsichtsratsmandate: Vorsitzender der Pankl Racing Systems AG, Mitglied der Austria Email AG, der BEKO HOLDING AG, der BRAIN FORCE HOLDING AG und der Eternit-Werke Ludwig Hatschek AG

Dr. Ludwig Andorfer, geboren 1944

Aufsichtsratsmitglied, unabhängig

Erstbestellung: Hauptversammlung vom 8. Mai 2002; Ende der laufenden Funktionsperiode: 2012

Josef Blazicek, geboren 1964

Aufsichtsratsmitglied, unabhängig

Erstbestellung: Hauptversammlung vom 30. April 2008; Ende der laufenden Funktionsperiode: 2013

Aufsichtsratsmandate: Vorsitzender der BEKO HOLDING AG und der CROSS Industries AG, Stellvertretender Vorsitzender der CROSS Motorsport Systems AG, Mitglied der BRAIN FORCE HOLDING AG, der Pankl Racing Systems AG und der Update Software AG

Dr. Ernst Chalupsky, geboren 1954

Aufsichtsratsmitglied, Rechtsanwalt, unabhängig

Erstbestellung: Hauptversammlung vom 7. Mai 2007; Ende der laufenden Funktionsperiode: 2012

Aufsichtsratsmandate: Stellvertretender Vorsitzender der CROSS Industries AG, Mitglied der CROSS Motorsport Systems AG und der KTM Power Sports AG

Karl Schmutzer, geboren 1951

Aufsichtsratsmitglied bis 31. Mai 2009

Erstbestellung: Hauptversammlung vom 14. Jänner 2009

Im Geschäftsjahr 2008/09 wurden fünf Aufsichtsratssitzungen abgehalten.

Ausschüsse

Prüfungsausschuss

Dr. Rudolf Knünz (Vorsitzender), Dr. Ludwig Andorfer, Dr. Ernst Chalupsky

Der Prüfungsausschuss ist für die Prüfung und Vorbereitung der Feststellung des Jahresabschlusses, des Vorschlags für die Gewinnverwendung und des Lageberichts zuständig. Der Prüfungsausschuss unterbreitet einen Vorschlag für die Wahl des Abschlussprüfers zur Beschlussfassung durch die Hauptversammlung. Die Forderung nach entsprechend qualifizierten Kenntnissen auf dem Gebiet des Finanzwesens ist im Ausschuss erfüllt.

In der konstituierenden Sitzung des Aufsichtsrats am 14. Jänner 2009 wurde Karl Schmutzer zum Vorsitzenden des Prüfungsausschusses gewählt. Nach Ausscheiden von Herrn Schmutzer aus dem Aufsichtsrat der Unternehmens Invest AG wurde in der Aufsichtsratssitzung vom 10. September 2009 Dr. Rudolf Knünz zum Vorsitzenden des Prüfungsausschusses bestellt.

Ausschuss für Vorstandsangelegenheiten

DI Stefan Pierer (Vorsitzender), Dr. Ludwig Andorfer, Josef Blazicek

Der Ausschuss für Vorstandsangelegenheiten befasst sich mit den Angelegenheiten der Vergütung der Vorstandsmitglieder und dem Inhalt der Verträge der Vorstandsmitglieder.

Der Prüfungsausschuss hat im Geschäftsjahr 2008/09 zweimal, der Ausschuss für Vorstandsangelegenheiten einmal getagt.

OFFENLEGUNG VON INFORMATIONEN ÜBER VERGÜTUNG VON VORSTAND UND AUFSICHTSRAT

Die Erfolgsbeteiligung für den Vorstand orientiert sich im Geschäftsjahr 2008/09, wie schon in der Vergangenheit, überwiegend am wirtschaftlichen Ergebnis der Gesellschaft, die Zuerkennung liegt im Ermessen des Aufsichtsrats. An die Vorstände der Unternehmens Invest AG wurden von Konzernunternehmen im Geschäftsjahr 2008/09 für die Geschäftsführungs- und Vorstandstätigkeit im Konzern fixe Gesamtbezüge in Höhe von 312 t€ gewährt. Die variablen Bezüge betragen 112 t€. Im Geschäftsjahr 2008/09 wurden keine Pensionsaufwendungen in Form von Beiträgen zu Pensionskassen und der Bildung von Pensionsrückstellungen verbucht.

Es besteht eine D&O Versicherung für die Gesellschaft und ihre Tochtergesellschaften, die jährliche Prämie beträgt 30 t€.

Aufsichtsratsvergütung

	2008/09
Dr. Rudolf Knünz, Aufsichtsratsvorsitzender	8,7 t€
DI Stefan Pierer, Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender	6,5 t€
Dr. Ludwig Andorfer, Aufsichtsratsmitglied	4,4 t€
Josef Blazicek, Aufsichtsratsmitglied	4,4 t€
Dr. Ernst Chalupsky, Aufsichtsratsmitglied	4,4 t€
Karl Schmutzer, Aufsichtsratsmitglied (14. Jänner bis 31. Mai 2009)	2,2 t€

KONZERNABSCHLUSS 2008/09

UIAG-GRUPPE NACH IFRS

- 24 Konzernbilanz zum 30. September
- 26 Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
- 27 Konzern-Kapitalflussrechnung
- 28 Entwicklung des Konzern-Eigenkapitals
zum 30. September
- 29 Konzernanhang
- 64 Uneingeschränkter Bestätigungsvermerk

KONZERNBILANZ ZUM 30. SEPTEMBER 2009

24

VERMÖGENSWERTE	Anhang Nr.	30.9.2009 in t€	30.9.2008 in t€
Kurzfristige Vermögenswerte			
Flüssige Mittel	(16)	14.088	14.028
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	(18)	14.131	0
Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen		570	9.939
Vorräte	(17)		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		3.920	0
Unfertige Erzeugnisse		967	0
Fertige Erzeugnisse und Waren		7.151	0
Sonstige kurzfristige Vermögenswerte	(18)	1.554	2.900
		42.381	26.867
Langfristige Vermögenswerte			
Finanzanlagen	(19)		
Anteile an verbundenen Unternehmen		1.648	2.823
Beteiligungen		4.964	10.341
Ausleihungen		1.671	3.430
Wertpapiere des Anlagevermögens		1.028	6.776
Sachanlagen	(20)		
Grundstücke		75	0
Gebäude		11.936	0
Technische Anlagen und Maschinen		9.472	0
Betriebs- und Geschäftsausstattung		3.648	8
Geleistete Anzahlungen		3.264	0
Firmenwert	(21)	9.103	0
Immaterielle Vermögensgegenstände	(21)	9.837	1
Aktive latente Steuern	(14)	28	0
Sonstige langfristige Vermögenswerte	(18)	10.425	0
		67.099	23.379
		109.480	50.246

KONZERNEIGENKAPITAL UND SCHULDEN	Anhang Nr.	30.9.2009 in t€	30.9.2008 in t€
Kurzfristige Schulden			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(23)	13.323	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		5.291	277
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		156	0
Rückstellungen	(25)	2.845	1.204
Rückstellungen für Steuern		303	176
Vorauszahlungen		118	0
Andere kurzfristige Schulden		9.677	288
		31.713	1.945
Langfristige Schulden			
Finanzverbindlichkeiten	(23)	9.753	0
Rückstellungen für Sozialkapital	(26)	6.939	8
Passive latente Steuern	(14)	2.495	0
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		571	0
Andere langfristige Schulden	(23)	2.111	0
		21.869	8
Konzerneigenkapital			
Grundkapital	(22)	29.080	29.080
Kapitalrücklagen	(22)	6.818	6.818
Sonstige Rücklagen einschließlich Konzernbilanzgewinn	(22)	13.035	12.395
Anteile anderer Gesellschafter	(22)	6.965	0
		55.898	48.293
		109.480	50.246

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil der Konzernbilanz.

KONZERN-GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2008/09

26

	Anhang Nr.	2008/09 in t€
Umsatzerlöse	(5)	83.180
Herstellungskosten der zur Erzielung der Umsatzerlöse erbrachten Leistungen	(6)	-67.137
Bruttoergebnis vom Umsatz		16.043
Vertriebsaufwendungen	(7)	-7.921
Verwaltungsaufwendungen	(9)	-3.395
Sonstige betriebliche Aufwendungen	(11)	-1.572
Sonstige betriebliche Erträge	(12)	378
Gewinn der betrieblichen Tätigkeit (EBIT)		3.533
Zinserträge		787
Zinsaufwendungen		-1.492
Sonstiges Finanz- und Beteiligungsergebnis		2.546
Finanz- und Beteiligungsergebnis	(13)	1.841
Gewinn vor Steuern		5.374
Ertragsteuern	(14)	-1.496
Gewinn des Geschäftsjahres		3.878
<i>davon Ergebnisanteil der Eigentümer</i>		2.638
<i>davon Ergebnisanteil anderer Gesellschafter</i>		1.240
Ergebnis je Aktie		
Unverwässertes = verwässertes Ergebnis je Aktie	(15)	0,66 €

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung.

KONZERN-KAPITALFLUSSRECHNUNG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2008/09

Anhang Nr.	2008/09 in t€
Konzern-Cashflow aus dem operativen Bereich	
Gewinn des Geschäftsjahres	3.878
+ Abschreibungen auf das Anlagevermögen	3.404
+ (-) Dotierung (Auflösung) von langfristigen Personalrückstellungen	299
(-) + Gewinne (Verluste) aus dem Verkauf von Anlagevermögen	-1.758
Konzern-Cashflow aus dem Ergebnis	5.823
- (+) Erhöhung (Senkung) von Vorräten einschließlich geleisteter Anzahlungen	-91
- (+) Erhöhung (Senkung) von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, Vorauszahlungen, sonstigen kurz- und langfristigen Vermögenswerten und latenten Steuern	5.073
+ (-) Erhöhung (Senkung) von Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, Vorauszahlungen und anderen kurz- und langfristigen Schulden	4.416
+ (-) Erhöhung (Senkung) von Steuerrückstellungen, latenten Steuern und sonstigen Rückstellungen	986
	10.384
	16.207
Konzern-Cashflow aus den Investitionsaktivitäten	
- Investitionen in das Anlagevermögen (Geldabfluss für Investitionen)	-6.937
- Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-3.319
+ (-) Zugang (Abgang) Liquidität aus Unternehmenserwerben	(3) -16.132
+ Abgänge aus dem Anlagevermögen	12.032
	-14.365
Konzern-Cashflow aus den Finanzierungsaktivitäten	
+ (-) Sonstige erfolgsneutrale Änderungen in den Konzerneigenmitteln	5
- Dividendenzahlungen an Dritte	-2.215
+ (-) Erhöhung (Senkung) der kurzfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.297
+ (-) Zahlungen Leasingverpflichtungen	-975
+ Verminderung langfristiger verzinslicher Darlehen	106
	-1.782
Konzern-Cashflow	
Konzern-Cashflow aus dem operativen Bereich	16.207
Konzern-Cashflow aus den Investitionsaktivitäten	-14.365
Konzern-Cashflow aus den Finanzierungsaktivitäten	-1.782
Veränderung der liquiden Mittel im Konzern	60
+ Anfangsbestand der liquiden Mittel im Konzern	14.028
Endbestand der liquiden Mittel im Konzern	14.088
<i>davon Kassenbestand, Schecks, Guthaben bei Kreditinstituten</i>	<i>14.088</i>

ENTWICKLUNG DES KONZERN-EIGENKAPITALS ZUM 30. SEPTEMBER 2009

28

in t€	Grund- kapital	Kapital- rücklagen	Rücklagen einschließlich Konzern- bilanzgewinn	Gesamt	Anteile anderer Gesell- schafter	Konzern- eigen- kapital
Stand am 1. 10. 2008	29.080	6.818	12.395	48.293	0	48.293
Gewinn des Geschäftsjahres 2008/09	0	0	2.638	2.638	1.240	3.878
Gesamte im Eigenkapital erfasste Gewinne/Verluste	0	0	2.638	2.638	1.240	3.878
Erstkonsolidierung Austria Email AG, Kunststoff 1 Management GmbH & Co KG, Varioform PET Verpackung GmbH	0	0	0	0	5.940	5.940
Dividenden	0	0	-2.000	-2.000	-215	-2.215
Sonstige erfolgs- neutrale Buchungen	0	0	2	2	0	2
Stand am 30.9.2009	29.080	6.818	13.035	48.933	6.965	55.898

(1) DAS UNTERNEHMEN

Unternehmensgegenstand der Unternehmens Invest AG (UIAG) mit Sitz in Wien ist die Ausübung der Tätigkeit einer Holdinggesellschaft, insbesondere der Erwerb und die Verwaltung von Industrieunternehmen und von Unternehmen und Beteiligungen an Industrieunternehmen, die Leitung der zur UIAG-Gruppe gehörenden Unternehmen und Beteiligungen und die Erbringung von Dienstleistungen für diese (Konzerndienstleistungen) sowie allgemein die Erbringung von Dienstleistungen auf dem Gebiet der Unternehmensberatung. Die Unternehmens Invest AG ist im Firmenbuch beim Handelsgericht Wien, Österreich, unter der Nummer FN 104570 f eingetragen.

In der folgenden Übersicht sind die vollkonsolidierten Konzerngesellschaften, das Beteiligungsausmaß (unter Berücksichtigung direkter und indirekter Anteile), der Anteil der Stimmrechte sowie der Unternehmensgegenstand angegeben:

Tochterunternehmen	Anteil	Stimmrechte	Unternehmensgegenstand
Austria Email AG	63,41 %	63,41 %	Produktion von und Handel mit Warmwasserspeichern
Varioform PET Verpackung GmbH	75,10 %	75,10 %	Herstellung von Verpackungsmitteln aus Kunststoff
Kunststoff 1 Management GmbH & Co KG	75,10 %	75,10 %	Erwerb und Verwaltung von Beteiligungen
UIAG Automotive Beteiligungs GmbH	100,00 %	100,00 %	Beteiligungsverwaltung

(2) GRUNDSÄTZE DER RECHNUNGSLEGUNG

Der Konzernabschluss zum 30. September 2009 wurde in Übereinstimmung mit den vom International Accounting Standards Board (IASB) herausgegebenen International Financial Reporting Standards (IFRS) sowie den Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC), soweit sie in der Europäischen Union angewendet werden, erstellt. Aufgrund des im Rahmen des Konzernabschlussgesetzes in das Unternehmensgesetzbuch (UGB) eingefügten § 245 a UGB hat dieser nach IFRS aufgestellte Konzernabschluss befreiende Wirkung. Aufgrund der erstmaligen Aufstellung des Abschlusses (vergleiche Punkt 2.2) wurde der Abschluss unter Anwendung des IFRS 1 aufgestellt.

Der IASB bzw. das IFRIC haben folgende neuen Standards bzw. Interpretationen herausgegeben, die noch nicht in Kraft getreten sind und im vorliegenden Konzernabschluss der Unternehmens Invest AG nicht vorzeitig angewendet wurden:

Revised IFRS 2	Share-based Payment – Amendment Relating to Vesting Conditions and Cancellations
Revised IFRS 3	Business Combinations – Comprehensive Revision on Applying the Acquisition Method
IFRS 8	Operating Segments
Revised IAS 1	Presentation of Financial Statements – Comprehensive Revision including Requiring a Statement of Comprehensive Income
Revised IAS 1	Presentation of Financial Statements – Amendments Relating to Disclosure of Puttable Instruments and Obligations arising on Liquidation
Revised IAS 27	Consolidated and Separate Financial Statements – Consequential Amendments Arising from Amendments to IFRS 3
Revised IAS 28	Investments in Associates – Consequential Amendments Arising from Amendments to IFRS 3
Revised IAS 31	Interests in Joint Ventures – Consequential Amendments Arising from Amendments to IFRS 3
Revised IAS 32	Financial Instruments: Presentation – Amendments Relating to Puttable Instruments and Obligations Arising on Liquidation
IAS 39	Financial Instruments – Recognition and Measurement – Eligible Hedged Items

IFRIC 12	Service Concession Arrangements
IFRIC 13	Customer Loyalty Programmes
IFRIC 14	The Limit on a Defined Benefit Asset, Minimum Funding Requirements and their Interaction
IFRIC 15	Agreements for the Consolidation of Real Estate
IFRIC 16	Hedges of a Net Investment in a Foreign Operation
	Improvements to IFRSs (issued May 2008)
	Amendments to IFRS 1 and IAS 27 – Cost of an Investment in a Subsidiary

Im Rahmen der Anwendung des IFRS 3 revised wird zu entscheiden sein, ob die Gesellschaft vom Wahlrecht des Full-Goodwill-Accounting Gebrauch macht. Wird dieses Wahlrecht genutzt, werden Firmenwerte aus künftigen Unternehmenserwerben mit dem vollen Goodwill (für 100 % der Anteile) zum Ansatz gebracht. Falls nicht, führen künftig Zuerwerbe von Minderheitsanteilen nicht zu zusätzlichem Ansatz von Firmenwerten, sondern zur Minderung der Eigenmittel des Konzerns. Verkäufe von Anteilen von Tochterunternehmen unter Aufrechterhaltung des Beherrschungsverhältnisses führen künftig abweichend zur bisherigen Vorgangsweise nicht zu Erträgen in der Gewinn- und Verlustrechnung, sondern werden direkt dem Eigenkapital zugebucht.

Die vorzeitige Anwendung des geänderten IAS 23 (Borrowing Costs) führte in der UIAG-Gruppe zu keiner wesentlichen Auswirkung.

Im Hinblick auf die künftige Anwendung der vorher genannten neuen bzw. geänderten Standards und Interpretationen gehen wir von keiner wesentlichen Bedeutung für die UIAG-Gruppe aus, da sie derzeit nicht relevant sind bzw. von ihnen kein signifikanter Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage zu erwarten ist.

Der Rechnungslegung der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen liegen einheitliche Rechnungslegungsvorschriften zugrunde. Diese Vorschriften wurden von allen einbezogenen Unternehmen angewendet. Die einbezogenen Unternehmen haben ihren Jahres- bzw. Zwischenabschluss zum Konzernbilanzstichtag 30. September aufgestellt.

Der Konzernabschluss ist in tausend Euro (t€), gerundet nach kaufmännischer Rundungsmethode) aufgestellt. Bei Summierung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben können durch Verwendung automatisierter Rechenhilfen rundungsbedingte Rechendifferenzen auftreten.

Die einbezogenen Abschlüsse aller wesentlichen nach nationalen Vorschriften prüfungspflichtigen oder freiwillig geprüften vollkonsolidierten in- und ausländischen Unternehmen wurden von unabhängigen Wirtschaftsprüfern geprüft und mit uneingeschränkten Bestätigungsvermerken versehen.

Der Konzernabschluss wurde am 11. Dezember 2009 vom Vorstand der Unternehmens Invest AG genehmigt und wird voraussichtlich nach Genehmigung durch den Aufsichtsrat in der Sitzung vom 17. Dezember 2009 zur Veröffentlichung freigegeben.

(2.1) Konsolidierungskreis

Die Jahresabschlüsse der Tochtergesellschaften sind im Konzernabschluss ab dem Datum des Beginns bis zum Datum des Endes der Kontrolle enthalten.

Der Konzernabschluss zum 30. September 2009 umfasst die Jahresabschlüsse der Unternehmens Invest AG und ihrer Tochtergesellschaften.

Die Varioform PET Verpackung GmbH wurde aufgrund der gegebenen Beherrschung erstmals zum 1. Oktober 2008 und die Austria Email AG erstmals zum 31. Dezember 2008 als vollkonsolidiertes Tochterunternehmen mit Bilanzwerten erfasst.

Die Carpet & Acoustic Products GmbH, Kapfenberg, an der die Gesellschaft 76 % der Anteile besitzt, wird aufgrund der mit der CROSS Industries AG, Wels, getroffenen Vereinbarung und Optionsrechten von dieser beherrscht und daher zu Anschaffungskosten, die dem Optionspreis gemäß Vereinbarung entsprechen, bewertet.

Die in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften sind im Beteiligungsspiegel zum 30. September 2009 angeführt (vergleiche Punkt 33). Das Geschäftsjahr 2008/09 der Unternehmens Invest AG umfasst den Zeitraum vom 1. Oktober 2008 bis zum 30. September 2009.

(2.2) Angaben zur erstmaligen Anwendung der International Financial Reporting Standards

Die Gesellschaft stellt erstmalig zum 30. September 2009 einen Konzernabschluss gemäß IFRS auf. Der Konzern in der derzeitigen Struktur wurde beginnend mit 1. Oktober 2008 neu gebildet. Die bis dahin bestehende Funktion der Unternehmens Invest AG als Gesellschaft für Minderheitsbeteiligungen steht in keinem wirtschaftlichen Zusammenhang mit der aktuellen Funktion, sodass eine Angabe von Vergleichszahlen der Vorjahresperiode unterbleibt.

Die Vergleichszahlen zum 1. Oktober 2008 in der Bilanz beziehen sich auf den auf IFRS übergeleiteten Einzelabschluss der Unternehmens Invest AG. Die Überleitung der Eigenmittel stellt sich ausgehend von dem nach den Vorschriften des österreichischen Unternehmensgesetzbuches (UGB) aufgestellten Einzelabschluss der Unternehmens Invest AG zum 30. September 2008 wie folgt dar:

in t€	30.9.2008
Eigenkapital der UIAG per 30.9.2008 (Einzelabschluss nach UGB)	46.872
Folgebewertung at Equity-Gesellschaft	1.421
Eigenkapital der UIAG per 30.9.2009 (Einzelabschluss nach IFRS)	48.293

(3) ANGABEN BETREFFEND UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLÜSSE

Im Oktober 2008 erwarb die Unternehmens Invest AG weitere 26,1% der Geschäftsanteile der Kunststoff 1 Management GmbH & Co KG und somit weitere 26,1% der Geschäftsanteile an der Varioform PET Verpackung GmbH. Insgesamt hält die Unternehmens Invest AG nunmehr 75,1% der Geschäftsanteile der Varioform PET Verpackung GmbH.

Varioform PET Verpackung GmbH (per 1. 10. 2008) in t€	Buchwert vor Erwerb	Fair Value- Anpassung	Buchwert nach Erwerb
Langfristige Vermögenswerte	1.814	4.346	6.160
Liquide Mittel	899	0	899
Sonstige kurzfristige Vermögenswerte	7.403	0	7.403
Vermögenswerte	10.116	4.346	14.462
Kurzfristige Schulden	5.988	0	5.988
Langfristige Schulden (ohne passive latente Steuern)	10.008	161	10.169
Passive latente Steuern	0	1.077	1.077
Schulden	15.996	1.238	17.234
Eigenkapital (Reinvermögen)	-5.880	3.108	-2.772
Anteilige Eigenmittel des Mutterunternehmens			723
Anschaffungskosten			54
Firmenwert aus vorhergehenden Erwerben			2.779
Geschäfts- oder Firmenwert			3.556
Anschaffungskosten			-67
<i>davon in 2008/09 zahlungswirksam</i>			-54
Erworbene liquide Mittel			899
Nettogeldfluss 2008/09			845

Im Dezember 2008 erwarb die Unternehmens Invest AG mittelbar 38,5% der Geschäftsanteile der Austria Email AG von der CROSS Industries AG und direkt weitere 1,5 % der Aktien an der Austria Email AG. Insgesamt hält die Unternehmens Invest AG nunmehr 2.633.270 Aktien an der Austria Email AG, das sind 63,4%.

Austria Email AG (per 31. 12. 2008) in t€	Buchwert vor Erwerb	Fair Value- Anpassung	Buchwert nach Erwerb
Langfristige Vermögenswerte	23.061	5.239	28.300
Liquide Mittel	48	0	48
Sonstige kurzfristige Vermögenswerte	15.863	2.508	18.371
Vermögenswerte	38.972	7.747	46.719
Kurzfristige Schulden	18.577	0	18.577
Langfristige Schulden (ohne passive latente Steuern)	4.825	4.071	8.896
Passive latente Steuern	227	918	1.145
Schulden	23.629	4.989	28.618
Eigenkapital (Reinvermögen)	15.343	2.758	18.101
Anteilige Eigenmittel des Mutterunternehmens			-11.478
Anschaffungskosten			17.025
Geschäfts- oder Firmenwert			5.547
Anschaffungskosten			-17.025
Erworbene liquide Mittel			48
Nettogeldfluss 2008/09			-16.977

Angaben gemäß IFRS 3.70

Wenn der beschriebene Zusammenschluss bereits am Beginn der Periode stattgefunden hätten, so hätten sich für den UIAG-Konzernabschluss folgende zusätzliche Umsatz- bzw. Ergebniszahlen ergeben:

in t€	Umsatzerlöse	Jahres- überschuss
UIAG-Gruppe (30.9.2009)	83.180	3.878
Austria Email AG (1. 10. 2008 bis 31. 12. 2008)	17.856	722
Gesamt	101.036	4.600

(4) BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

(4.1) Konsolidierungsmethoden

Die Kapitalkonsolidierung erfolgte nach den Bestimmungen des IFRS 3 nach der Neubewertungsmethode (Purchase Accounting). Dabei wird dem Beteiligungsbuchwert das anteilige, neubewertete Eigenkapital der Tochtergesellschaft gegenübergestellt (Purchase Accounting). Dabei werden identifizierbare immaterielle Vermögenswerte, die im Rahmen des Unternehmenszusammenschlusses erworben wurden, gesondert angesetzt. Soweit für diese Vermögenswerte eine Nutzungsdauer bestimmt werden kann, erfolgt eine planmäßige Abschreibung über die voraussichtliche Nutzungsdauer. Immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer werden jährlich auf ihre Werthaltigkeit untersucht und gegebenenfalls aufgrund eines Impairment-Tests abgeschrieben.

Innerhalb der Aufwands- und Ertragskonsolidierung wurden konzerninterne Umsätze und sonstige Erträge mit Material- und sonstigen betrieblichen Aufwendungen verrechnet. Damit werden in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung nur Außenumsatzerlöse ausgewiesen.

Im Rahmen der **Schuldenkonsolidierung** wurden alle Verbindlichkeiten, Forderungen und Ausleihungen der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen verrechnet.

Alle Forderungen und Verbindlichkeiten, Aufwände und Erträge aus der Verrechnung zwischen den einbezogenen Gesellschaften sowie Zwischenergebnisse aus konzerninternen Verkäufen von Vorräten bzw. Anlagevermögen wurden eliminiert.

Latente Steuern aus der Konsolidierung werden bei den ergebniswirksamen Konsolidierungsvorgängen in Ansatz gebracht.

Verkäufe von Anteilen an Tochtergesellschaften unter bestehendem Beherrschungsverhältnis werden, soweit der Verkaufserlös die anteiligen Eigenmittel einschließlich Firmenwert übersteigt, als Gewinn, sonst als Verlust in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Anteile anderer Gesellschafter am Eigenkapital werden als gesonderte Position innerhalb des Eigenkapitals ausgewiesen.

(4.2) Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Rechnungslegung der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen liegen einheitliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden zugrunde.

Zur Verbesserung der Klarheit und Aussagefähigkeit werden einzelne Posten in der Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Bilanz zusammengefasst. Diese Posten werden im Anhang gesondert ausgewiesen und erläutert. Sämtliche kurzfristigen Vermögenswerte und Schulden werden grundsätzlich innerhalb eines Zeitraumes von zwölf Monaten nach dem Bilanzstichtag realisiert oder erfüllt. Alle anderen Vermögenswerte und Schulden werden grundsätzlich außerhalb dieses Zeitraumes realisiert oder erfüllt.

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

Bei der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung wird das **Umsatzkostenverfahren** in Anwendung gebracht.

Umsatzerlöse werden nach dem Gefahrenübergang bzw. nach dem Zeitpunkt der Erbringung der Leistung abzüglich Skonti, Kundenboni und Rabatte erfasst. Die Regelungen hinsichtlich der Langfristfertigung (Percentage-of-Completion-Methode) kommen aufgrund der Wesensart der erzeugten Produkte nicht zur Anwendung.

Sonstige betriebliche Erträge werden realisiert, wenn der wirtschaftliche Nutzen aus dem zugrunde liegenden Vertrag wahrscheinlich ist und es eine verlässliche Bestimmung der Mieterträge gibt. Vorausbezahlte oder ausstehende Mieten werden abgegrenzt.

Zinserträge werden unter Berücksichtigung der Effektivverzinsung zeitanteilig realisiert. **Dividenden** werden mit der Entstehung des Rechtsanspruchs ausgewiesen.

Konzernbilanz

Die **flüssigen Mittel** enthalten Kassenbestände, Bankguthaben, Schecks und Festgelder sowie Bundesschatzscheine und werden zum Fair Value am Bilanzstichtag bewertet.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden mit dem Nennbetrag, Fremdwährungsforderungen umgerechnet mit dem Stichtagskurs, abzüglich aufgrund von erkennbaren Risiken notwendigen Wertberichtigungen, angesetzt. Finanzielle Forderungen sind der Kategorie „Loans and Receivables“ zugeordnet und werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Erkennbare Risiken werden durch angemessene Wertberichtigungen berücksichtigt. Zinslose Forderungen mit einer Laufzeit von über einem Jahr werden mit dem abgezinsten Barwert angesetzt.

Die **Vorräte** werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten oder dem niedrigeren Veräußerungspreis (Lower of Cost or Net Realizable Value) am Bilanzstichtag bewertet. Dabei kommt grundsätzlich das Durchschnittspreisverfahren zur Anwendung. Eine Reichweitenanalyse mit Abwertung bei eingeschränkter Verwendbarkeit wird durchgeführt.

Die Anschaffungskosten umfassen alle Kosten, die angefallen sind, um den Gegenstand in den erforderlichen Zustand und an den jeweiligen Ort zu bringen. Die Herstellungskosten umfassen die Material- und Fertigungseinzelkosten sowie angemessene Teile der Material- und Fertigungsgemeinkosten. Verwaltungs- und Vertriebsgemeinkosten sind hingegen nicht Bestandteil der Herstellungskosten.

Unter den **sonstigen kurzfristigen Vermögenswerten** und den Finanzanlagen sind Wertpapiere ausgewiesen. Wertpapiere, die der kurzfristigen Anlage dienen (Trading Securities), werden mit ihrem Marktpreis bewertet. Bewertungsänderungen werden ergebniswirksam erfasst. Wertpapiere (Schuldtitel), die bis zum Fälligkeitstermin gehalten werden sollen (Held-to-Maturity Securities), werden mit ihren Anschaffungskosten abzüglich von Abschreibungen im Falle von dauernden Wertminderungen bilanziert. Wertpapiere, die mittels der Fair Value-Option der Kategorie „At Fair Value through Profit or Loss“ gewidmet werden, werden erfolgswirksam zum Marktwert bewertet. Die übrigen Wertpapiere (Financial Assets Available-for-Sale) werden zu ihren Marktwerten am Bilanzstichtag bewertet. Bewertungsänderungen werden, mit Ausnahme von Wertminderungen, erfolgsneutral erfasst.

Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sind der Kategorie „Available-for-Sale (at Cost)“ zugeordnet und werden mit den individuellen Anschaffungskosten bilanziert. Zum 30. September 2009 wird keine Gesellschaft nach der Equity-Methode bilanziert. Sofern Ausleihungen niedriger als marktüblich verzinst werden, werden sie auf den Barwert abgezinst.

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich Abschreibungen bewertet. Die Ermittlung der planmäßigen Abschreibungen erfolgt nach der linearen Abschreibungsmethode unter Zugrundelegung folgender Nutzungsdauern:

	Nutzungsdauer
Gebäude	6 bis 50 Jahre
Technische Anlagen und Maschinen	2 bis 15 Jahre
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2 bis 10 Jahre

In den Herstellungskosten selbst erstellter Anlagen werden die Einzelkosten einschließlich der zurechenbaren Material- und Fertigungsgemeinkosten erfasst. Finanzierungskosten, die sich bei direkter Zurechnung von Fremdkapital ergeben bzw. die sich bei Anwendung eines durchschnittlichen Kapitalisierungszinssatzes auf die angefallenen Aufwendungen ergeben, werden gemäß IAS 23 aktiviert.

Eine außerplanmäßige Abschreibung wird dann vorgenommen, wenn die zukünftig zu erwartenden abgezinsten Erfolgsbeiträge (Future Cashflows) die aktuellen Buchwerte unterschreiten.

Wenn Sachanlagen durch Leasingverträge finanziert werden, die der Gesellschaft das Recht ähnlich dem eines Eigentümers geben, werden die Gegenstände in der Bilanz ausgewiesen. Der Ansatz erfolgt zum Barwert der künftig zu erwartenden Mindestleasingzahlungen. Gleichzeitig wird eine entsprechende Verbindlichkeit in der Bilanz als Verbindlichkeiten aus Leasing ausgewiesen. Die Abschreibung erfolgt linear über die gewöhnliche Nutzungsdauer dieser Sachanlagen. Von der Leasingverpflichtung werden Tilgungen abgezogen. Der Anteil der Zinsanteile in der Leasingverpflichtung wird direkt in der Gewinn- und Verlustrechnung verrechnet.

Geschäfts- oder Firmenwerte werden einem jährlichen Werthaltigkeitstest zum 30. September unterzogen und eine entsprechende Abwertung im Bedarfsfall erfolgswirksam berücksichtigt.

Die Berechnung des Impairment-Erfordernisses für den Konzernabschluss zum 30. September 2009 erfolgte auf Basis der aktuellen Planung nach der Discount-Cashflow-Methode unter Anwendung der folgenden Berechnungsparameter:

	Vorsteuerlicher Diskontsatz	Mittelfrist- planung	Wachstums- rate für ewige Rente	Steuersatz
Austria Email AG	8,80 %	2010-2012	1,00 %	25 %
Varioform PET Verpackung GmbH	9,35 %	2010-2012	1,00 %	25 %

Die Überprüfung der Geschäfts- oder Firmenwerte führte zu keinem Wertminderungsaufwand.

Der Wertansatz der wesentlichen Annahmen stellt die Bewertung künftiger Trends seitens der Geschäftsleitung dar und beruht sowohl auf externen als auch internen Quellen. Das Management der einzelnen Gesellschaften hat dazu eine Mittel- und Langfristplanung erstellt, die von einer mittelfristigen gesamtwirtschaftlichen Erholung ausgehen. Die vorstehenden Schätzungen im Hinblick auf den Geschäfts- oder Firmenwert der überprüften Gesellschaften sind insbesondere in folgenden Bereichen sensitiv:

Eine Erhöhung des Diskontsatzes im Ausmaß von 1 % hätte den Wertminderungsaufwand um rund 0,6 m€ gesteigert.

Eine Verringerung der künftig geplanten Cashflows im Ausmaß von 10 % hätte den Wertminderungsaufwand um rund 0,5 m€ gesteigert.

Immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten aktiviert und abzüglich Abschreibungen bewertet. Die Ermittlung der planmäßigen Abschreibungen erfolgt nach der linearen Abschreibungsmethode unter Zugrundelegung folgender Nutzungsdauern:

	Nutzungsdauer
Software	3 bis 5 Jahre
Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	3 bis 8 Jahre

Immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer, wie die im Rahmen der Kaufpreisallokation angesetzten Marken, werden nicht planmäßig abgeschrieben, sondern einem jährlichen Werthaltigkeitstest unterzogen und allfällig notwendige Abweichungen ergebniswirksam berücksichtigt.

Abgrenzungsposten für aktive und passive latente Steuern werden für zukünftig zu erwartende steuerliche Auswirkungen aus Geschäftsvorfällen, die bereits entweder im Konzernabschluss oder in der Steuerbilanz ihren Niederschlag gefunden haben (zeitliche Differenzen), gebildet. Latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge werden unter Berücksichtigung ihrer Realisierbarkeit gebildet. Aktive und passive latente Steuerposten werden bei gleicher Steuerhoheit saldiert ausgewiesen.

Verbindlichkeiten werden mit ihrem Rückzahlungsbetrag angesetzt, Fremdwährungsverbindlichkeiten werden mit dem Stichtagskurs umgerechnet. Finanzielle Schulden sind der Kategorie „Financial Liabilities at Amortized Cost“ zugeordnet.

Die Bewertung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen erfolgt bei Entstehen der Verbindlichkeit in Höhe des beizulegenden Zeitwertes der erhaltenen Leistungen. In der Folge werden diese Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Sonstige nicht aus Leistungsbeziehungen resultierende Verbindlichkeiten werden mit ihrem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Die **Verpflichtungen für Sozialkapital** setzen sich auf Verpflichtungen für Abfertigungen, Pensionen und Jubiläumsgelder zusammen. Aufgrund gesetzlicher Vorschriften ist die UIAG-Gruppe zudem verpflichtet, an alle MitarbeiterInnen in Österreich, deren Arbeitsverhältnis vor dem 1. Jänner 2003 begann, bei Kündigung durch den Dienstgeber oder zum Pensionsantritts-

zeitpunkt eine Abfertigungszahlung zu leisten. Diese leistungsorientierte Verpflichtung ist von der Anzahl der Dienstjahre und von dem bei Abfertigungsanfall maßgeblichen Bezug abhängig. Für alle nach dem 31. Dezember 2002 begründeten Arbeitsverhältnisse in Österreich zahlt die Unternehmens Invest AG monatlich 1,53% des Entgelts in eine betriebliche Mitarbeiter-Vorsorgekasse, in der die Beiträge auf einem Konto des Arbeitnehmers veranlagt und diesem bei Beendigung des Dienstverhältnisses ausgezahlt oder als Anspruch weitergegeben werden. Die UIAG-Gruppe ist ausschließlich zur Leistung der Beiträge verpflichtet, welche in jenem Geschäftsjahr im Aufwand erfasst werden, für das sie entrichtet wurden (beitragsorientierte Verpflichtung).

Aufgrund von Einzelzusagen ist die Unternehmens Invest AG verpflichtet, Pensionszahlungen zu leisten (leistungsorientierte Verpflichtung). Aufgrund kollektivvertraglicher Vereinbarungen ist die Unternehmens Invest AG verpflichtet, an MitarbeiterInnen in Österreich Jubiläumsgelder nach Maßgabe der Erreichung bestimmter Dienstjahre (ab 25 Dienstjahren) zu leisten (leistungsorientierte Verpflichtung).

Sich am Jahresende ergebende Unterschiedsbeträge (versicherungsmathematische Gewinne oder Verluste) zwischen den planmäßig ermittelten Abfertigungs- und Pensionsverpflichtungen und den tatsächlichen Anwartschaftsbarwerten werden im Jahr des Anfalls sofort zur Gänze erfolgswirksam erfasst.

Die Bewertung der leistungsorientierten Verpflichtungen für Pensionen und Abfertigungen erfolgt nach der in IAS 19 (Employee Benefits) vorgeschriebenen Methode der laufenden Einmalprämien (Projected Unit Credit-Methode) auf Basis von versicherungsmathematischen Gutachten. Im Rahmen dieses Anwartschaftsbarwertverfahrens werden sowohl die am Bilanzstichtag bekannten erworbenen Anwartschaften als auch die künftig zu erwartenden Steigerungen der Gehälter und Renten berücksichtigt. Dabei wird der Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung (Defined Benefit Obligation/DBO) ermittelt.

Rückstellungen für Gewährleistungen werden im Zeitpunkt des Verkaufs der Produkte ergebniswirksam gebildet.

Sonstige Rückstellungen werden gebildet, wenn eine Verpflichtung gegenüber Dritten besteht, die Inanspruchnahme wahrscheinlich und die voraussichtliche Höhe des Rückstellungsbetrages zuverlässig schätzbar ist.

Zuschüsse der öffentlichen Hand werden berücksichtigt, sobald Sicherheit besteht, dass diese der Gruppe zufließen werden und die Gruppe den gestellten Anforderungen entsprechen kann. Grundsätzlich werden Förderungen in der Gewinn- und Verlustrechnung auf Grundlage eines direkten Zusammenhangs mit den entsprechenden Kosten, die durch die Förderung ausgeglichen werden sollen, berücksichtigt. **Investitionszuschüsse aus öffentlichen Mitteln**, die in den Einzelabschlüssen einzelner Gesellschaften als gesonderter Posten ausgewiesen werden, werden im Konzernabschluss unter dem langfristigen Fremdkapital gezeigt.

Eventualverbindlichkeiten sind mögliche oder bestehende Verpflichtungen, die auf vergangenen Ereignissen beruhen, bei denen ein Ressourcenabfluss jedoch als nicht wahrscheinlich eingeschätzt wird. Solche Verpflichtungen sind nach IFRS nicht in der Bilanz zu erfassen, sondern im Anhang anzugeben.

Schätzungen und Unsicherheiten bei Ermessensentscheidungen und Annahmen

Im Konzernabschluss müssen zu einem gewissen Grad **Schätzungen** vorgenommen und Annahmen getroffen werden, die die bilanzierten Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten, die Angabe von Eventualverbindlichkeiten am Bilanzstichtag und den Ausweis von Aufwendungen und Erträgen im Rumpfgeschäftsjahr beeinflussen. Die sich tatsächlich einstellenden Beträge können von den Schätzungen abweichen. Dies betrifft insbesondere die Werthaltigkeit von Firmenwerten und immateriellen Vermögenswerten mit unbestimmbarer Nutzungsdauer und die bei der Erstkonsolidierung angesetzten Vermögenswerte und Schulden einschließlich der durchgeführten Kaufpreisallokation.

Bei den wesentlichen Bilanzposten, deren Wertansätzen Schätzungen hinsichtlich der geplanten Nutzungsdauern zugrunde liegen, handelt es sich im Bereich der Sachanlagen um Maschinen.

Daneben bestehen Schätzungsunsicherheiten bei der Bewertung von Forderungen sowie beim Ansatz und der Bewertung von Verpflichtungen für Sozialkapital und sonstigen Rückstellungen.

(5) UMSATZERLÖSE

in t€	2008/09
Umsatzerlöse nach Regionen	
Österreich	46.995
Sonstiges Europa	36.150
Sonstige	35
Gesamt	83.180
Umsatzerlöse nach Produktgruppen	
Austria Email AG (Warmwasserspeicher)	47.304
Varioform PET Verpackung GmbH (Verpackungsmittel aus Kunststoff)	35.801
Sonstige	75
Gesamt	83.180

(6) HERSTELLUNGSKOSTEN DER ZUR ERZIELUNG DER UMSATZERLÖSE ERBRACHTEN LEISTUNGEN

in t€	2008/09
Materialaufwand und Aufwand für bezogene Leistungen	50.757
Personalaufwand	10.966
Abschreibungen für Sachanlagevermögen und immaterielle Vermögensgegenstände einschließlich geringwertige Vermögensgegenstände	2.658
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.756
Gesamt	67.137

(7) VERTRIEBSAUFWENDUNGEN

in t€	2008/09
Materialaufwand und Aufwand für bezogene Leistungen	1.616
Personalaufwand	3.791
Abschreibungen für Sachanlagevermögen und immaterielle Vermögensgegenstände einschließlich geringwertige Vermögensgegenstände	596
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.918
Gesamt	7.921

(8) FORSCHUNGS- UND ENTWICKLUNGSAUFWENDUNGEN

Im Geschäftsjahr erfolgte kein Aufwand für Forschung und Entwicklung.

(9) VERWALTUNGSaufWENDUNGEN

in t€	2008/09
Materialaufwand und Aufwand für bezogene Leistungen	1
Personalaufwand	2.181
Abschreibungen für Sachanlagevermögen und immaterielle Vermögensgegenstände einschließlich geringwertige Vermögensgegenstände	149
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.064
Gesamt	3.395

Die planmäßigen Abschreibungen und Wertminderungen auf Anlagen werden in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung unter den jeweiligen Funktionsbereichen ausgewiesen (siehe dazu oben).

(10) VORSTANDS- UND GESCHÄFTSFÜHRERBEZÜGE UND ANGABEN ÜBER MITARBEITER

An die Vorstände der Unternehmens Invest AG wurden von Konzernunternehmen im Geschäftsjahr 2008/09 für die Geschäftsführungs- und Vorstandstätigkeit im Konzern fixe Gesamtbezüge in Höhe von 312 t€ gewährt. Die variablen Bezüge betragen 112 t€. Weiters wurden im Geschäftsjahr keine Pensionsaufwendungen in Form von Beiträgen zu Pensionskassen und der Bildung von Pensionsrückstellungen verbucht.

Des Weiteren wurden fixe Gesamtbezüge für Vorstände bei Teilkonzernen und wesentlichen Beteiligungen in Höhe von 504 t€ gewährt. Die variablen Bezüge betragen 187 t€. Für Abfertigungsansprüche wurden 102 t€ rückgestellt.

Für das Geschäftsjahr 2008/09 (Auszahlung im Geschäftsjahr 2009/10) wird in der im Februar 2010 stattfindenden Hauptversammlung eine Vergütung an den Aufsichtsrat der Unternehmens Invest AG von insgesamt 31 t€ vorgeschlagen.

Zum Bilanzstichtag bestehen keine Kredite und Vorschüsse an die Mitglieder des Aufsichtsrats der Unternehmens Invest AG.

Mitarbeiter	2008/09
Stand am 1. 10. 2008	3
Veränderungen im Geschäftsjahr 2008/09 (Konsolidierungskreiszugänge)	393
Stand am 30. 9. 2009	396

(11) SONSTIGE BETRIEBLICHE aufWENDUNGEN

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betreffen **Dotierungen einer Rückstellung für Prozesskosten** in Höhe von 1.500 t€ und Gewährleistungsaufwendungen in Höhe von 62 t€.

(12) SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE

in t€	2008/09
Fördergelder	72
Erträge aus dem Abgang von Anlagen	67
Versicherungsvergütungen	40
Übrige sonstige Erträge	198
Gesamt	378

(13) FINANZ- UND BETEILIGUNGSERGEBNIS

Das Finanz- und Beteiligungsergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

in t€	2008/09
Beteiligungsergebnis	2.450
Zinserträge	787
Zinsaufwendungen	-1.492
Sonstiges	96
Gesamt	1.841

Im Beteiligungsergebnis in Höhe von 2.450 t€ sind Dividendenerträge in Höhe von 833 t€ und Ergebnisse aus Abgang in Höhe von 1.538 t€ enthalten. Das sonstige Finanz- und Beteiligungsergebnis betrifft Erträge aus der Bewertung von Finanzinstrumenten in Höhe von 96 t€.

(14) ERTRAGSTEUERN

Die Ertragsteueraufwände und -erträge des Konzerns teilen sich wie folgt in laufende und latente Steuern auf:

in t€	2008/09
Aktuelle Periode	-1.196
Anpassungen von Vorjahren	-15
Laufende Ertragsteuern	-1.211
Zuführung und Auflösung von temporären Differenzen	-285
Latente Ertragsteuern	-285
Gesamt	-1.496

Als Ertragsteuern sind die in den einzelnen Ländern gezahlten bzw. geschuldeten Steuern auf Einkommen und Ertrag sowie die latenten Steuern ausgewiesen. Die österreichischen Gesellschaften der UIAG-Gruppe unterliegen einem Körperschaftsteuersatz von 25,0%.

Eine Überleitungsrechnung zwischen dem erwarteten Steuerertrag/-aufwand des Geschäftsjahres (Anwendung des Konzernsteuersatzes in Höhe von 25,0% auf das Ergebnis vor Steuern in Höhe von 5.374 t€ auf den tatsächlich ausgewiesenen Steuerertrag/-aufwand) kann wie folgt dargestellt werden:

in t€	2008/09
Erwarteter Steuerertrag/-aufwand	-1.344
Nicht temporäre Differenzen	-137
Nichtansatz von Verlustvorträgen	-27
Steuern aus Vorperioden	-15
Sonstiges	27
Gesamt	-1.496

Im Konzern sind steuerliche Verlustvorträge in Höhe von 1.806 t€ vorhanden, für welche keine latenten Steueransprüche angesetzt werden, da die kurzfristige Realisierung aus heutiger Sicht als nicht hinreichend sicher angesehen werden kann.

Im Übrigen errechnen sich die aktiven und passiven latenten Steuern aus folgenden Bilanzposten:

in t€	30.9.2009	30.9.2008
Aktive latente Steuern		
Forderungen	1.377	0
Langfristige Verbindlichkeiten	1.036	0
Sonstige	2	0
	2.415	0
Passive latente Steuern		
Sachanlagen	-2.432	0
Immaterielles Anlagevermögen	-2.142	0
Subventionen	-294	0
Sonstige	-14	0
	-4.881	0
Gesamt	-2.466	0
<i>davon aktive latente Steuern</i>	28	0
<i>davon passive latente Steuern</i>	-2.495	0

Die latenten Steuern haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

in t€	2008/09
Latente Steuern (netto) am 1.10.2008	0
Veränderung Konsolidierungskreis	2.181
Erfolgswirksam erfasste latente Steuern	285
Latente Steuern (netto) am 30.9.2009	2.466

Für temporäre Unterschiede in Verbindung mit Anteilen an Tochterunternehmen wurden gemäß IAS 12.39 keine latenten Steuerabgrenzungen gebildet.

(15) ERGEBNIS PRO AKTIE

Das Ergebnis pro Aktie wurde gemäß IAS 33 aus dem erzielten Gewinn des Konzerns und der Zahl der im Jahresdurchschnitt in Umlauf befindlichen Aktien ermittelt. Zum 30. September 2009 beträgt die Anzahl der ausgegebenen Aktien 4.000.000 Stück und ist damit unverändert zum Vorjahr. Der Anteil der Eigentümer des Mutterunternehmens am Gewinn des Konzerns beläuft sich auf 2.638 t€, womit sich ein Ergebnis je Aktie von 0,66 € ergibt.

Das verwässerte Ergebnis pro Aktie entspricht dem unverwässerten Ergebnis pro Aktie, da keine Finanzinstrumente mit Verwässerungseffekt ausgegeben wurden.

(16) FLÜSSIGE MITTEL

Die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente umfassen Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Festgelder sowie Bundesschatzscheine in Höhe von 14.088 t€ (Vorjahr: 14.028 t€).

Zum Bilanzstichtag bestehen keine wesentlichen Beschränkungen hinsichtlich der Verfügbarkeit über die Zahlungsmittel.

Sämtliche liquide Mittel weisen eine Restlaufzeit von weniger als drei Monaten auf.

(17) VORRÄTE

in t€	30.9.2009	30.9.2008
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	3.920	0
Unfertige Erzeugnisse	967	0
Fertige Erzeugnisse und Waren	7.151	0
Gesamt	12.038	0

Wertberichtigungen auf den niedrigeren Nettoveräußerungswert sind in Höhe von 905 t€ im Konzernabschluss enthalten.

(18) FORDERUNGEN AUS LIEFERUNGEN UND LEISTUNGEN, SONSTIGE KURZFRISTIGE UND LANGFRISTIGE VERMÖGENSWERTE

Die Wertberichtigungen auf Forderungen haben sich wie folgt entwickelt:

in t€	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	Sonst. finanz. Forderungen (kurz- und langfristig)	Finanzanlagen, Ausleihungen
Stand am 30.9.2008 (= 1.10.2008)	0	125	0
Veränderung Konsolidierungskreis	160	0	0
Währungsumrechnung	0	0	0
Zuführungen	44	66	0
Verbrauch	-22	0	0
Auflösungen	-49	-125	0
Stand am 30.9.2009	133	66	0

Die Aufwendungen für die vollständige Ausbuchung von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen betragen 47 t€ (Vorjahr: 0 t€). Die Erträge aus dem Eingang von ausgebuchten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen betragen 13 t€ (Vorjahr: 0 t€).

Einzelwertberichtigungen von finanziellen Vermögensgegenständen werden dann vorgenommen, wenn der Buchwert des finanziellen Vermögenswerts höher als der Barwert der zukünftigen, abgezinsten Cashflows ist. Als Indikatoren für Einzelwertberichtigungen gelten finanzielle Schwierigkeiten, Insolvenz, Vertragsbruch und erheblicher Zahlungsverzug der Kunden. Die Einzelwertberichtigungen setzen sich aus zahlreichen Einzelpositionen zusammen, von denen keine allein betrachtet wesentlich ist.

Die sonstigen kurzfristigen bzw. langfristigen Vermögenswerte setzten sich wie folgt zusammen:

in t€	30.9.2009	30.9.2008
Sonstige kurzfristige finanzielle Vermögenswerte	1.482	2.819
Forderungen gegenüber Finanzämtern	72	81
Sonstige kurzfristige Vermögenswerte	1.554	2.900
Sonstige langfristige finanzielle Vermögenswerte	10.425	0
Sonstige langfristige Vermögenswerte	10.425	0

In den sonstigen langfristigen Vermögenswerten ist eine Anleihe der CROSS Motorsport Systems AG in Höhe von 2.883 t€ und eine Finanzierungsforderung gegenüber der Peguform Beteiligungs GmbH in Höhe von 7.242 t€ enthalten.

(19) FINANZANLAGEN UND ANTEILE AN ASSOZIIERTEN UNTERNEHMEN

in t€	30.9.2009	30.9.2008
Anteile an verbundenen Unternehmen	1.648	2.823
Beteiligungen	4.964	10.341
Ausleihungen	1.671	3.430
Wertpapiere des Anlagevermögens	1.028	6.776
Gesamt	9.311	23.370

Die in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften sind im **Beteiligungsspiegel** zum 30. September 2009 angeführt (vergleiche Punkt 33). Des Weiteren sind die zu Anschaffungskosten bilanzierten Beteiligungen angeführt. Aufgrund der Unwesentlichkeit wird auf weitere Anhangsangaben verzichtet.

(20) SACHANLAGEN

in t€	Grund- stücke	Gebäude	Technische Anlagen und Maschinen	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Geleistete Anzahlungen	Gesamt
Anschaffungs- und Herstellungskosten						
Stand am 1.10.2008	0	0	0	37	0	37
Zugänge aufgrund Änderung						
Konsolidierungskreis	1.332	16.515	23.901	8.370	4.032	54.150
Zugänge	62	532	3.349	841	2.124	6.908
Umbuchungen	0	2.467	337	79	-2.883	0
Abgänge	-1.319	-6.242	-295	-136	-9	-8.001
Stand am 30.9.2009	75	13.272	27.292	9.191	3.264	53.094
Kumulierte Abschreibungen						
Stand am 1.10.2008	0	0	0	29	0	29
Zugänge aufgrund Änderung						
Konsolidierungskreis	235	6.403	16.274	5.054	0	27.966
Zugänge	0	354	1.841	589	0	2.784
Abgänge	-235	-5.421	-295	-129	0	-6.080
Stand am 30.9.2009	0	1.336	17.820	5.543	0	24.699
Buchwert						
Stand am 30.9.2009	75	11.936	9.472	3.648	3.264	28.395
Stand am 1.10.2008	0	0	0	8	0	8

Die Unternehmen der UIAG-Gruppe mieten zum Teil Grundstücke mit Gebäuden und Maschinen mittels Leasingverträgen, die nach IFRS als Finanzierungsleasingverträge eingestuft werden. Die Leasingverträge sind ausschließlich variabel verzinst. Insbesondere bei den Gebäuden gibt es Kaufoptionen.

In folgenden Positionen des Sachanlagevermögens sind aktivierte Leasinggüter (Capital Lease) enthalten:

in t€	30.9.2009	30.9.2008
Liegenschaften	7.083	0
Gesamt	7.083	0

(21) IMMATERIELLE VERMÖGENSWERTE

in t€	Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte und ähnliche Rechte und Vorteile sowie daraus abgeleitete Lizenzen	Markenrechte, Kunden- beziehungen	Firmenwert	Gesamt
Anschaffungs- und Herstellungskosten				
Stand am 1.10.2008	0	0	0	0
Zugänge aufgrund Änderung Konsolidierungskreis	985	11.006	9.103	21.094
Zugänge	29	0	0	29
Stand am 30.9.2009	1.014	11.006	9.103	21.123
Kumulierte Abschreibungen				
Stand am 1.10.2008	0	0	0	0
Zugänge aufgrund Änderung Konsolidierungskreis	436	1.128	0	1.564
Zugänge	82	538	0	620
Stand am 30.9.2009	518	1.666	0	2.184
Buchwert				
Stand am 30.9.2009	496	9.340	9.103	18.939
Stand am 1.10.2008	0	0	0	0

Die aktivierten Firmenwerte in Höhe von 9.103 t€ (Vorjahr: 0 t€) resultieren aus der Kapitalkonsolidierung der Abschlüsse von:

in t€	2008/09	2007/08
Austria Email AG	5.547	0
Varioform PET Verpackung GmbH	3.556	0
Gesamt	9.103	0

Aus der Anwendung des IAS 36 ergaben sich bei den Sachanlagen im Geschäftsjahr keine außerplanmäßigen Wertminderungsaufwendungen.

(22) KONZERNEIGENKAPITAL

Die Entwicklung des Konzerneigenkapitals ist auf Seite 28 dargestellt.

Das Grundkapital zum 30. September 2009 beträgt 29.080 t€ und ist in 4.000.000 nennbetragslose Stückaktien zerlegt. Die Aktien gewähren die gewöhnlichen nach dem österreichischen Aktiengesetz den Aktionären zustehenden Rechte. Dazu zählt das Recht auf die Auszahlung der in der Hauptversammlung beschlossenen Dividende sowie das Recht auf Ausübung des Stimmrechtes in der Hauptversammlung. Alle Anteile wurden voll eingezahlt. Das im Konzernabschluss ausgewiesene Grundkapital entspricht ebenso wie die Kapitalrücklagen dem Ausweis im Einzelabschluss der Unternehmens Invest AG. Die Kapitalrücklagen in Höhe von 6.818 t€ betreffen gebundene Kapitalrücklagen.

Der Vorstand ist gemäß § 169 AktG ermächtigt, das Grundkapital bis zum 13. Juni 2011 mit Zustimmung des Aufsichtsrats um bis zu 14.540.000,00 € durch Ausgabe von bis zu 2.000.000 Stückaktien gegen Bareinlage zu erhöhen. Von dieser Ermächtigung wurde bisher kein Gebrauch gemacht.

Die Minderheitsanteile umfassen die Anteile Dritter am Eigenkapital der konsolidierten Tochterunternehmen.

Die zulässige Ausschüttung richtet sich nach dem im unternehmensrechtlichen Einzelabschluss der Muttergesellschaft ausgewiesenen Bilanzgewinn. Die Geschäftsführung schlägt für das Geschäftsjahr 2008/09 vor, keine Ausschüttung vorzunehmen.

(23) VERBINDLICHKEITEN

Zusammensetzung der Finanzschulden

in t€	30.9.2009	30.9.2008
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	12.810	0
Finanzierungsleasingverbindlichkeiten	1.576	0
Exportwechsellkredit der OeKB	2.835	0
Gesellschafterdarlehen	3.989	0
ERP-Investitionsfinanzierung	2.699	0
Sonstige	743	0
Gesamt	24.652	0
<i>davon Restlaufzeit bis 1 Jahr</i>	<i>14.798</i>	<i>0</i>
<i>davon Restlaufzeit 1 bis 5 Jahre</i>	<i>9.517</i>	<i>0</i>
<i>davon Restlaufzeit über 5 Jahre</i>	<i>337</i>	<i>0</i>

Die Leasingzahlungen aus Finanzierungsleasingverträgen in den nächsten Jahren verteilen sich wie folgt:

in t€	Leasing- zahlungen 2008/09	Zinsen 2008/09	Barwert 30.9.2009	Leasing- zahlungen 2007/08	Zinsen 2007/08	Barwert 30.9.2008
Bis 1 Jahr	1.125	150	975	0	0	0
2 bis 5 Jahre	680	79	601	0	0	0
Über 5 Jahre	0	0	0	0	0	0
Gesamt	1.805	229	1.576	0	0	0

Die Zahlungen aus als Aufwand erfassten Mindestleasingzahlungen (Zinsaufwand) betragen im Geschäftsjahr 2008/09 975 t€ (Vorjahr: 0 t€).

Finanzierungsleasingverhältnisse werden in der Regel über eine Grundmietzeit zwischen drei und fünf Jahren abgeschlossen und sehen nach Ablauf der Grundmietzeit eine Kaufmöglichkeit bzw. -verpflichtung vor. Die Zinssätze, die den Verträgen zugrunde liegen, sind meist variabel und an marktübliche Referenzzinssätze gebunden.

Die anderen kurzfristigen Schulden betreffen im Wesentlichen Verbindlichkeiten im Rahmen der sozialen Sicherheit und Verbindlichkeiten aus Zinsabgrenzungen.

(24) EVENTUALVERBINDLICHKEITEN UND PFANDRECHTE

Zum Bilanzstichtag waren die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten durch **Verpfändung von Wertpapieren** mit einem Marktwert in Höhe von 11.373 t€ dinglich besichert.

In der UIAG-Gruppe sind keine Eventualverbindlichkeiten vorhanden.

(25) RÜCKSTELLUNGEN

Die Rückstellungen haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

in t€	Stand am 1. 10. 2008	Zu- führung	Veränderung Konsolidie- rungskreis	Verbrauch	Stand am 30. 9. 2009
Kurzfristige Rückstellungen					
Rückstellungen für Prozesse	0	1.510	0	0	1.510
Sonstige Rückstellungen	1.204	131	0	0	1.335
Gesamt	1.204	1.641	0	0	2.845
Langfristige Rückstellungen					
Rückstellungen für					
Garantien und Gewährleistung	0	0	147	-22	125
Gesamt	0	0	147	-22	125

(26) VERPFLICHTUNGEN FÜR SOZIALKAPITAL

Die Verpflichtungen für Sozialkapital beinhalten Vorsorgen für:

in t€	30. 9. 2009	30. 9. 2008
Abfertigungen	6.020	8
Pensionszahlungen	149	0
Jubiläumsgelder	770	0
Gesamt	6.939	8

Die Verpflichtungen nach Beendigung des Dienstverhältnisses entwickelten sich im Geschäftsjahr wie folgt:

in t€	2008/09
Anwartschaftsbarwert	
Stand am 1. 10. 2008	8
Dienstzeitaufwand	250
Zinsenaufwand	393
Erfolgte Zahlungen	-406
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust	109
Veränderung Konsolidierungskreis	6.585
Stand am 30. 9. 2009	6.939

Der Bewertung der Verpflichtungen liegen folgende Annahmen zugrunde:

	2008/09
Rechnungszinssatz	5,50 %
Lohn-/Gehaltstrend	3,00 %
Pensionstrend	3,00 %
Pensionsantrittsalter Frauen	56,5 bis 62 Jahre
Pensionsantrittsalter Männer	61,5 bis 62 Jahre

Der Rechnungszins wurde unter der Berücksichtigung der sehr langen durchschnittlichen Laufzeiten und hohen durchschnittlichen Restlebenserwartung auf Basis von Marktzinssätzen festgesetzt.

Die Mitarbeiterfluktuation ist betriebspezifisch ermittelt und alters-/dienstzeitabhängig berücksichtigt. Den versicherungsmathematischen Bewertungen liegen länderspezifische Sterbetafeln zugrunde.

Der Aufwand für beitragsorientierte Versorgungspläne betrifft im Wesentlichen die Mitarbeitervorsorgekasse in Österreich und beträgt im Geschäftsjahr 2008/09 50 t€ (Vorjahr: 0 t€).

(27) GEZAHLTE STEUERN, ZINSEN UND DIVIDENDEN

Die gezahlten Beträge sind unterhalb der Konzern-Kapitalflussrechnung ausgewiesen.

(28) FINANZINSTRUMENTE UND FINANZRISIKOMANAGEMENT

(28.1) Grundlagen

Die UIAG-Gruppe hält ausschließlich originäre Finanzinstrumente. Zu diesen zählen im Wesentlichen Finanzanlagen, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, Guthaben bei Kreditinstituten, Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, Finanzverbindlichkeiten und Anleihen. Der Bestand der originären Finanzinstrumente ergibt sich aus der Konzernbilanz bzw. aus dem Konzernanhang.

Die Erfassung der Käufe und Verkäufe sämtlicher Finanzinstrumente erfolgt zum Erfüllungstag.

Die Bewertung der Finanzinstrumente erfolgt im Zugangszeitpunkt grundsätzlich zu Anschaffungskosten. Die Finanzinstrumente werden ausgebucht, wenn die Rechte auf Zahlungen aus dem Investment erloschen sind oder übertragen wurden und der Konzern im Wesentlichen alle Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum verbunden sind, übertragen hat.

(28.2) Buchwerte, Fair Values und Nettoergebnis der Finanzinstrumente

Die Buchwerte, Fair Values und Wertansätze der finanziellen Vermögensgegenstände (aktivseitige Finanzinstrumente) setzen sich wie folgt nach Klassen bzw. Bewertungskategorien gemäß IAS 39 bzw. IAS 17 zusammen:

in t€	Buchwert	Fair Value	Wertansatz nach IAS 39				Wertansatz nach IAS 17
			Fortgeführte Anschaffungskosten	Anschaffungskosten	Fair Value erfolgswirksam	Fair Value erfolgsneutral	
30.9.2009							
Loans and Receivables	39.424	39.424					
Flüssige Mittel	14.088	14.088	•				
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	14.131	14.131	•				
Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	570	570	•				
Sonstige finanzielle Forderungen (kurz- und langfristig)	8.963	8.963	•				
Finanzanlagen – Ausleihungen	1.671	1.671	•				
Financial Assets Held-to-Maturity	2.926	3.222					
Finanzanlagen – Wertpapiere des Anlagevermögens (Held-to-Maturity)	2.926	3.222	•				
Financial Assets at Fair Value through Profit or Loss	985	985					
Sonstige kurzfristige Vermögenswerte – Derivate mit positivem Marktwert (Trading)	0	0			•		
Sonstige kurzfristige Vermögenswerte – Wertpapiere (Trading)	0	0			•		
Finanzanlagen – Wertpapiere des Anlagevermögens (Fair Value Option)	985	985			•		
Financial Assets Available-for-Sale	6.612	6.612					
Sonstige kurzfristige Vermögenswerte – Sonstige zur Veräußerung gehaltene Wertpapiere	0	0				•	
Finanzanlagen – Anteile an verbundenen Unternehmen	1.648	1.648		•			
Finanzanlagen – Beteiligungen	4.964	4.964		•			
Finanzanlagen – Wertpapiere des Anlagevermögens (Available-for-Sale)	0	0				•	
Sonstige	0	0					
Sonstige kurzfristige Vermögenswerte – Derivate mit positivem Marktwert (Fair Value Hedge)	0	0			•		
Sonstige kurzfristige Vermögenswerte – Derivate mit positivem Marktwert (Cashflow Hedge)	0	0				•	
Summe finanzielle Vermögenswerte	49.947	50.242					

in t€	Buchwert	Fair Value	Wertansatz nach IAS 39				Wertansatz nach IAS 17
			Fortgeführte Anschaffungskosten	Anschaffungskosten	Fair Value erfolgswirksam	Fair Value erfolgsneutral	
1.10.2008							
Loans and Receivables	30.297	30.297					
Flüssige Mittel	14.028	14.028	•				
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0	0	•				
Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	9.939	9.939	•				
Sonstige finanzielle Forderungen (kurz- und langfristig)	2.900	2.900	•				
Finanzanlagen – Ausleihungen	3.430	3.430	•				
Financial Assets Held-to-Maturity	0	0					
Finanzanlagen – Wertpapiere des Anlagevermögens (Held-to-Maturity)	0	0	•				
Financial Assets at Fair Value through Profit or Loss	0	0					
Sonstige kurzfristige Vermögenswerte – Derivate mit positivem Marktwert (Trading)	0	0			•		
Sonstige kurzfristige Vermögenswerte – Wertpapiere (Trading)	0	0			•		
Finanzanlagen – Wertpapiere des Anlagevermögens (Fair Value Option)	0	0			•		
Financial Assets Available-for-Sale	19.940	19.940					
Sonstige kurzfristige Vermögenswerte – Sonstige zur Veräußerung gehaltene Wertpapiere	0	0				•	
Finanzanlagen – Anteile an verbundenen Unternehmen	2.823	2.823		•			
Finanzanlagen – Beteiligungen	10.341	10.341		•			
Finanzanlagen – Wertpapiere des Anlagevermögens (Available-for-Sale)	6.776	6.776				•	
Sonstige	0	0					
Sonstige kurzfristige Vermögenswerte – Derivate mit positivem Marktwert (Fair Value Hedge)	0	0			•		
Sonstige kurzfristige Vermögenswerte – Derivate mit positivem Marktwert (Cashflow Hedge)	0	0				•	
Summe finanzielle Vermögenswerte	50.237	50.237					

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige finanzielle Forderungen haben überwiegend kurze Restlaufzeiten. Daher entsprechen ihre Buchwerte zum Bilanzstichtag näherungsweise dem beizulegenden Zeitwert. Die beizulegenden Zeitwerte der langfristigen Ausleihungen entsprechen, sofern wesentlich, den Barwerten der mit den Vermögensgegenständen verbundenen Zahlungen unter Berücksichtigung der jeweils aktuellen Marktparameter.

Die finanziellen Vermögensgegenstände der Bewertungskategorie „Available-for-Sale“ enthalten nicht börsennotierte Eigenkapitalinstrumente, deren Fair Value nicht zuverlässig bestimmbar war. Diese Eigenkapitalinstrumente sind in den obigen Tabellen in der Bewertungskategorie „Available-for-Sale (at Cost)“ ausgewiesen und werden zu Anschaffungskosten bilanziert.

Die Buchwerte, Fair Values und Wertansätze der finanziellen Schulden (passivseitige Finanzinstrumente) setzen sich wie folgt nach Klassen bzw. Bewertungskategorien gemäß IAS 39 bzw. IAS 17 zusammen:

in t€	Buchwert	Fair Value	Wertansatz nach IAS 39				Wertansatz nach IAS 17
			Fortgeführte Anschaffungskosten	Anschaffungskosten	Fair Value erfolgswirksam	Fair Value erfolgsneutral	
30.9.2009							
Financial Liabilities at Amortized Cost	33.952	34.095					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	23.076	23.219	•				
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.291	5.291	•				
Finanzverbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	727	727	•				
Anleihen	0	0	•				
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten (kurz- und langfristig)	4.858	4.858	•				
Financial Liabilities at Fair Value through Profit or Loss	0	0					
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten – Derivate mit negativem Marktwert (Trading)	0	0			•		
Sonstige	1.576	1.576					
Verbindlichkeiten							
Finanzierungsleasing	1.576	1.576					•
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten – Derivate mit negativem Marktwert (Fair Value-Hedge)	0	0			•		
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten – Derivate mit negativem Marktwert (Cashflow-Hedge)	0	0				•	
Summe finanzielle Schulden	35.528	35.671					

in t€	Buchwert	Fair Value	Wertansatz nach IAS 39				Wertansatz nach IAS 17
			Fortgeführte Anschaffungskosten	Anschaffungskosten	Fair Value erfolgswirksam	Fair Value erfolgsneutral	
1.10.2008							
Financial Liabilities at Amortized Cost	565	565					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	•				
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	277	277	•				
Finanzverbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0	0	•				
Anleihen	0	0	•				
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten (kurz- und langfristig)	288	288	•				
Financial Liabilities at Fair Value through Profit or Loss	0	0					
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten – Derivate mit negativem Marktwert (Trading)	0	0			•		
Sonstige	0	0					
Verbindlichkeiten							
Finanzierungsleasing	0	0					•
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten – Derivate mit negativem Marktwert (Fair Value-Hedge)	0	0			•		
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten – Derivate mit negativem Marktwert (Cashflow-Hedge)	0	0				•	
Summe finanzielle Schulden	565	565					

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige finanzielle Verbindlichkeiten haben regelmäßig kurze Restlaufzeiten; die bilanzierten Werte stellen näherungsweise die beizulegenden Zeitwerte dar. Die beizulegenden Zeitwerte der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, Finanzverbindlichkeiten und Anleihen werden, sofern wesentlich, als Barwerte der mit den Schulden verbundenen Zahlungen unter Zugrundelegung der jeweils gültigen Marktparameter ermittelt.

Das Nettoergebnis aus den Finanzinstrumenten nach Klassen bzw. Bewertungskategorien gemäß IAS 39 enthält Nettogewinne/-verluste, Gesamtzinserträge/-aufwendungen sowie Minderungsverluste und setzt sich wie folgt zusammen:

in t€	Aus Zinsen	Aus Folgebewertung zum Fair Value	Aus Wertberichtigung	Aus Abgangsergebnis	Nettoergebnis
2008/09					
Loans and Receivables	796	0	63	-34	825
Held-to-Maturity	0	0	0	0	0
Available-for-Sale	0	0	0	1.538	1.538
At Fair Value through Profit or Loss (Fair Value-Option)	0	0	0	0	0
At Fair Value through Profit or Loss (Trading)	0	96	0	0	96
Financial Liabilities at Amortised Cost	-1.249	0	0	0	-1.249
Gesamt	-453	96	63	1.504	1.210

Die Veränderung der Wertberichtigung auf Loans and Receivables ist in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen. Die restlichen Komponenten des Nettoergebnisses sind in den Finanzerträgen bzw. Finanzaufwendungen enthalten.

(28.3) Risikomanagement

Grundsätze des Finanzrisikomanagements

Die UIAG-Gruppe unterliegt hinsichtlich ihrer Vermögensgegenstände, Schulden und geplanten Transaktionen Kredit-, Markt- und Liquiditätsrisiken. Ziel des Finanzrisikomanagements ist es, diese Risiken zu steuern und zu begrenzen. Der Vorstand und der Aufsichtsrat werden regelmäßig über Risiken informiert, welche die Geschäftsentwicklung maßgeblich beeinflussen können.

Die Grundsätze des Finanzrisikomanagements werden durch den Vorstand festgelegt und überwacht. Die Umsetzung obliegt dem Konzern-Treasury und den dezentralen Treasury-Einheiten.

Währungsrisiken

Die UIAG-Gruppe ist fast ausschließlich in der Eurozone tätig, wodurch das Währungsrisiko für den Konzern unwesentlich ist.

Zinsänderungsrisiken

Die Finanzinstrumente sind sowohl aktiv- als auch passivseitig vor allem variabel verzinst. Das Risiko besteht demnach in steigenden Aufwandszinsen bzw. sinkenden Ertragszinsen, die sich aus einer nachteiligen Veränderung der Marktzinsen ergeben.

Zinsänderungsrisiken resultieren somit im Wesentlichen aus originären variabel verzinsten Finanzinstrumenten (Cashflow-Risiko). Für die Zinsänderungsrisiken dieser Finanzinstrumente wurden Sensitivitätsanalysen durchgeführt, die die Auswirkungen von hypothetischen Änderungen des Marktzinsniveaus auf Ergebnis (nach Steuern) und Eigenkapital zeigen. Als Basis wurden die betroffenen Bestände zum Bilanzstichtag herangezogen. Dabei wurde unterstellt, dass das Risiko am Bilanzstichtag im Wesentlichen das Risiko während des Geschäftsjahres repräsentiert. Als Steuersatz wurde der Konzernsteuersatz in Höhe von 25 % verwendet. Außerdem wurde bei der Analyse unterstellt, dass alle anderen Variablen, insbesondere Wechselkurse, konstant bleiben.

Eine Erhöhung (Verminderung) des Marktzinsniveaus – nach den oben genannten Annahmen – um 100 Basispunkte zum Bilanzstichtag hätte eine Verminderung (Erhöhung) des Ergebnisses (nach Steuern) und des Konzerneigenkapitals um 9 t€ ergeben.

Sonstige Marktpreisrisiken

Die UIAG-Gruppe ist neben Zinsänderungsrisiken auch anderen Preisrisiken ausgesetzt, die insgesamt aber von untergeordneter Bedeutung für den Konzern sind. Daneben bestehen auch Energiepreisrisiken und Rohstoffpreisrisiken aus der Beschaffung und der Produktion.

Ausfallsrisiken (Kredit- bzw. Bonitätsrisiken)

Als Ausfallsrisiko bezeichnet man das Risiko, dass eine Partei eines Finanzinstruments der anderen Partei einen finanziellen Verlust verursacht, indem sie einer Verpflichtung nicht nachkommen kann. Das Ausfallsrisiko bei Forderungen gegenüber Kunden kann als gering eingeschätzt werden, da die Bonität neuer und bestehender Kunden laufend geprüft wird. Das Ausfallsrisiko bei den anderen auf der Aktivseite dargestellten Finanzinstrumenten ist ebenfalls als gering anzusehen, da es sich bei den Vertragspartnern um Schuldner bester Bonität handelt.

Auf Grundlage ihres Ratings, das von angesehenen Rating-Agenturen durchgeführt wird, besteht für den Konzern kein wesentliches Risiko.

Ausfallsrisiken werden in der UIAG-Gruppe einerseits durch Kreditversicherungen und andererseits durch bankmäßige Sicherheiten (Garantien, Akkreditive) weitgehend abgesichert. In internen Richtlinien werden die Ausfallsrisiken festgelegt und kontrolliert.

Auf der Aktivseite stellen die ausgewiesenen Beträge gleichzeitig das maximale Ausfallsrisiko dar, da keine generellen Aufrechnungsvereinbarungen bestehen.

Die Buchwerte der Forderungen setzen sich wie folgt zusammen:

in t€	Buchwert	davon zum Abschluss- stichtag weder wertge- mindert noch überfällig	davon zum Abschlussstichtag nicht wertgemindert und in den folgenden Zeitbändern überfällig				davon davon wertge- mindert
			Bis 30 Tage	30 bis 60 Tage	60 bis 90 Tage	Über 90 Tage	
30.9.2009							
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	14.701	13.342	1.082	67	10	67	133
Sonstige finanzielle Forderungen (kurz- und langfristig)	8.963	8.897	0	0	0	0	66
Finanzanlagen – Ausleihungen	1.671	1.671	0	0	0	0	0
Gesamt	25.335	23.910	1.082	67	10	67	199
1.10.2008							
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	9.939	9.939	0	0	0	0	0
Sonstige finanzielle Forderungen (kurz- und langfristig)	2.900	2.400	0	0	0	0	500
Finanzanlagen – Ausleihungen	3.430	3.430	0	0	0	0	0
Gesamt	16.269	15.769	0	0	0	0	500

Hinsichtlich des weder wertgeminderten noch in Zahlungsverzug befindlichen Bestands der finanziellen Liefer- und sonstigen Forderungen deuten zum Abschlussstichtag keine Anzeichen darauf hin, dass die Schuldner ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen werden.

Die Buchwerte von finanziellen Vermögenswerten, die ansonsten überfällig oder wertgemindert gewesen wären und deren Konditionen neu ausgehandelt wurden, betragen 0 t€.

Liquiditätsrisiken

Ein wesentliches Ziel des Finanzrisikomanagements in der UIAG-Gruppe ist es, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit und die finanzielle Flexibilität sicherzustellen. Zu diesem Zweck wird eine Liquiditätsreserve in Form von ungenutzten Kreditlinien (Bar- und Avalkredite) – und bei Bedarf in Form von Barbeständen – bei Banken von hoher Bonität vorgehalten. Diese ungenutzten Kreditlinien haben meist eine Laufzeit von bis zu zwölf Monaten und werden laufend prolongiert.

Aufgrund der globalen Finanzkrise, von der auch Geschäftsbanken der Gruppe unmittelbar betroffen sind, wird der Sicherstellung der kurz- und mittelfristigen Liquidität allerhöchste Priorität beigemessen. Es liegen aus heutiger Sicht ausreichende Zusagen zur Bonität unserer strategischen Finanzpartner und sohin zur Absicherung der kurzfristigen Liquiditätsreserven vor.

Der mittel- und langfristige Liquiditätsbedarf wird durch die Aufnahme von Bankkrediten sichergestellt.

Die Restlaufzeiten der finanziellen Schulden setzen sich wie folgt zusammen:

in t€	Buchwert	Restlaufzeit		
		Bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	Über 5 Jahre
30.9.2009				
Financial Liabilities at Amortized Cost	33.952	24.128	9.487	337
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	23.076	13.823	8.916	337
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.291	5.291	0	0
Finanzverbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	727	156	571	0
Anleihen	0	0	0	0
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten (kurz- und langfristige)	4.858	4.858	0	0
Financial Liabilities at Fair Value through Profit or Loss	0	0	0	0
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten – Derivate mit negativem Marktwert (Trading)	0	0	0	0
Sonstige	1.576	975	601	0
Verbindlichkeiten				
Finanzierungsleasing	1.576	975	601	0
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten – Derivate mit negativem Marktwert (Fair Value-Hedge)	0	0	0	0
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten – Derivate mit negativem Marktwert (Cashflow-Hedge)	0	0	0	0
Gesamt	35.528	25.103	10.088	337

in t€	Buchwert	Restlaufzeit		
		Bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	Über 5 Jahre
30.9.2008				
Financial Liabilities at Amortized Cost	565	565	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	0	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	277	277	0	0
Finanzverbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0	0	0	0
Anleihen	0	0	0	0
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten (kurz- und langfristig)	288	288	0	0
Financial Liabilities at Fair Value through Profit or Loss	0	0	0	0
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten - Derivate mit negativem Marktwert (Trading)	0	0	0	0
Sonstige	0	0	0	0
Verbindlichkeiten				
Finanzierungsleasing	0	0	0	0
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten - Derivate mit negativem Marktwert (Fair Value-Hedge)	0	0	0	0
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten - Derivate mit negativem Marktwert (Cashflow-Hedge)	0	0	0	0
Gesamt	565	565	0	0

Eine Zusammenstellung der vertraglich vereinbarten (undiskontierten) Cashflows (Zins- und Tilgungszahlungen) der finanziellen Schulden finden Sie auf die Seiten 55 und 56.

Die Vorjahreswerte sind nicht aussagekräftig, da die aktuelle Konzernstruktur noch nicht bestand.

Einbezogen wurden alle Finanzinstrumente, die am Bilanzstichtag im Bestand waren und für die bereits Zahlungen vertraglich vereinbart waren. Planzahlen für zukünftige neue finanzielle Verbindlichkeiten gehen nicht ein. Bei den laufenden Betriebsmittelkrediten wurde eine durchschnittliche Restlaufzeit von zwölf Monaten unterstellt; diese Kredite werden aber regelmäßig prolongiert und stehen - wirtschaftlich betrachtet - länger zur Verfügung. Fremdwährungsbeträge wurden jeweils mit dem Stichtagskassakurs umgerechnet. Die variablen Zinszahlungen aus den Finanzinstrumenten wurden unter Zugrundelegung der zuletzt vor dem Bilanzstichtag gefixten Zinssätze ermittelt. Jederzeit rückzahlbare finanzielle Verbindlichkeiten sind immer dem frühesten Laufzeitband zugeordnet.

in t€	Cashflows 2009/10				Cashflows 2010/11-2013/14				Cashflows ab 2014/15			
	Buchwert	Zinsen		Tilgung	Zinsen fix	Zinsen		Tilgung	Zinsen fix	Zinsen		Tilgung
		variabel	variabel			variabel	variabel					
30.9.2009	33.952	361	396	24.128	840	77	9.487	10	0	0	337	
Financial Liabilities at Amortized Cost												
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	23.076	327	396	13.823	764	77	8.916	10	0	0	337	
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.291	0	0	5.291	0	0	0	0	0	0	0	
Finanzverbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	727	34	0	156	77	0	571	0	0	0	0	
Anleihen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten (kurz- und langfristig)	4.858	0	0	4.858	0	0	0	0	0	0	0	
Financial Liabilities at Fair Value through Profit or Loss	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten – Derivate mit negativem Marktwert (Trading)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Sonstige	1.576	0	150	975	0	79	601	0	0	0	0	
Verbindlichkeiten Finanzierungsleasing	1.576	0	150	975	0	79	601	0	0	0	0	
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten – Derivate mit negativem Marktwert (Fair Value-Hedge)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten – Derivate mit negativem Marktwert (Cashflow-Hedge)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Gesamt	35.528	361	546	25.103	840	156	10.088	10	0	0	337	

Kapitalmanagement

Zielsetzung des Kapitalmanagements ist es, eine starke Kapitalbasis zu erhalten, damit weiterhin eine der Risikosituation des Unternehmens entsprechende Rendite für die Gesellschafter erzielt, die zukünftige Entwicklung des Unternehmens gefördert und auch für andere Interessengruppen Nutzen gestiftet werden kann. Das Management betrachtet als Kapital ausschließlich das buchmäßige Eigenkapital nach IFRS. Zum Bilanzstichtag betrug die Eigenkapitalquote 51,1%.

Das Kapitalmanagement der UIAG-Gruppe zielt stets darauf ab, dass die Konzerngesellschaften eine den lokalen Anforderungen entsprechende Eigenkapitalausstattung haben. Im Berichtsjahr wurden alle extern auferlegten Kapitalanforderungen erfüllt.

(29) OPERATING LEASING-VERHÄLTNISSE

Neben den Finanzierungsleasingverhältnissen gibt es in der UIAG-Gruppe Miet- bzw. Leasingverhältnisse, die nach ihrem wirtschaftlichen Gehalt als Operating Leasing-Verhältnisse zu klassifizieren sind. Operating Leasing-Verhältnisse werden über eine Grundmietzeit von bis zu acht Jahren abgeschlossen. Die Leasingverträge beinhalten Leasingraten, die meist auf variablen Miet- bzw. Leasingzinsen basieren.

Zahlungen aus als Aufwand erfassten Mindestleasingzahlungen (Leasing- bzw. Mietaufwand) aus Operating Leasing-Verhältnissen betragen im Geschäftsjahr 2008/09 830 t€. Die ausgewiesenen Aufwendungen aus Operating Leasing-Verhältnissen beinhalten keine wesentlichen bedingten Mietzahlungen.

Die Nutzung von nicht im Sachanlagevermögen ausgewiesenen Miet- und Leasinggegenständen (im Wesentlichen die Miete von Betriebs- und Verwaltungsgebäuden und Lagerplätzen sowie Leasing-KFZ- und -EDV-Ausstattung) bringt Verpflichtungen gegenüber Dritten von 4.480 t€ (Vorjahr: 0 t€) mit sich, welche wie folgt fällig werden:

in t€	2008/09	2007/08
Bis 1 Jahr	932	89
2 bis 5 Jahre	2.288	354
Über 5 Jahre	1.260	0
Gesamt	4.480	443

Die ausgewiesenen Aufwendungen beinhalten keine wesentlichen bedingten Mietzahlungen oder Zahlungen aus Untermietverhältnissen.

Die Operating Leasing-Verträge sind ausschließlich variabel verzinst, teilweise gibt es Kaufoptionen.

(30) SEGMENTBERICHTERSTATTUNG**(30.1) Segmentberichterstattung nach Geschäftsbereichen**

in t€	Warmwasser- speicher	Verpackungs- mittel aus Kunststoff	Sonstige und Konsolidierung	Konzern
2008/09				
Außenumsätze	47.304	35.801	75	83.180
Innenumsätze	0	0	0	0
EBIT	4.623	2.638	-3.728	3.533
Segmentvermögen	48.014	16.865	10.997	75.876
Segmentverbindlichkeiten	17.910	4.420	3.314	25.644
Investitionen	4.371	2.429	137	6.937
Planmäßige Abschreibungen	1.321	823	1.259	3.403
Außerplanmäßige Abschreibungen	0	0	0	0
Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	0	0	0	0
Anteile an assoziierten Unternehmen	0	0	1.649	1.649

(30.2) Segmentberichterstattung nach Regionen

Die Aufteilung nach geografischen Bereichen erfolgt bei den Außenumsätzen nach dem Sitz der Kunden, beim Segmentvermögen und bei den Investitionen nach dem Ort, an dem sich die Vermögenswerte befinden.

in t€	Europa	Sonstige	Konzern
2008/09			
Außenumsätze	83.145	35	83.180
Segmentvermögen	75.876	0	75.876

(31) EREIGNISSE NACH DEM BILANZSTICHTAG

Die Gesellschaft hat im Zeitraum 1997 bis 2000 federführend gemeinsam mit einigen ihrer Aktionäre die Übernahme und den nachfolgenden Börsengang der LIBRODISK Handelsaktiengesellschaft und späteren **LIBRO AG** unter ihrem damaligen Vorstandsvorsitzenden Mag. Kurt Stiassny strukturiert und abgewickelt. Der Erwerb der Aktien der späteren LIBRO AG erfolgte 1997 im Wege einer von der Gesellschaft und einigen ihrer Aktionäre errichteten Käufergesellschaft, die in weiterer Folge als übertragende Gesellschaft auf die LIBRO AG als übernehmende Gesellschaft down-stream verschmolzen wurde. Der für diese Verschmelzung erforderliche positive Verkehrswert des zu übertragenden Vermögens unter Nichtberücksichtigung des Wertes der Beteiligung selbst wurde teils durch die Zufuhr von weiterem Eigenkapital an die übertragende Gesellschaft sowie durch Ausschüttung einer Sonderdividende von 440 mATS aus dem zum 28. Februar 1999 ausgewiesenen Bilanzgewinn der LIBRO AG an die übertragende Gesellschaft dargestellt. Ein Teilbetrag von 116,1 mATS des ausgeschütteten Bilanzgewinnes zum 28. Februar 1999 resultierte aus einer in der Bilanz der LIBRO AG zum 28. Februar 1999 erfolgten Zuschreibung zum Beteiligungsansatz an der LIBRO Management GmbH um 140 mATS. Nach erfolgter Verschmelzung hat die LIBRO AG im Zuge einer Kapitalerhöhung in der Zeit vom 5. bis 10. November 1999 2.760.000 Stück junge LIBRO-Aktien öffentlich angeboten und zu einem Übernahmepreis von insgesamt 77,65 m€ an diverse Anleger platziert. Relativ zeitgleich veräußerten die Gesellschaft und die übrigen Altaktionäre der LIBRO AG insgesamt 2.357.251 LIBRO-Aktien zu einem

Gesamtkaufpreis von 85,45 m€ an einen strategischen Investor, wovon ein Teilbetrag von 19,31 m€ auf die Gesellschaft entfiel. Nach der mit Beschluss des Landesgerichtes Wiener Neustadt vom 17. Juni 2002 erfolgten Eröffnung des Konkurses über die LIBRO AG hat deren Masseverwalter im Zusammenhang mit der oben beschriebenen Ausschüttung der Sonderdividende Ansprüche gegen die Gesellschaft erhoben, die insbesondere auf verbotene Einlagenrückgewähr gestützt wurden. Mit einem am 30. April 2004 abgeschlossenen gerichtlichen Vergleich hat sich die Gesellschaft zur Zahlung eines Betrages von 13,3 m€ an den Masseverwalter verpflichtet, wobei dieser Vergleich auch Wirkung gegenüber anderen Personen und Unternehmen hatte, so insbesondere auch gegenüber jenen Aktionären der Gesellschaft, die ebenfalls Aktionäre der LIBRO AG waren. Die Gesellschaft und die vom Vergleich umfassten weiteren Personen im Unternehmen haben mit einem ebenfalls am 30. April 2004 abgeschlossenen Vergleich eine Vereinbarung über wechselseitige Regressverzicht sowie über die Aufbringung des an den Masseverwalter zu leistenden Vergleichsbetrages getroffen.

Am 14. Oktober 2009 hat die Staatsanwaltschaft Wiener Neustadt Anklage gegen die Vorstände der LIBRO AG, gegen Mag. Kurt Stiassny und gegen Dr. Christian Nowotny sowie gegen Dr. Bernhard Huppmann erhoben. Mag. Kurt Stiassny und Dr. Christian Nowotny gehörten jeweils in der Zeit vom März 1997 bis Juli 2001 dem Aufsichtsrat der LIBRO AG an, wobei Mag. Kurt Stiassny anfänglich als Stellvertreter des Vorsitzenden und dann als Vorsitzender und Dr. Christian Nowotny anfänglich als Mitglied und später dann als Stellvertreter des Vorsitzenden fungierte. Dr. Christian Nowotny gehörte wiederum in der Zeit von Juni 1997 bis Juni 2006 dem Aufsichtsrat der Gesellschaft an. Gegenstand der von der Staatsanwaltschaft Wiener Neustadt erhobenen Anklage sind die Ausschüttung der Sonderdividende in Höhe von 440 mATS (Faktum Sonderdividende), der Ausweis eines überhöhten Bilanzgewinnes im Jahresabschluss 1998/99 der LIBRO AG (Faktum Bilanzfälschung) und die mit Bereicherungsvorsatz verbundene Täuschung von Investoren im Zusammenhang mit der im November 1999 erfolgten Platzierung von jungen Aktien und des Verkaufes von alten Aktien an einen strategischen Investor (Faktum Anlagebetrug). Das Faktum Sonderdividende wurde strafrechtlich als Untreue, das Faktum Bilanzfälschung als strafbare Handlung gemäß § 255 AktG und das Faktum Anlagebetrug als schwerer Betrug gemäß §§ 146, 147 StGB qualifiziert. Laut Anklageschrift sei im Rahmen der Bilanzfälschung ein zumindest um 214 mATS überhöhter Bilanzgewinn ausgewiesen worden, der nicht nur aus der Aufwertung der Beteiligung an der Libro Deutschland, sondern auch noch aus weiteren Maßnahmen wie z. B. aus dem Ausweis wertloser oder tatsächlich nicht vorhandener Lagerbestände, aus nicht nach dem Höchstwertprinzip bewerteten Fremdwährungskrediten oder aus im Folgejahr wieder stornierten Scheinerträgen aus Werbekostenzuschüssen und Boni resultierte. Die Anklageschrift geht beim Faktum Anlagebetrug von einem Schaden zulasten der Zeichner der jungen Aktien in Höhe von 77,56 m€ sowie weiters von einem Schaden zulasten des strategischen Investors in Höhe von 85,45 m€ aus. Die Staatsanwaltschaft Wiener Neustadt hat in ihrer Anklageschrift bereits ausgeführt, dass die durch den Verkauf von Altaktien an den strategischen Investor bei der Gesellschaft eingetretene Bereicherung abzuschöpfen sei. Der Abschöpfungsbetrag sei nach dem Nettoprinzip aus der Differenz des von der Unternehmens Invest AG erzielten Verkaufserlöses in Höhe von 19,31 m€ abzüglich der für die Anschaffung der Aktien aufgewendeten Kosten zu ermitteln. Der Gesellschaft kommt damit im Hauptverfahren die Stellung einer Haftungsbeteiligten zu. Als solche hat sie in der Hauptverhandlung und im Rechtsmittelverfahren, soweit es sich um die Entscheidung über die vermögensrechtlichen Anordnungen zur Abschöpfung der Bereicherung handelt, die Rechte des Angeklagten.

Bereits im Jahr 2006 hat die Gesellschaft auf der Grundlage der damals vorliegenden Strafanzeige des Landeskriminalamtes Niederösterreich vom 1. August 2006 ein Rechtsgutachten darüber eingeholt, ob und inwieweit eine Verurteilung von Mag. Kurt Stiassny und/oder Dr. Christian Nowotny zu einer zivilrechtlichen Haftung der Gesellschaft aufgrund der Zurechnung deren deliktischen Verhaltens führen könnte. Bereits Gegenstand dieser Strafanzeige waren die Fakten Sonderdividende und Bilanzfälschung, nicht hingegen das von den Strafverfolgungsbehörden erst zu einem wesentlich späteren Zeitpunkt relevierte Faktum des Anlagebetruges. Das eingeholte Rechtsgutachten hat alle denkbaren Haftungsgrundlagen mit dem Ergebnis untersucht, dass nur in zwei Fällen eine Haftung der Gesellschaft dem Grunde nach überhaupt möglich wäre, wobei in diesen beiden Fällen Ansprüche aufgrund bereits eingetretener Verjährung ausgeschlossen wurden. Im Hinblick darauf erübrigten sich darüber hinausgehende Überlegungen und Einschätzungen seitens der Gesellschaft, ob und inwieweit diese Strafanzeige in weiterer Folge auch tatsächlich zu einer Anklageerhebung und zu einer Verurteilung führen könnte.

Diese Situation hat erst im September 2009 insofern eine Änderung erfahren, als eine im Zuge der geplanten Veräußerung aller Aktien durch die derzeitige Mehrheitsaktionärin CROSS Industries AG im September 2009 durch den potenziellen Erwerber veranlasste Aktualisierung des Gutachtens dazu führte, dass der Gutachter seine ursprüngliche Aussage hinsichtlich der Anwendbarkeit der kurzen Verjährungsfrist relativierte und darauf hinwies, dass der OGH in einer jüngeren Entscheidung ausdrücklich offen gelassen habe, ob bei Straftaten bei Machthabern bzw. Repräsentanten einer juristischen Person im Verhältnis zur juristischen Person die kurze oder die lange Verjährungsfrist Anwendung findet und sich die jüngere Literatur nunmehr mehrfach für die lange Verjährungsfrist ausgesprochen habe.

Die Frage der Anwendbarkeit der kurzen oder der langen Verjährungsfrist ist nur im Zusammenhang mit einer möglichen zivilrechtlichen Haftung der Gesellschaft aufgrund des Faktums Anlagebetrug von Relevanz. Hingegen ändert die Aussage des ergänzenden Gutachtens vom 25. September 2009 nichts an der bisherigen Einschätzung des Risikos einer zivilrechtlichen Haftung der Gesellschaft im Zusammenhang mit dem Faktum Ausschüttung Sonderdividende. In dieser Hinsicht geht die Gesellschaft weiterhin davon aus, dass im Zusammenhang mit der Ausschüttung der Sonderdividende eine zivilrechtliche Haftung der Gesellschaft auszuschließen ist und alle in diesem Zusammenhang denkbaren Ansprüche der LIBRO AG selbst durch den mit dem Masseverwalter abgeschlossenen Vergleich endgültig bereinigt sind. Theoretisch könnte auch losgelöst von einer strafrechtlichen Verurteilung die Gesellschaft aus einer behaupteten Schutzgesetzverletzung nach §§ 146, 147 StGB in Anspruch genommen werden, weil eine Haftung der Gesellschaft aus einer Schutzgesetzverletzung nicht zwingend eine strafgerichtliche Verurteilung wegen dieser Schutzgesetzverletzung voraussetzt. Aus praktischer Sicht kann es als eher unwahrscheinlich angesehen werden, dass ein Geschädigter ohne eine entsprechende strafgerichtliche Verurteilung Schadenersatzansprüche gegen die Gesellschaft gerichtlich geltend macht, zumal ein solches Zivilprozessverfahren mit einem ungeheuren Verfahrensaufwand und damit auch mit einem extremen Kostenrisiko für den Kläger verbunden wäre. Im Ergebnis bedeutet dies, dass das Risiko einer Inanspruchnahme der Gesellschaft im Zusammenhang mit dem Faktum Anlagebetrug ganz entscheidend davon abhängt, ob auch tatsächlich in weiterer Folge eine Verurteilung von Mag. Kurt Stiassny und/oder Dr. Christian Nowotny wegen strafbarer Handlungen nach § 255 AktG und damit mit höchster Wahrscheinlichkeit auch wegen strafbarer Handlungen nach §§ 146, 147 StGB erfolgt. Die derzeit vorliegenden Informationen erlauben – soweit eine solche überhaupt möglich ist – noch keine fundierte Einschätzung, ob und inwieweit die vorliegende Anklage der Staatsanwaltschaft Wiener Neustadt auch tatsächlich – insbesondere hinsichtlich des Faktums Anlagebetrug – zu einer rechtskräftigen strafgerichtlichen Verurteilung führen wird. Eine solche Einschätzung ist im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses zum 30. September 2009 auch selbst bei maximaler Ausschöpfung der dem Vorstand für die Aufstellung des Jahresabschluss zur Verfügung stehenden gesetzlichen Fristen nicht möglich. Der laut Medienberichten zufolge ca. 20.000 Seiten umfassende Strafakt befindet sich derzeit aufgrund von gegen die Anklageschrift erhobenen Ansprüchen beim Oberlandesgericht Wien.

Bei der Beurteilung des Risikos der Gesellschaft, welches unter Einbeziehung aller denkmöglichen Risiken das Eigenkapital der Gesellschaft deutlich übersteigen würde, ob und inwieweit sie im Falle einer strafgerichtlichen Verurteilung von Mag. Kurt Stiassny und/oder Dr. Christian Nowotny in Anspruch genommen werden könnte, ist zwischen drohenden Ansprüchen aus der Abschöpfung im gerichtlichen Strafverfahren einerseits und zivilrechtlichen Ansprüchen, insbesondere Ansprüche auf Schadenersatz sowie auf Anfechtung der anlässlich der Veräußerung von Altaktien an den strategischen Investor abgeschlossenen Kaufverträge wegen arglistiger Täuschung, zu differenzieren. Während eine strafgerichtliche Verurteilung jedenfalls dem Grunde nach zu einer Abschöpfung der bei der Gesellschaft aus dem Verkauf von Altaktien an den strategischen Investor eingetretenen Bereicherung führen muss, bedeutet eine strafgerichtliche Verurteilung nicht auch zwangsläufig, dass auch Schadenersatzansprüche gegen die Gesellschaft bestehen. Im Rahmen eines solchen Schadenersatzprozesses werden vielmehr neben der Frage der Schutzgesetzverletzung insbesondere die Frage der Reichweite des verletzten Schutzgesetzes, die Frage der Zurechnung sowie letztlich auch die schon oben angesprochene Frage der Anwendung der kurzen oder der langen Verjährungsfrist zu relevieren sein. Während sohin im Falle einer strafgerichtlichen Verurteilung das Risiko einer Abschöpfung der eingetretenen Bereicherung jedenfalls dem Grunde nach zu bejahen ist, ist durch eine allfällige strafgerichtliche Verurteilung im Zusammenhang mit dem Faktum Anlagebetrug für die Frage des Bestehens darüber hinausgehender zivilrechtlicher Ansprüche noch keinesfalls eine endgültige Aussage getroffen.

Im Zeitpunkt der Aufstellung des Konzernabschlusses der Unternehmens Invest AG zum 30. September 2009 konnte keine Aussage getroffen werden, dass aufgrund dieses Sachverhaltes ernsthaft mit einer Haftung der Unternehmens Invest AG gerechnet werden muss. Infolgedessen wurde für ein allfälliges Prozessrisiko keine Rückstellung gebildet.

Es ist jedenfalls erforderlich, dass die Gesellschaft im Interesse der Abwehr möglicher Ansprüche alles unternimmt, damit es im gerichtlichen Strafverfahren zu keiner Verurteilung im Sinne der Anklage kommt. Es ist daher unerlässlich, dass sich die Gesellschaft am strafgerichtlichen Hauptverfahren als Haftungsbeteiligte beteiligt und in das Verfahren auch alle die Angeklagten entlastenden Argumente einbringt. Im Hinblick auf den damit die Gesellschaft künftig treffenden Aufwand wurde im Jahresabschluss zum 30. September 2009 eine Rückstellung für Abwehrkosten in Höhe von 1.500.000,00 € dotiert. Der Vorstand wird unter Beiziehung entsprechender Berater weiterhin alles unternehmen, um möglichst rasch zu einer Einschätzung über den möglichen Ausgang des Strafverfahrens zu gelangen und diese gewonnene Einschätzung anhand der aktuellen Verfahrensentwicklung laufend evaluieren.

Im November 2009 hat die Unternehmens Invest AG die Beteiligung an der **Carpet & Acoustic Products GmbH** sowie der **Durmont Teppichbodenfabrik GmbH** im Rahmen der bestehenden Optionsvereinbarung mit der CROSS Industries AG zum eingezetzten Kapital wieder an die CROSS Industries AG abgegeben.

Die **globale wirtschaftliche Entwicklung**, ausgelöst durch die Banken- und Finanzkrise, hat nach dem Bilanzstichtag zu einer deutlichen Reduktion der Börsenwerte von wesentlichen Beteiligungsunternehmen der Gruppe geführt. Die Marktkapitalisierung liegt daher zum derzeitigen Zeitpunkt teilweise erheblich unter den bilanzierten Werten. Die im Konzernabschluss enthaltenen Buchwerte sind durch überschlägige Wertermittlungen untermauert, die auf von den Unternehmen im aktuellen Umfeld erstellten Mittelfristplanungen beruhen. Diese Planungen unterliegen aufgrund der Marktsituation einem erhöhten Planungsrisiko.

(32) GESCHÄFTSBEZIEHUNGEN ZU NAHE STEHENDEN UNTERNEHMEN UND PERSONEN

Die Aktien der Unternehmens Invest AG werden zu 61,95 % von der CROSS Industries AG, Wels, gehalten. Die Aktien der CROSS Industries AG, Wels, werden zu je 50,00 % (je 500.000 Aktien) von der Pierer GmbH, Wels, und der Knünz GmbH, Dornbirn, gehalten. Alleiniger Gesellschafter und Geschäftsführer der Pierer GmbH, Wels, ist Herr DI Stefan Pierer, alleiniger Gesellschafter und Geschäftsführer der Knünz GmbH, Dornbirn, ist Herr Dr. Rudolf Knünz.

Herr DI Stefan Pierer übt folgende wesentliche Organfunktionen im CROSS Industries-Konzern aus:

- Vorstand der CROSS Immobilien AG, Wels
- Vorstand der CROSS Industries AG, Wels
- Vorstand der CROSS Motorsport Systems AG, Wels
- Vorstand der KTM Power Sports AG, Mattighofen
- Vorstand der KTM-Sportmotorcycle AG, Mattighofen
- Geschäftsführer der CROSS Finanzierungs GmbH, Wels
- Geschäftsführer der CROSS Integration GmbH, Wels
- Geschäftsführer der CROSS Services GmbH, Ursensollen/Deutschland
- Geschäftsführer der Kästle GmbH, Wels
- Aufsichtsratsvorsitzender der Pankl Racing Systems AG, Bruck/Mur
- Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Unternehmens Invest AG, Wien
- Aufsichtsratsmitglied der Austria Email AG, Knittelfeld
- Aufsichtsratsmitglied der BEKO HOLDING AG, Nöhagen
- Aufsichtsratsmitglied der BRAIN FORCE HOLDING AG, Wien
- Aufsichtsratsmitglied der Eternit-Werke Ludwig Hatschek AG, Vöcklabruck

Herr Dr. Rudolf Knünz übt folgende wesentliche Organfunktionen im CROSS Industries-Konzern aus:

- Vorstand der CROSS Industries AG, Wels
- Geschäftsführer der CROSS Finanzierungs GmbH, Wels
- Geschäftsführer der CROSS Services GmbH, Ursensollen/Deutschland
- Aufsichtsratsvorsitzender der Austria Email AG, Knittelfeld
- Aufsichtsratsvorsitzender der CROSS Immobilien AG, Wels
- Aufsichtsratsvorsitzender der CROSS Motorsport Systems AG
- Aufsichtsratsvorsitzender der KTM Power Sports AG, Mattighofen
- Aufsichtsratsvorsitzender der KTM-Sportmotorcycle AG, Mattighofen
- Aufsichtsratsvorsitzender der Unternehmens Invest AG, Wien
- Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Pankl Racing Systems AG, Bruck/Mur
- Aufsichtsratsmitglied der BEKO HOLDING AG, Nöhagen
- Aufsichtsratsmitglied der BRAIN FORCE HOLDING AG, Wien

Herr Dr. Ernst Chalupsky ist Mitglied des Aufsichtsrats der Unternehmens Invest AG, Wien, sowie Partner in der Saxinger, Chalupsky und Partner Rechtsanwälte GmbH, Wels. Von der Saxinger, Chalupsky und Partner Rechtsanwälte GmbH, Wels, wurden zu marktüblichen Bedingungen Beratungs- bzw. Dienstleistungen in Höhe von 162 t€ in Anspruch genommen, welche vom Aufsichtsrat genehmigt wurden. Zum Bilanzstichtag bestehen gegenüber der Saxinger, Chalupsky und Partner Rechtsanwälte GmbH keine offenen Verbindlichkeiten.

Mit der CROSS Industries-Gruppe erfolgten folgende wesentliche Transaktionen unter fremdüblichen Bedingungen:

- Erwerb von 38,5 % der Geschäftsanteile der Austria Email AG (vergleiche Punkt 3)
- Erwerb einer Finanzierungsforderung gegenüber der Peguform Beteiligungs GmbH in der Höhe von 7.242 t€

(33) BETEILIGUNGSSPIEGEL ZUM 30. SEPTEMBER 2009

Folgende Gesellschaften wurden neben den Mutterunternehmen in den Konzernabschluss einbezogen:

Gesellschaft	Erst- konsolidierung	Anteil	Konsolidie- rungsart
Austria Email AG, Knittelfeld	31.12.2008	63,41 %	KVI
Kunststoff 1 Management GmbH & Co KG, Wien	1.10.2008	75,10 %	KVI
Varioform PET Verpackung GmbH, Reichersdorf	1.10.2008	75,10 %	KVI
UIAG Automotive Beteiligungs GmbH, Wien	30.9.2009	100,00 %	KVI
Kunststoff 1 Management GmbH, Wien		100,00 %	KOI
Carpet & Acoustic Products GmbH, Kapfenberg		76,00 %	KAI
Durmont Teppichbodenfabrik GmbH, Hartberg		76,00 %	KAI
JCK Holding GmbH Textil KG, Quakenbrück/Deutschland		2,00 %	KAA
IDENTEC Solutions AG, Lustenau		0,07 %	KAI
InfoTech Holding GmbH, Graz (in Liquidation)		100,00 %	KAI

KVI Vollkonsolidierung, Inland

KOI Aufgrund untergeordneter Bedeutung nicht konsolidiert, Inland

KAI Einbeziehung zu Anschaffungskosten, Inland

KAA Einbeziehung zu Anschaffungskosten, Ausland

(34) ORGANE DER UNTERNEHMENS INVEST AG

Vorstand:

- DI Herbert Paierl, Wien (bis 30. April 2009)
- Mag. Friedrich Roithner, Linz

Als **Mitglieder des Aufsichtsrats** waren im Geschäftsjahr 2008/09 nachstehende Herren bestellt:

- Dr. Rudolf Knünz, Dornbirn, Vorsitzender
- DI Stefan Pierer, Wels, Stellvertretender Vorsitzender
- Dr. Ernst Chalupsky, Wels
- Dr. Ludwig Andorfer, Linz
- Josef Blazicek, Perchtoldsdorf
- Karl Schmutzer, Winzendorf (14. Jänner bis 31. Mai 2009)

Wien, am 11. Dezember 2009



Mag. Friedrich Roithner
Vorstand

BERICHT ZUM KONZERNABSCHLUSS

Wir haben den beigefügten Konzernabschluss der Unternehmens Invest AG, Wien, für das Geschäftsjahr vom 1. Oktober 2008 bis zum 30. September 2009 geprüft. Dieser Konzernabschluss umfasst die Konzernbilanz zum 30. September 2009, die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, die Konzerngeldflussrechnung und die Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung für das am 30. September endende Geschäftsjahr sowie den Konzernanhang.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Konzernabschluss und die Konzernbuchführung

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind für die Konzernbuchführung sowie für die Aufstellung eines Konzernabschlusses verantwortlich, der ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRSs), wie sie in der EU anzuwenden sind, vermittelt. Diese Verantwortung beinhaltet: Gestaltung, Umsetzung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems, soweit dieses für die Aufstellung des Konzernabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns von Bedeutung ist, damit dieser frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist, sei es aufgrund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern; die Auswahl und Anwendung geeigneter Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden; die Vornahme von Schätzungen, die unter Berücksichtigung der gegebenen Rahmenbedingungen angemessen erscheinen.

Verantwortung des Abschlussprüfers und Beschreibung von Art und Umfang der gesetzlichen Abschlussprüfung

Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Konzernabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung. Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und der vom International Auditing and Assurance Standards Board (IAASB) der International Federation of Accountants (IFAC) herausgegebenen International Standards of Auditing (ISAs) durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, dass wir die Standesregeln einhalten und die Prüfung so planen und durchführen, dass wir uns mit hinreichender Sicherheit ein Urteil darüber bilden können, ob der Konzernabschluss frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen hinsichtlich der Beträge und sonstigen Angaben im Konzernabschluss. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Abschlussprüfers unter Berücksichtigung seiner Einschätzung des Risikos eines Auftretens wesentlicher Fehldarstellungen, sei es aufgrund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern. Bei der Vornahme dieser Risikoeinschätzung berücksichtigt der Abschlussprüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung des Konzernabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns von Bedeutung ist, um unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen geeignete Prüfungshandlungen festzulegen,

nicht jedoch um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit der internen Kontrollen des Konzerns abzugeben. Die Prüfung umfasst ferner die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und der von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Konzernabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass wir ausreichende und geeignete Prüfungsnachweise erlangt haben, sodass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil darstellt.

Prüfungsurteil

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss nach unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 30. September 2009 sowie der Ertragslage des Konzerns und der Zahlungsströme des Konzerns für das Geschäftsjahr vom 1. Oktober 2008 bis zum 30. September 2009 in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der EU anzuwenden sind.

Ohne den Bestätigungsvermerk einzuschränken, verweisen wir auf die Erläuterungen in Punkt (31) „Ereignisse nach dem Bilanzstichtag“ zu dem aus dem Verfahren LIBRO AG resultierenden Prozessrisiko.

Aussagen zum Konzernlagebericht

Der Konzernlagebericht ist aufgrund der gesetzlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Konzernabschluss in Einklang steht und ob die sonstigen Angaben im Konzernlagebericht nicht eine falsche Vorstellung von der Lage des Konzerns erwecken. Der Bestätigungsvermerk hat auch eine Aussage darüber zu enthalten, ob der Konzernlagebericht mit dem Konzernabschluss in Einklang steht.

Der Konzernlagebericht steht nach unserer Beurteilung in Einklang mit dem Konzernabschluss.

Linz, am 11. Dezember 2009

KPMG Austria GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft

Mag. Gabriele Lehner
Wirtschaftsprüfer

ppa MMag. Wilfried Straßl
Wirtschaftsprüfer

Ich bestätige nach bestem Wissen, dass der im Einklang mit den maßgebenden Rechnungslegungsstandards aufgestellte Konzernabschluss ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt, dass der Konzernlagebericht den Geschäftsverlauf, das Geschäftsergebnis und die Lage des Konzerns so darstellt, dass ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns entsteht, und dass der Konzernlagebericht die wesentlichen Risiken und Ungewissheiten beschreibt, denen der Konzern ausgesetzt ist.

Ich bestätige nach bestem Wissen, dass der im Einklang mit den maßgebenden Rechnungslegungsstandards aufgestellte Jahresabschluss des Mutterunternehmens ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt, dass der Lagebericht den Geschäftsverlauf, das Geschäftsergebnis und die Lage des Unternehmens so darstellt, dass ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage entsteht, und dass der Lagebericht die wesentlichen Risiken und Ungewissheiten beschreibt, denen das Unternehmen ausgesetzt ist.

Wien, am 11. Dezember 2009

A handwritten signature in black ink, consisting of a large, stylized 'R' followed by a horizontal line and a curved flourish.

Mag. Friedrich Roithner
Vorstand

WICHTIGE INFORMATIONEN

FINANZKALENDER 2010

Fr, 12. Februar 2010	Hauptversammlung in Wien
Fr, 26. Februar 2010	Veröffentlichung erstes Quartal 2009/10
Mo, 31. Mai 2010	Veröffentlichung Halbjahresbericht 2009/10
Di, 31. August 2010	Veröffentlichung erste drei Quartale 2009/10

INVESTOR RELATIONS

Mag. Friedrich Roithner

T (+43 1) 405 9771-0

F (+43 1) 405 9771-9

E office@uiag.at, www.uiag.at

Impressum

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Unternehmens Invest AG, 1010 Wien, Am Hof 4
Registriert beim Handelsgericht Wien unter FN 104570 f

Konzeption und Gestaltung: marchesani_kreativstudio, 1080 Wien

Hersteller: Druckerei Paul Gerin, 2120 Wolkersdorf

Der vorliegende Geschäftsbericht wurde mit größtmöglicher Sorgfalt erstellt und die Richtigkeit der Daten überprüft. Dennoch kann nicht ausgeschlossen werden, dass durch die Summierung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben geringfügige Rechendifferenzen bzw. Satz- und Druckfehler auftreten können.

Dieser Bericht und die darin enthaltenen zukunftsweisenden Angaben wurden auf Basis aller während der Erstellung zur Verfügung stehenden Daten und Informationen erstellt. Wir weisen allerdings darauf hin, dass die tatsächlichen Ergebnisse von den in diesem Bericht angegebenen zukunftsbezogenen Aussagen aufgrund unterschiedlicher Faktoren abweichen können.



**Unternehmens Invest Aktiengesellschaft,
Wien**

**Bericht über die Prüfung des
Jahresabschlusses zum
30. September 2009**

KPMG Austria GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft
11. Dezember 2009
Dieser Bericht beinhaltet 32 Seiten und 5 Beilagen
20020853

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Auftrag und Durchführung	1
2. Rechtliche, steuerliche und wirtschaftliche Verhältnisse	3
2.1. Gesellschaftsrechtliche Verhältnisse	3
2.2. Steuerliche Verhältnisse	5
2.3. Wirtschaftliche Verhältnisse	5
2.3.1. Überblick	5
2.3.2. Wesentliche langfristige Verträge und Verpflichtungen	6
2.3.3. Wesentliche Veränderungen in den Finanzanlagen	8
3. Zusammengefasste Darstellungen, Erläuterungen und Aufgliederungen zum Jahresabschluss	9
3.1. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze	9
3.2. Bilanz	9
3.3. Geldflussrechnung	19
3.4. Gewinn- und Verlustrechnung	20
3.5. Ausgewählte Kennzahlen	26
3.6. Anhang	27
4. Rechnungswesen	28
5. Ergebnis der Prüfung, Redepflicht und Bestätigungsvermerk	29

Beilagenverzeichnis

	Beilage
Jahresabschluss und Lagebericht	
Bilanz zum 30. September 2009	I
Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2008/09	II
Anhang für das Geschäftsjahr 2008/09 (einschließlich Anlage 1 und 2 zum Anhang)	III
Lagebericht für das Geschäftsjahr 2008/09	IV
Auftragsbedingungen	V

Rundungshinweis

Bei der Summierung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben können durch Verwendung automatischer Rechenhilfen rundungsbedingte Rechendifferenzen auftreten.

Abkürzungsverzeichnis

Abs	Absatz
AktG	Aktiengesetz
ATS	Österreichische Schilling
bzw	beziehungsweise
ca	zirka
EBIT	Earnings before interest and taxes: Betriebserfolg
EBT	Earnings before taxes: Gesamtergebnis vor Ertragsteuern
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EUR	Euro
FN	Firmenbuchnummer
HRB	Handelsregisterbuch
kA	keine Angabe
KFZ	Kraftfahrzeug
KStG	Körperschaftsteuergesetz
Mio	Million
na	nicht anwendbar
OGH	Oberer Gerichtshof
OÖ	Oberösterreich
ppa.	per Prokura
StGB	Steuergesetzbuch
TEUR	tausend Euro
UGB	Unternehmensgesetzbuch
URG	Unternehmensreorganisationsgesetz
Z	Ziffer
zB	zum Beispiel

An die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der
Unternehmens Invest Aktiengesellschaft,
Wien

Wir haben die Prüfung des Jahresabschlusses zum 30. September 2009 der

**Unternehmens Invest Aktiengesellschaft,
Wien**
(im Folgenden kurz "UIAG" oder "Gesellschaft" genannt),

abgeschlossen und erstatten über das Ergebnis dieser Prüfung den folgenden **Bericht**:

1. Auftrag und Durchführung

In der ordentlichen Hauptversammlung vom 14. Jänner 2009 der Unternehmens Invest Aktiengesellschaft, Wien, wurden wir zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2008/09 gewählt. Der Aufsichtsrat erteilte uns demzufolge den **Auftrag**, den Jahresabschluss zum 30. September 2009 unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht zu prüfen.

Wir führten die Prüfung von Oktober bis Dezember 2009 in den Räumen der Muttergesellschaft in Wels und am Sitz unserer Gesellschaft durch.

Für die ordnungsgemäße Durchführung des Auftrages ist Frau Mag. Gabriele Lehner, Wirtschaftsprüfer, **verantwortlich**.

Als **Unterlagen** für unsere Prüfung dienten die Bücher, Schriften und sonstigen Aufzeichnungen der Gesellschaft. Die von uns benötigten zusätzlichen Aufklärungen und Nachweise wurden vom Vorstand der Gesellschaft und den uns genannten Sachbearbeitern gegeben.

Die Prüfung ist eine **Pflichtprüfung**. Die in § 269 UGB aufgestellten Grundsätze und ergänzenden Vorschriften der Satzung wurden bei der Durchführung der Prüfung beachtet.

Grundlage für unsere Prüfung sind die mit der Gesellschaft vereinbarten, von der Kammer der Wirtschaftstreuhänder herausgegebenen "Allgemeinen **Auftragsbedingungen** für Wirtschaftstreuhänder (AAB)" (Beilage V). Diese Auftragsbedingungen gelten nicht nur zwischen der Gesellschaft und dem Abschlussprüfer, sondern auch gegenüber Dritten. Bezüglich unserer Verantwortlichkeit und Haftung als Abschlussprüfer gegenüber der Gesellschaft und gegenüber Dritten kommt § 275 UGB zur Anwendung.

Bei unserer Prüfung beachteten wir die in Österreich berufsüblichen **Grundsätze** ordnungsgemäßer Durchführung von Abschlussprüfungen. Wir weisen darauf hin, dass die Abschlussprüfung mit hinreichender Sicherheit die Richtigkeit des Abschlusses gewährleisten soll. Eine absolute Sicherheit ist nicht zu erreichen, da jedem Rechnungslegungs- und internen Kontrollsystem die Möglichkeit von Fehlern immanent ist und auf Grund der stichprobengestützten Prüfung ein unvermeidbares Risiko besteht, dass wesentliche Falschdarstellungen im Jahresabschluss unentdeckt bleiben. Die Prüfung erstreckte sich nicht auf Bereiche, die üblicherweise den Gegenstand von Sonderprüfungen bilden.

Der Vorstand bestätigte uns die **Vollständigkeit** des Jahresabschlusses und des Lageberichtes schriftlich.

2. Rechtliche, steuerliche und wirtschaftliche Verhältnisse

2.1. Gesellschaftsrechtliche Verhältnisse

Die Gesellschaft wurde in der **Rechtsform** einer Aktiengesellschaft mit Satzung vom 10. August 1990 gegründet.

Die Satzung wurde bereits mehrfach geändert. Die letzte weitreichende **Änderung der Satzung** erfolgte mit Hauptversammlungsbeschluss vom 10. Juli 2008 und betraf neben der Verlegung des Bilanzstichtags vom 31. Dezember auf den 30. September im Wesentlichen folgende Paragraphen:

§ 3 Gegenstand des Unternehmens

§ 5 Grundkapital und Aktien

§ 6 Klarstellung, dass sämtliche Aktien auf Inhaber lautende Stückaktien sind

§ 7 Form und Inhalt der Aktienurkunden: Ausschluss des Anspruches auf Einzelverbriefung

§ 9 Der Vorstand: Erhöhung der Höchstzahl der Vorstandsmitglieder, Einführung einer Altersgrenze für Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder, Zustimmung des Aufsichtsrats zur Geschäftsordnung und Geschäftsverteilung des Vorstands und die damit zusammenhängende Streichung der bisher in der Satzung geregelten zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäfte sowie ein Dirimierungsrecht des Vorstandsvorsitzenden.

§§ 11 bis 14 Der Aufsichtsrat: Reduktion der satzungsmäßigen Höchstzahl der Aufsichtsratsmitglieder von 8 auf 6, Streichung der bisher in der Satzung angeführten zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäfte infolge deren Regelung in der Geschäftsordnung des Vorstands, Bestellung von Ausschüssen, neue Regelung der inneren Ordnung des Aufsichtsrats in Anpassung an die geltende Rechtslage sowie der Aufsichtsratsvergütung.

§ 16 Einberufung der Hauptversammlung

§ 17 Aktienhinterlegung zur Teilnahme an der Hauptversammlung

§ 18 Vorsitz in der Hauptversammlung

§ 19 Beschlussmehrheiten in der Hauptversammlung

§ 23 Verjährung der Gewinnanteile

Die Gesellschaft ist im **Firmenbuch** des Handelsgerichtes Wien unter der Nummer FN 104570 f eingetragen. Die Ersteintragung erfolgte am 21. August 1990 unter der Nummer HRB 20252 a.

Ab 1. Oktober 2008 ist der **Gegenstand des Unternehmens** die Ausübung der Tätigkeit einer geschäftsleitenden Holding, insbesondere der Erwerb und die Verwaltung von Unternehmen und Beteiligungen, die Erbringung von Dienstleistungen für diese (Konzerndienstleistungen) sowie allgemein die Erbringung von Dienstleistungen auf dem Gebiet der Unternehmensberatung. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszwecks notwendig oder nützlich erscheinen, insbesondere zur Errichtung von Zweigniederlassungen und Tochtergesellschaften im In- und Ausland, zum Erwerb sowie zur Beteiligung an anderen Unternehmen und Gesellschaften, zur Übernahme der Geschäftsführung und Vertretung solcher Unternehmen und Gesellschaften sowie zur Vermietung und Verpachtung von Wirtschaftsgütern. Die Gesellschaft ist nicht zum Betrieb von Bankgeschäften berechtigt.

Mit Hauptversammlungsbeschluss vom 10. Juli 2008 wurde die Verlegung des Bilanzstichtags vom 31. Dezember auf den 30. September beschlossen. Die **Organe** der Gesellschaft sind im Anhang (Beilage III) angegeben.

Das **Grundkapital** beträgt EUR 29.080.000,00. Es ist in 4.000.000 nennbetragslose Inhaberaktien zerlegt. Der Vorstand wurde in der ordentlichen Hauptversammlung ermächtigt, eigene Anteile bis zu maximal 10 % des Stammkapitals zu erwerben.

Am Grundkapital sind die nachstehenden Aktionäre **beteiligt**:

	30.9.2009		30.9.2008	
	Stück	%	Stück	%
CROSS Industries AG (CROSS)	2.477.928	62,0	2.374.302	59,4
Ocean Consulting GmbH	0	0,0	325.001	8,1
Oberbank PE Holding GmbH	387.941	9,7	387.941	9,7
Streubesitz	1.134.131	28,3	912.756	22,8
	<u>4.000.000</u>	<u>100,0</u>	<u>4.000.000</u>	<u>100,0</u>

Bei der geprüften Gesellschaft handelt es sich um eine **große Kapitalgesellschaft** im Sinn des § 221 UGB.

Die **ordentliche Hauptversammlung** vom 14. Jänner 2009 fasste folgende wesentliche Beschlüsse:

1. Vom Bilanzgewinn in Höhe von EUR 2.000.000,00 wird eine Dividende in Höhe von EUR 0,50 je Aktie, das sind EUR 2.000.000,00 ausgeschüttet.
2. Entlastung der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2008.
3. Festsetzung der Aufsichtsratsvergütung in Höhe von EUR 26.160,00.
4. Wahl der KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Linz, zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2008/09.

5. Ermächtigung des Vorstands eigene Anteile bis zu maximal 10 % des Stammkapitals zu erwerben.
6. Änderung der Satzung in § 5 (Ermächtigung des Vorstands das Stammkapital zu erhöhen).

Der **Aufsichtsrat**, der im Geschäftsjahr 2008/09 5 Sitzungen abhielt, hat über die gesetzlichen Kontrollaufgaben und die Genehmigung der zustimmungspflichtigen Geschäfte hinaus keine Befugnisse.

2.2. Steuerliche Verhältnisse

Die Gesellschaft wird beim **Finanzamt** Wien 1/23 unter der **Steuernummer** 473/5255, Betriebliche Veranlagung, Team 28, veranlagt; die steuerliche Vertretung erfolgt durch die KPMG Alpen-Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Linz.

Die letzte **Veranlagung** erfolgte für die Körperschaft- und Umsatzsteuer 2007.

Die letzte **steuerliche Betriebsprüfung** erstreckte sich auf die Körperschaft- und Umsatzsteuer für die Jahre 2002 bis 2004. Sie wurde im Jahr 2005 abgeschlossen.

Das Bundesministerium für Finanzen hat mit Schreiben vom 24. März 1994 bescheinigt, dass die Voraussetzungen gemäß § 6 b KStG für die Begünstigungen von Mittelstandsfinanzierungsgesellschaften vorliegen. Somit war die Gesellschaft gemäß § 5 Z 14 KStG seit dem Geschäftsjahr 1994 von der Körperschaftsteuer befreit.

Ab 1. Oktober 2008 hat die UIAG die Voraussetzungen einer **Mittelstandsfinanzierungsgesellschaft** nicht mehr erfüllen können. Die Gesellschaft wechselt daher ab dem Veranlagungsjahr 2008/09 in die unbeschränkte Steuerpflicht. Es droht daraus das Risiko einer Nachversteuerung, welches von der Gesellschaft eingeschätzt und vorgesorgt wurde.

2.3. Wirtschaftliche Verhältnisse

2.3.1. Überblick

Die Gesellschaft notiert seit 1994 im amtlichen Handel der Wiener Börse. Seit Oktober 2008 ist sie als geschäftsleitende Holding tätig und verwaltet zum 30. September 2009 folgende **Beteiligungen**:

Kunststoff I Management GmbH & Co KG, Wien

Kunststoff I Management GmbH, Wien

Carpet & Acoustic Products GmbH, Kapfenberg

JCK Holding GmbH Textil KG, Quakenbrück, Deutschland

UIAG Automotive Beteiligungs GmbH, Wels

IDENITEC SOLUTIONS AG, Lustenau

Lion.cc Libro Online AG (in Liquidation), Wien

Wiener Börse AG, Wien

Infotech Holding GmbH, Graz (in Liquidation)

Austria Email Aktiengesellschaft, Knittelfeld

2.3.2. Wesentliche langfristige Verträge und Verpflichtungen

Besserungsvereinbarungen

Die Gesellschaft hat am 28. Mai 2004 mit ihren institutionellen Aktionären Bank Austria Creditanstalt AG, Wien, Raiffeisen Zentralbank Österreich Aktiengesellschaft, Wien, 3-Banken Beteiligung Gesellschaft m.b.H., Linz, Oberbank AG, Linz, Deutsche Beteiligungs AG, Frankfurt am Main, Deutschland, Deutsche Beteiligungsgesellschaft Fonds III GmbH, Frankfurt am Main, Deutschland, und Gerling-Konzern Lebensversicherungs AG, Köln, Deutschland, eine Vereinbarung über die Gewährung von nichtrückzahlbaren Beiträgen sowie über die Gewährung von Besserungskapital abgeschlossen. Diese Vereinbarung diente der Mittelaufbringung zur Finanzierung des von der UIAG mit dem Masseverwalter im Konkurs der Libro AG, Wien, abgeschlossenen Vergleichs.

Auf Basis dieser Vereinbarung haben die Aktionäre im Geschäftsjahr 2004 insgesamt einen nichtrückzahlbaren Beitrag in Höhe von EUR 1.225.000,00 geleistet. Darüber hinaus verzichteten drei Aktionäre auf die Rückforderung von an die UIAG bezahlten Erfolgsprämien in Höhe von insgesamt EUR 2.178.836,90.

Weiters wurde vereinbart, dass die institutionellen Aktionäre ein **Besserungskapital** von insgesamt EUR 2.375.000,00 an die UIAG bezahlen. Die Ansprüche auf Rückzahlung des Besserungskapitals leben auf, wenn und soweit die Gesellschaft sonst einen Jahresüberschuss vor Bedienung des Besserungskapitals erzielen würde. Dabei sind folgende Einschränkungen zu beachten:

- a) Der Anspruch ist mit 60 % des Jahresüberschusses, höchstens jedoch mit EUR 950.000,00 pro Jahr beschränkt und
- b) der Anspruch auf Rückzahlung des Besserungskapitals ist mit 60 % der Summe aus Bilanzgewinn (vor Bedienung des Besserungskapitals) und der im laufenden Jahr erfolgten Rücklagendotierung begrenzt.

Das Besserungskapital lebt zur Gänze wieder auf und wird sofort fällig, wenn die Aktionäre der UIAG einen Liquidationsbeschluss oder einen Kapitalherabsetzungsbeschluss fassen oder wenn über das Vermögen der UIAG ein Insolvenzverfahren eröffnet werden sollte. Bei einer Kapitalherabsetzung bzw im Rahmen einer Insolvenz erfolgt die Rückzahlung jedoch erst nach Befriedigung von Drittgläubigern.

Für das Besserungskapital fallen ab Zuzählung Zinsen an, die jedoch erst anlässlich der Bedienung des Besserungskapitals zur Zahlung fällig werden.

Zum Bilanzstichtag bestehen nach Berücksichtigung der Bedienung 2008 folgende noch nicht fällige **Verpflichtungen** (in 2008/09 erfolgte auf Grund negativem Jahresergebnis keine Bedienung):

Kapitalgeber	Geleistetes Besserungs- kapital EUR	Bedienung 2004 bis 2007 EUR	Noch nicht fällige Ver- pflichtung EUR
Deutsche Beteiligungs AG	912.403,09	831.094,80	81.308,29
Deutsche Beteiligungs- gesellschaft Fonds III GmbH	286.626,01	261.083,49	25.542,52
Gerling-Konzern Lebens- versicherung AG	230.582,50	210.034,26	20.548,24
Raiffeisen Zentralbank Österreich Aktiengesellschaft	276.999,00	230.663,51	0,00 ¹⁾
Bank Austria Creditanstalt AG	461.165,10	384.439,27	0,00 ¹⁾
3 Banken Beteiligung GmbH	207.524,30	172.997,67	0,00 ¹⁾
	<u>2.375.300,00</u>	<u>2.090.313,00</u>	<u>127.399,05</u>

Optionsvereinbarung Carpet & Acoustic Products GmbH, Kapfenberg

Mit Kauf- und Abtretungsvertrag vom 18. November 2008 erwarb die Gesellschaft unter Vorbehalt einer Optionsvereinbarung ("Kapitalgarantie") von der CROSS Industries AG, Wels, Geschäftsanteile von 76 % der Carpet & Acoustic Products GmbH, Kapfenberg. Im Rahmen dieser stellt die CROSS Industries AG, Wels, der Unternehmens Invest Aktiengesellschaft, Wien, das nicht übertragbare Angebot auf Verkauf (Put) des im Zeitpunkt der Optionsausübung von der Unternehmens Invest Aktiengesellschaft, Wien, gehaltenen Geschäftsanteiles an der Carpet & Acoustic Products GmbH, Kapfenberg, zum vereinbarten Kauf- und Abtretungspreis.

Die CROSS Industries AG, Wels, verpflichtet sich für den Fall der Ausübung der Option sämtliche Kapitalmaßnahmen gegenüber der Carpet & Acoustic Products GmbH, Kapfenberg, und deren Tochtergesellschaft gegen Zahlung eines Einlösungsbetrages in Höhe des jeweiligen Nominales einschließlich allfälliger Zinsen einzulösen.

1) Verzicht auf den Restbetrag erfolgt.

2.3.3. Wesentliche Veränderungen in den Finanzanlagen

Carpet & Acoustic Products GmbH, Kapfenberg

Mit Kauf- und Abtretungsvertrag vom 18. November 2008 erwarb die Gesellschaft unter Vorbehalt einer Optionsvereinbarung ("Kapitalgarantie") von der CROSS Industries AG, Wels, Geschäftsanteile von 76 % der Carpet & Acoustic Products GmbH, Kapfenberg (und damit mittelbar 100 % Geschäftsanteile an der Durmont Teppichbodenfabrik GmbH, Hartberg), zum Kaufpreis von EUR 500.005,00. Weiters wurden Kapitalmaßnahmen durchgeführt:

- Bisher von der CROSS Industries AG, Wels, gewährte Ausleihungen in Höhe von TEUR 1.625 wurden durch die Unternehmens Invest Aktiengesellschaft, Wien, übernommen.
- Es wurden nicht rückzahlbare Gesellschafterzuschüsse bzw Forderungsverzichte in Höhe von TEUR 1.130 gewährt.

Infotech Holding GmbH, Graz (in Liquidation)

Mit Notariatsakt vom 17. Februar 2009 hat die UIAG die Geschäftsanteile (37,44 %) an der Infotech Holding GmbH, Graz, von der Telekom Austria Beteiligungen GmbH, Wien, im Nominale von EUR 1.658.490,00 übernommen sowie mit Aufhebungsvereinbarung vom 29. Oktober 2008 die Geschäftsanteile (25,06 %) von der EOSS Beteiligungs GmbH, Wien, erworben.

Die Unternehmens Invest Aktiengesellschaft, Wien, hat als nunmehr alleinige Gesellschafterin der Infotech Holding GmbH, Graz, in der außerordentlichen Generalversammlung vom 17. Februar 2008 die Auflösung und Liquidation der Gesellschaft beschlossen.

Austria Email Aktiengesellschaft, Knittelfeld

Mit Kauf- und Abtretungsvertrag vom 9. Dezember 2008 wurden 62,5 % der Anteile an der SARPEDON Management Consulting GmbH & Co "AEAG" KEG, Wien, von der CROSS Industries AG, Wels, erworben. Gleichzeitig erfolgte die Anwachsung des Vermögens der SARPEDON Management Consulting GmbH & Co "AEAG" KEG, Wien, an der UIAG durch Ausscheiden der Komplementärgesellschaft (Gesamtrechtsnachfolge gemäß § 142 UGB). Weiters wurden insgesamt 64.507 Stück Aktien der Austria Email Aktiengesellschaft, Knittelfeld, erworben, sodass die UIAG nunmehr einen Anteil von 63,41 % an der Gesellschaft hält.

POLYTEC Holding AG, Hörsching

Mit Vertrag über die "Restrukturierung der Finanzierung und Entflechtung der POLYTEC-Gruppe" vom 9. Juli 2009 wurden die Aktien an der POLYTEC Holding AG, Hörsching, an die kaufpreisfinanzierenden Banken übertragen und gleichzeitig eine Forderung gegenüber der Peguform Beteiligungs GmbH, Wels (TEUR 7.309), und der UIAG Automotive Beteiligungs GmbH, Wels (TEUR 203), erworben.

Gleichzeitig mit diesem Vertrag hat die UIAG Automotive Beteiligungs GmbH, Wels, Anteile an der PEGUFORM Luxembourg Holding S.A.R.L., Luxemburg, erworben.

3. Zusammengefasste Darstellungen, Erläuterungen und Aufgliederungen zum Jahresabschluss

3.1. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze sind im Anhang (Beilage III) dargestellt.

3.2. Bilanz

Die folgende Gegenüberstellung der nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen zusammengefassten Bilanzposten und deren Veränderung vermittelt einen Einblick in die Vermögenslage der Gesellschaft:

	30.9.2009		30.9.2008		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
V e r m ö g e n :						
Anlagevermögen:						
Sachanlagen	6	0,0	9	0,0	-3	-29,9
Finanzanlagen	31.465	59,1	21.949	45,0	9.516	43,4
	31.471	59,1	21.957	45,0	9.513	43,3
Umlaufvermögen und Rechnungsabgrenzungsposten:						
Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	1.326	2,5	10.091	20,7	-8.765	-86,9
Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	500	0,9	2.414	5,0	-1.914	-79,3
Flüssige Mittel	13.455	25,3	14.028	28,8	-573	-4,1
Sonstige Forderungen und Rechnungsabgrenzungsposten	6.493	12,2	237	0,5	6.256	na
	21.774	40,9	26.770	55,0	-4.996	-18,7
	53.245	100,0	48.727	100,0	4.518	9,3

	30.9.2009		30.9.2008		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
K a p i t a l:						
Eigenmittel:						
Grundkapital	29.080	54,6	29.080	59,7	0	0,0
Versteuerte Rücklagen	15.792	29,7	15.792	32,4	0	0,0
Bilanzverlust/-gewinn	-876	-1,6	2.000	4,1	-2.876	na
	43.996	82,7	46.872	96,2	-2.876	-6,1
Langfristiges Fremdkapital:						
Sozialkapital	0	0,0	8	0,0	-8	-100,0
Verbindlichkeiten gegen- über Kreditinstituten	6.000	11,3	0	0,0	6.000	100,0
	6.000	11,3	8	0,0	5.992	na
Kurzfristiges Fremdkapital:						
Verbindlichkeiten aus Liefe- rungen und Leistungen	16	0,0	69	0,1	-53	-76,9
Übrige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten	151	0,3	199	0,4	-47	-23,9
Steuer- und sonstige Rückstellungen	3.082	5,7	1.579	3,3	1.503	95,2
	3.249	6,0	1.847	3,8	1.402	75,9
	53.245	100,0	48.727	100,0	4.518	9,3

Die wichtigsten **Veränderungen** der Vermögenslage haben folgende Ursachen:

Der Anstieg der Finanzanlagen resultiert aus verschiedenen Veränderungen des Beteiligungsportfolios und umfasst Zugänge (ohne Umbuchungen) in Höhe von TEUR 31.734, Abgänge (ohne Umbuchungen) in Höhe von TEUR 16.951, Abschreibungen in Höhe von TEUR 5.512 und Zuschreibungen in Höhe von TEUR 245. Die Aufgliederung der Zu- und Abgänge sowie des Bestands zum 30. September 2009 ist auf den Seiten 12 bis 14 dargestellt.

Der Rückgang der Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen resultiert im Wesentlichen daraus, dass im Vorjahr eine hohe Forderung aus der Veräußerung der Beteiligung an der BF Informationstechnologie-Beteiligungsgesellschaft m.b.H., Wels, an die CROSS Industries AG, Wels, bestand.

Die sonstigen Forderungen und Vermögensgegenstände bestehen im Wesentlichen aus einer Forderung gegenüber der Peguform Beteiligungs GmbH, Wels (Finanzierungsforderung).

Der Anstieg der sonstigen Rückstellungen ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass eine Vorsorge für Prozesskosten in Höhe von TEUR 1.500 gebildet wurde.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von TEUR 6.000 betreffen einen Einmalbarkredit, welcher im Zuge der Verschmelzung mit der SARPEDON Management Consulting GmbH & Co "AEAG" KEG, Wien, übernommen wurde.

Die wichtigsten Posten der **Bilanz** zum 30. September 2009 setzten sich wie folgt zusammen:

Anlagevermögen

Eine von den gesamten Anschaffungs- und Herstellungskosten ausgehende Bruttodarstellung der einzelnen Bilanzposten des gesamten Anlagevermögens enthält der diesem Bericht angeschlossene Anhang (Beilage III).

Finanzanlagen

Der Buchwert der Finanzanlagen entwickelte sich im Geschäftsjahr 2008/09 wie folgt:

	TEUR
Stand am 1. Oktober 2008	21.949
Zugänge (einschließlich Umbuchungen)	38.747
Abgänge (einschließlich Umbuchungen)	-23.964
Abschreibungen	-5.512
Zuschreibungen	245
Stand am 30. September 2009	<u><u>31.465</u></u>

Die **Zugänge (ohne Umbuchungen)** setzten sich wie folgt zusammen:

	TEUR
Anteile an verbundenen Unternehmen:	
Austria Email Aktiengesellschaft, Knittelfeld	14.203
Infotech Holding GmbH, Graz	2.768
Carpet & Acoustic Products GmbH, Kapfenberg	1.630
Kunststoff 1 Management GmbH & Co KG, Wien	54
UIAG Automotive Beteiligungs GmbH, Wels	35
Kunststoff 1 Management GmbH, Wien	18
	<u>18.707</u>
Ausleihungen an verbundene Unternehmen:	
Kunststoff 1 Management GmbH & Co KG, Wien	1.827
Carpet & Acoustic Products GmbH, Kapfenberg (einschließlich Zinsen)	1.671
	<u>3.498</u>
Beteiligungen:	
POLYTEC Holding AG, Hörsching	<u>5.906</u>
Übertrag:	<u>28.111</u>

	TEUR
Übertrag:	28.111
Wertpapiere des Anlagevermögens:	
Anleihe der CROSS Motorsport Systems AG, Wels	2.883
Veranlagung Constantia	739
	3.622
	31.734

Im Zugang Austria Email Aktiengesellschaft, Knittelfeld, ist ein Umgründungsmehrwert aus der Zusammenführung mit der SARPEDON Management Consulting GmbH & Co "AEAG" KEG, Wien, in Höhe von TEUR 2.441 enthalten.

Die **Abgänge (ohne Umbuchungen)** von Finanzanlagen führten zu folgenden Ergebnissen:

	Anschaf- fungskosten TEUR	Buch- wert TEUR	Erlöse TEUR	Gewinne TEUR
Anteile an verbundenen Unternehmen:				
Infotech Holding GmbH, Graz	9.781	4.418	4.563	145
Beteiligungen:				
POLYTEC Holding AG, Hörsching	5.906	5.906	7.444	1.538
Wertpapiere des Anlagevermögens:				
Constantia	7.890	6.627	6.636	8
	23.577	16.951	18.643	1.691

Die **Infotech Holding GmbH, Graz**, wurde von den Beteiligungen zu den Anteilen an verbundenen Unternehmen umgebucht (TEUR 7.013).

Die **Abschreibungen** betreffen mit TEUR 5.363 die Infotech Holding GmbH, Graz, und mit TEUR 149 die Constantia Multi Invest 30.

Der **Bestand** der Finanzanlagen zum 30. September 2009 setzte sich wie folgt zusammen:

	Anteil %	Anschaf- fungs- kosten TEUR	kumulierte Abschrei- bungen TEUR	Zuschrei- bungen TEUR	Buchwert 30.9.2009 TEUR
Anteile an verbundenen Unternehmen:					
Kunststoff 1 Management GmbH & Co KG, Wien	75,10	67	0	0	67
Carpet & Acoustic Products GmbH, Kapfenberg	76,00	1.630	0	0	1.630
Infotech Holding GmbH, Graz (in Liquidation)	100,00	0	0	0	0
Austria Email Aktiengesellschaft, Knittelfeld	63,41	17.025	0	0	17.025
UIAG Automotive Beteiligungs GmbH, Wels	100,00	35	0	0	35
Kunststoff 1 Management GmbH, Wien	100,00	18	0	0	18
		18.775	0	0	18.775
Ausleihungen an verbundene Unternehmen:					
Kunststoff 1 Management GmbH und Co KG, Wien		5.257	0	0	5.257
Carpet & Acoustic Products GmbH, Kapfenberg		1.671	0	0	1.671
		6.928	0	0	6.928
Beteiligungen:					
Wiener Börse AG, Wien		0	0	0	0
Lion.cc Libro Online AG (in Liquidation), Wien	35,10	0	0	0	0
IDENITEC SOLUTIONS AG, Lustenau	0,07	49	49	0	0
JCK Holding GmbH Textil KG, Quakenbrück, Deutschland	2,00	1.894	0	0	1.894
		1.943	49	0	1.894
Wertpapiere des Anlagevermögens:					
Anleihe der CROSS Motorsport Systems AG, Wels		2.883	0	0	2.883
Constantia		739	0	246	985
		3.622	0	246	3.868
		31.268	49	246	31.465

**Forderungen gegenüber
verbundenen Unternehmen**

	30.9.2009 TEUR	30.9.2008 TEUR
CROSS Industries AG, Wels:		
Beteiligungsveräußerung	0	9.939
Dividendenforderung	523 ¹⁾	0
Laufende Verrechnung	-156	-97
	367	9.842
Carpet & Acoustic Products GmbH, Kapfenberg:		
Laufende Verrechnung	12	0
CROSS Motorsport Systems AG, Wels:		
Zinsforderungen	47	0
UIAG Automotive Beteiligungs GmbH, Wels:		
Finanzierung	203	0
abzüglich Wertberichtigung	-43	0
	159	0
Kunststoff 1 Management GmbH & Co KG, Wien:		
Zinsforderungen	742	249
Laufende Verrechnung	-2	0
	740	249
	1.326	10.091

**Forderungen gegenüber Unternehmen, mit
denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**

	30.9.2009 TEUR	30.9.2008 TEUR
Infotech Holding GmbH, Graz:		
Gesellschafterdarlehen	0	2.000
Zinsforderungen	0	39
Übertrag:	0	2.039

1) Aus dem Transfer der Eternit-Werke Ludwig Hatschek Aktiengesellschaft von der CROSS Industries AG in die Unternehmens Invest Aktiengesellschaft, welcher rückabgewickelt wurde (mangels Eintreten der auf-schiebenden Bedingungen), entstanden der Unternehmens Invest Aktiengesellschaft Kosten, für die sie einen Anteil in Höhe von 50 % an der Dividende zuerkannt bekam.

	30.9.2009 TEUR	30.9.2008 TEUR
Übertrag:	0	2.039
Lion.cc Libro Online AG (in Liquidation), Wien:		
Forderung aus dem Liquidationsverfahren	500	500
abzüglich Wertberichtigung	0	-125
	500	375
	500	2.414

Die **Forderung aus dem Liquidationsverfahren** Lion.cc Libro Online AG (in Liquidation) ist nach dem Stichtag zur Gänze eingegangen, deshalb wurde die Wertberichtigung aufgelöst.

Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände

	30.9.2009 TEUR	30.9.2008 TEUR
Peguform Beteiligungs GmbH, Wels:		
Darlehen	500	0
Zinsforderung	2	0
Finanzierung	7.309	0
abzüglich Wertberichtigung	-1.563	0
	6.248	0
Zinsabgrenzungen	30	109
Finanzamt Wien	71	0
Deutsche Körperschaftsteuer JCK Holding GmbH		
Textil KG, Quakenbrück, Deutschland	106	81
Übrige	23	1
	6.477	191

**Kassenbestand,
Guthaben bei Kreditinstituten**

	30.9.2009 TEUR	30.9.2008 TEUR
Kassenbestand	1	1
Guthaben bei Kreditinstituten	13.454	14.028
	13.455	14.028

Eigenkapital

	Grund- kapital TEUR	Gebundene Kapital- rück- lagen TEUR	Gewinnrücklagen		Bilanz- gewinn/ -verlust TEUR	Summe TEUR
			Gesetz- liche Rücklage TEUR	Freie Rücklagen TEUR		
Stand am 1. Oktober 2007	29.080	6.818	247	0	12.653	48.798
Dividende	0	0	0	0	-2.000	-2.000
Zuweisung zu Gewinnrücklagen	0	0	0	8.727	-8.727	0
Jahresüberschuss	0	0	0	0	74	74
Stand am 30. September 2008 = Stand am 1. Oktober 2008	29.080	6.818	247	8.727	2.000	46.872
Dividende	0	0	0	0	-2.000	-2.000
Jahresfehlbetrag	0	0	0	0	-876	-876
Stand am 30. September 2009	29.080	6.818	247	8.727	-876	43.996

Das Erfordernis zur Bildung einer **gesetzlichen Rücklage** gemäß § 130 Abs 3 AktG im Ausmaß von 10 % des Grundkapitals ist durch die gesetzliche Rücklage und die gebundene Kapitalrücklage erfüllt.

Rückstellungen

	Stand am 1.10.2008 TEUR	Verbrauch/ Auflösung TEUR	Zu- weisung TEUR	Stand am 30.9.2009 TEUR
Rückstellungen für Abfertigungen	8	8	0	0
Steuerrückstellungen	176	176	96	96
Sonstige Rückstellungen:				
Rechts- und Beratungsaufwand sowie Prozesskosten	0	0	1.510	1.510
Risiken aus dem Beteiligungsportfolio	1.200	0	0	1.200
Prämien	117	117	16	16
Aufsichtsratsvergütungen	26	26	31	31
Sonstige Personalarückstellungen	30	30	14	14
Erstellung Jahresabschluss und steuerliche Beratung	27	27	36	36
Sonstige	4	4	179	179
	1.404	204	1.786	2.986
	1.588	388	1.882	3.082

**Verbindlichkeiten gegen-
über Kreditinstituten**

	<u>30.9.2009</u>	<u>30.9.2008</u>
	TEUR	TEUR
Oberbank AG, Linz:		
Konto-Nr. 711-1638.99	6.000	0
	<u>6.000</u>	<u>0</u>

Sonstige Verbindlichkeiten

	<u>30.9.2009</u>	<u>30.9.2008</u>
	TEUR	TEUR
Zinsen Besserungskapital	30	70
Bedienung Besserungskapital	0	110
Darlehenszinsen	98	0
Finanzamt Linz	0	6
Übrige	14	13
	<u>141</u>	<u>199</u>

3.3. Geldflussrechnung

	2008/09 <u>TEUR</u>	1.1. - 30.9.2008 <u>TEUR</u>
Nettogeldfluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit:		
Jahresfehlbetrag/-überschuss	-876	74
+ Abschreibungen auf Sachanlagen und Finanzanlagen	5.515	586
- Zuschreibungen auf Sachanlagen und Finanzanlagen	-245	0
+/- Veränderung des Sozialkapitals	-8	-138
-/+ Gewinne/Verluste aus Anlagenabgängen	<u>-1.759</u>	<u>-621</u>
	2.627	-99
-/+ Veränderung der sonstigen Forderungen und Rechnungsabgrenzungsposten	1.052 ¹⁾	343
-/+ Veränderung der Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	8.968 ¹⁾	-10.091
-/+ Veränderung der Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.914	-2.414
+/- Veränderung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-53	-13
+/- Veränderung der übrigen kurzfristigen Rückstellungen	1.503	293
+/- Veränderung der übrigen kurzfristigen Verbindlichkeiten (einschließlich Rechnungsabgrenzungsposten)	<u>-47</u>	<u>-508</u>
	13.336	-12.390
Operativer Cash-flow	15.963	-12.489
Nettogeldfluss aus der Investitionstätigkeit:		
- Investitionen in Sachanlagen	-1	-1
+ Erlöse aus dem Abgang von immateriellen Anlagen und Sachanlagen	0	1
- Investitionen in Finanzanlagen	-31.734	-18.748
+ Erlöse aus dem Finanzanlagenabgang	<u>11.199 ¹⁾</u>	<u>17.071</u>
	-20.536	-1.677
Nettogeldfluss aus der Finanzierungstätigkeit:		
- Dividendenausschüttung	-2.000	-2.000
+ Aufnahme von Bankverbindlichkeiten	6.000	0
	<u>4.000</u>	<u>-2.000</u>
Veränderung der flüssigen Mittel	-573	-16.166
Anfangsbestand der flüssigen Mittel	<u>14.028</u>	<u>30.194</u>
Endbestand der flüssigen Mittel	<u>13.455</u>	<u>14.028</u>

1) Die Transaktion "Abgang POLYTEC" wurde, da unbar, im Cash-flow bereits saldiert dargestellt.

3.4. Gewinn- und Verlustrechnung

Die folgende Darstellung zeigt die nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten gegliederte Erfolgsrechnung:

	2008/09		1.1. - 30.9.2008		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Erträge aus Beteiligungen	6.839	331,2	699	40,9	6.140	na
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	1	0,0	301	17,6	-300	-99,7
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.068	51,8	718	42,0	350	48,7
Erträge aus dem Abgang von und der Zuschreibung zu Finanzanlagen und Wertpapieren des Umlaufvermögens	1.793	86,8	621	36,3	1.172	na
Aufwendungen aus Finanz- anlagen und aus Wertpapieren des Umlaufvermögens	-5.512	-266,9	-580	-33,9	-4.932	na
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2.124	-102,9	-50	-2,9	-2.074	na
Finanzergebnis	2.065	100,0	1.710	100,0	356	20,8
Sonstige betriebliche Erträge	89	4,3	19	1,1	70	na
Personalaufwand	-247	-12,0	-178	-10,4	-69	-38,7
Abschreibungen	-3	-0,1	-5	-0,3	2	40,0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.793	-135,3	-1.422	-83,1	-1.371	-96,5
Betriebsergebnis	-2.954	-143,1	-1.586	-92,7	-1.368	-86,2
Ergebnis der gewöhn- lichen Geschäftstätigkeit	-889	-43,1	123	7,3	-1.012	na
Ertragsteuern	13		-49		62	
Jahresfehlbetrag/-überschuss	-876		75		-950	
Zuweisung zu Gewinnrücklagen	0		-8.727		8.727	
Jahresverlust	-876		-8.652		7.777	
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	0		10.653		-10.653	
Bilanzverlust/-gewinn	-876		2.000		-2.876	

Um einen Überblick über die Zusammensetzung wesentlicher Posten der **Gewinn- und Verlustrechnung** zu erhalten, erfolgt nachstehend eine Aufgliederung der für die Gesellschaft bedeutendsten Aufwendungen und Erträge:

Erträge aus Beteiligungen

(davon aus verbundenen Unternehmen
 EUR 5.881.325,20; Vorjahr: TEUR 0)

	<u>2008/09</u>	<u>1.1. - 30.9.2008</u>
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
Erträge aus Gewinnausschüttungen:		
Gewinnanteil 2008 JCK Holding GmbH Textil KG, Quakenbrück, Deutschland	313	283
Gewinnanteil 2008 Infotech Holding GmbH, Graz	5.509	0
Dividendenerträge Eternit-Werke Ludwig Hatschek Aktiengesellschaft, Vöcklabruck	520	0
Dividendenerträge Austria Email Aktiengesellschaft, Knittelfeld	373	0
Dividende Update Software AG, Wien	0	41
Erträge aus Liquidationsverfahren:		
Erlöse Lion.cc Libro Online AG (in Liquidation), Wien	125	500
Wertberichtigung Erlöse Lion.cc Libro Online AG (in Liquidation), Wien	0	-125
	<u>6.839</u>	<u>699</u>

**Erträge aus anderen Wertpapieren und
 Ausleihungen des Finanzanlagevermögens**

(davon aus verbundenen Unter-
 nehmen EUR 0,00; Vorjahr: TEUR 0)

	<u>2008/09</u>	<u>1.1. - 30.9.2008</u>
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
Wertpapiererträge:		
Constantia Multi Invest 30	1	301
	<u>1</u>	<u>301</u>

Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

(davon aus verbundenen Unternehmen
 EUR 549.509,35; Vorjahr: TEUR 154)

	2008/09	1.1. - 30.9.2008
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
Zinsen für Guthaben bei Kreditinstituten	276	524
Zinsen für Darlehen Infotech Holding GmbH, Graz	11	39
Zinsen Dividende Eternit-Werke Ludwig Hatschek Aktiengesellschaft, Vöcklabruck	3	0
Zinsen für Ausleihung Carpet & Acoustic Products GmbH, Kapfenberg	46	0
Zinsen für Anleihe CROSS Motorsport Systems AG, Wels	238	0
Zinsen für Darlehen Peguform Beteiligungs GmbH, Wels	2	0
Zinsen für Ausleihung Kunststoff 1 Management GmbH & Co KG, Wien	492	154
	<u>1.068</u>	<u>718</u>

**Erträge aus dem Abgang von und der Zuschreibung zu
 Finanzanlagen und Wertpapieren des Umlaufvermögens**

	2008/09	1.1. - 30.9.2008
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
Erträge aus dem Abgang von Beteiligungen:		
POLYTEC Holding AG, Hörsching:		
Veräußerungserlös	7.444	0
Buchwertabgang	-5.906	0
BF Finanzierungsgesellschaft m.b.H., Wels:		
Veräußerungserlös	0	95
Buchwertabgang	0	-95
EFKON AG, Graz:		
Veräußerungserlös	0	2.400
Buchwertabgang	0	-2.186
BF Informationstechnologie- Beteiligungsgesellschaft m.b.H., Wels:		
Veräußerungserlös	0	9.943
Buchwertabgang	0	-9.834
Übertrag:	<u>1.538</u>	<u>323</u>

	2008/09 TEUR	1.1. - 30.9.2008 TEUR
Übertrag:	1.538	323
Erträge aus dem Abgang und der Zuschreibung von Wertpapieren des Anlagevermögens:		
Global Resources 100 Plus Garant Anleihe:		
Veräußerungserlös	0	2.900
Buchwertabgang	0	-2.601
Constantia Privatbank Aktiengesellschaft, Wien:		
Veräußerungserlös	6.636	0
Buchwertabgang	-6.627	0
Zuschreibung	245	0
	254	299
Erträge aus dem Abgang von Wertpapieren des Umlaufvermögens:		
Eigene Anteile:		
Veräußerungserlös	0	1.735
Buchwertabgang	0	-1.735
	0	0
	1.792	621

Aufwendungen aus Finanzanlagen und aus Wertpapieren

	2008/09 TEUR	1.1. - 30.9.2008 TEUR
Abschreibungen:		
Constantia Multi Invest 30	149	580
Aufwendungen aus verbundenen Unternehmen:		
Abschreibung Infotech Holding GmbH, Graz	5.363	0
	5.512	580

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

(davon betreffend verbundene Unternehmen EUR 258.357,40; Vorjahr: TEUR 0)

	2008/09	1.1. - 30.9.2008
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
Wertberichtigung Forderung UIAG Automotive Beteiligungs GmbH, Wels, und Peguform Beteiligungs GmbH, Wels	1.606	0
Zinsen Besserungskapital	-16	44
Zinsen Anleihe CROSS Motorsports Systems AG, Wels	69	0
Zinsen Darlehen Infotech Holding GmbH, Graz	146	0
Zinsen verschiedene	303	1
Ähnliche Aufwendungen	16	5
	<u>2.124</u>	<u>50</u>

Sonstige betriebliche Erträge

	2008/09	1.1. - 30.9.2008
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	1	0
Übrige	87	19
	<u>89</u>	<u>19</u>

Sonstige betriebliche Aufwendungen

	2008/09	1.1. - 30.9.2008
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
Personalbereitstellung	406	479
Dotierung Rückstellung für Risiken aus dem Beteiligungsportfolio	0	300
Rechts- und Beratungskosten	1.951	231
Vergleich Libro AG (Bedienung Besserungskapital und Nebenkosten Vergleich)	0	110
Miet- und Leasingaufwand	80	90
Aufwendungen Börse- und Dividendenabwicklung	29	46
Werbe- und Veröffentlichungsaufwand	31	36
Übertrag:	<u>2.497</u>	<u>1.292</u>

	2008/09	1.1. - 30.9.2008
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
Übertrag:	2.497	1.292
Aufwand für Geschäftsbericht	33	32
Aufsichtsratsvergütungen	31	31
KFZ-Aufwand	0	23
Nachrichtenaufwand	6	6
Versicherungen	47	3
Sonstige Aufwendungen	179	34
	<u>2.793</u>	<u>1.422</u>

3.5. Ausgewählte Kennzahlen

Gemäß §§ 23 und 24 **Unternehmensreorganisationsgesetz (URG)** lassen sich aus den letzten beiden Jahresabschlüssen folgende Kennzahlen ableiten:

URG-Kennzahlen:	<u>Berechnung</u>	<u>Einheit</u>	<u>2008/09</u>	<u>1.1. - 30.9.2008</u>
Eigenmittelquote gemäß § 23 URG	$\frac{\text{Eigenkapital} * 100}{\text{Gesamtkapital}}$	%	82,6	96,2
Fiktive Schuldentil- gungsdauer gemäß § 24 Abs 1 URG	$\frac{(\text{Rückstellungen} + \text{Schulden} - \text{liquide Mittel})}{\text{Mittelüberschuss aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit}}$	Jahre	1,0	na

3.6. Anhang

Der Anhang enthält alle im UGB geforderten Angaben und Erläuterungen, um ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens zu vermitteln.

Soweit Erläuterungen zu einzelnen Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung nicht dort, sondern zulässigerweise im Anhang gegeben werden, entsprechen diese ebenfalls den gesetzlichen Vorschriften.

Die Zusammenfassung von Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgte, da sie Posten enthalten, die für die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nicht wesentlich sind. Durch die Zusammenfassung von Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurde der Informationsgehalt des Jahresabschlusses nicht verringert, da die wesentlichen Angaben hiezu im Anhang enthalten sind.

4. Rechnungswesen

Die Geschäftsfälle werden durch teils manuell und teils automatisch erstellte Belege erfasst. Die Belege werden über eine zentrale EDV-Anlage verarbeitet.

Der **Kontenplan** beruht auf dem von der Kammer der Wirtschaftstreuhänder empfohlenen Kontenrahmen, der den unternehmensrechtlichen Gliederungsvorschriften entspricht. Der Jahresabschluss konnte aus den Konten unmittelbar abgeleitet werden.

Die Belege sind nach systematischen und chronologischen Kriterien abgelegt und erläutern die Geschäftsfälle ausreichend.

Die **Buchungen** erfolgten im Geschäftsjahr zeitgerecht und vollständig. Sie wurden systematisch richtig zugeordnet.

Zur Gewährleistung der vollständigen, zeitgerechten und richtigen Erfassung der Geschäftsfälle bestehen **interne Kontrolleinrichtungen**.

5. Ergebnis der Prüfung, Redepflicht und Bestätigungsvermerk

Rechnungswesen

Bei unseren Prüfungshandlungen stellten wir die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung fest. Soweit wir bei unserer Prüfung die internen Kontrollen des Rechnungslegungsprozesses berücksichtigt haben (risiko- und kontrollorientierter Prüfungsansatz), sind uns keine wesentlichen Schwachstellen dieser Kontrollen bekannt geworden.

Jahresabschluss

Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung sowie die Bewertung der einzelnen Vermögensgegenstände und Schulden erfolgte unter Beachtung der unternehmensrechtlichen Bestimmungen. Erkennbaren Risiken wurde durch Abschreibungen, Rückstellungen und Wertberichtigungen ausreichend Rechnung getragen.

Der Anhang enthält alle vom UGB geforderten Angaben.

Lagebericht

Im Lagebericht wird auf die in § 243 und § 243a UGB geforderten Erläuterungen vollständig eingegangen; er steht in Einklang mit dem Jahresabschluss. Die Angaben im Lagebericht vermitteln ein möglichst getreues Bild der Lage der Gesellschaft. Berichtspflichtige Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ende des Geschäftsjahres wurden im Lagebericht ausreichend erläutert. Hiezu verweisen wir auch auf die Erläuterungen im Anhang Punkt V. Ergänzende Angaben.

Aufklärungen und Nachweise

Der gesetzliche Vertreter erteilte die von uns verlangten Aufklärungen und Nachweise in ausreichendem Umfang.

Berichterstattung gemäß § 273 Abs 2 UGB

Gemäß § 273 Abs 2 UGB hat der Abschlussprüfer unverzüglich darüber zu berichten, wenn er bei Wahrnehmung seiner Aufgaben als Abschlussprüfer Tatsachen feststellt, die den Bestand des geprüften Unternehmens gefährden oder seine Entwicklung wesentlich beeinträchtigen können.

Die Gesellschaft ist im Zusammenhang mit einer gegen ehemalige Organe am 14. Oktober 2009 eingebrachten Anklage mit einem wesentlichen Risiko der Inanspruchnahme bedroht. Hinsichtlich der konkreten Risikoposition und der Einschätzung des Managements verweisen wir auf die Erläuterungen im Anhang Punkt V. Ergänzende Angaben.

Darüber hinaus haben wir bei Wahrnehmung unserer Aufgaben als Abschlussprüfer keine Tatsachen festgestellt, die den Bestand der geprüften Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen können oder die schwerwiegende Verstöße des gesetzlichen Vertreters gegen Gesetz oder Satzung erkennen lassen.

Bestätigungsvermerk

Bericht zum Jahresabschluss

Wir haben den beigefügten Jahresabschluss der

**Unternehmens Invest Aktiengesellschaft,
Wien,**

für das **Geschäftsjahr vom 1. Oktober 2008 bis zum 30. September 2009** unter Einbeziehung der Buchführung geprüft. Dieser Jahresabschluss umfasst die Bilanz zum 30. September 2009, die Gewinn- und Verlustrechnung für das am 30. September 2009 endende Geschäftsjahr sowie eine Zusammenfassung der wesentlichen angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und sonstige Anhangangaben.

Verantwortung des gesetzlichen Vertreters für den Jahresabschluss und die Buchführung

Der gesetzliche Vertreter der Gesellschaft ist für die Buchführung sowie für die Aufstellung und den Inhalt eines Jahresabschlusses verantwortlich, der ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften vermittelt. Diese Verantwortung beinhaltet: Gestaltung, Umsetzung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems, soweit dieses für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft von Bedeutung ist, damit dieser frei von wesentlichen Fehldarstellungen, sei es auf Grund beabsichtigter oder unbeabsichtigter Fehler, ist; die Auswahl und Anwendung geeigneter Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden; die Vornahme von Schätzungen, die unter Berücksichtigung der gegebenen Rahmenbedingungen angemessen erscheinen.

Verantwortung des Abschlussprüfers und Beschreibung von Art und Umfang der gesetzlichen Abschlussprüfung

Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Jahresabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung. Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, dass wir die Standesregeln einhalten und die Prüfung so planen und durchführen, dass wir uns mit hinreichender Sicherheit ein Urteil darüber bilden können, ob der Jahresabschluss frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen hinsichtlich der Beträge und sonstigen Angaben im Jahresabschluss. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Abschlussprüfers unter Berücksichtigung seiner Einschätzung des Risikos eines Auftretens wesentlicher Fehldarstellungen, sei es auf Grund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern. Bei der Vornahme dieser Risikoeinschätzung berücksichtigt der Abschlussprüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft von Bedeutung ist, um unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen geeignete Prüfungshandlungen festzulegen, nicht jedoch um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft abzugeben. Die Prüfung umfasst ferner die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden unter der vom gesetzlichen Vertreter vorgenommenen wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass wir ausreichende und geeignete Prüfungsnachweise erlangt haben, sodass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil darstellt.

Prüfungsurteil

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss nach unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen in der Satzung und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 30. September 2009 sowie der Ertragslage der Gesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Oktober 2008 bis zum 30. September 2009 in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung.

Ohne den Bestätigungsvermerk einzuschränken, verweisen wir auf die Erläuterungen in Punkt V. Ergänzende Angaben im Anhang zu dem aus dem Verfahren LIBRO AG resultierenden Prozessrisiko.

Aussagen zum Lagebericht

Der Lagebericht ist auf Grund der gesetzlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob die sonstigen Angaben im Lagebericht nicht eine falsche Vorstellung von der Lage der Gesellschaft erwecken. Der Bestätigungsvermerk hat auch eine Aussage darüber zu enthalten, ob der Lagebericht mit dem Jahresabschluss in Einklang steht.

Der Lagebericht steht nach unserer Beurteilung in Einklang mit dem Jahresabschluss.

Linz, am 11. Dezember 2009



KPMG Austria GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft
Mag. Gabriele Lehner
Wirtschaftsprüfer
ppa. Mag. Wilfried Straßl
Wirtschaftsprüfer

Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses mit unserem Bestätigungsvermerk darf nur in der von uns bestätigten Fassung erfolgen. Dieser Bestätigungsvermerk bezieht sich ausschließlich auf den deutschsprachigen und vollständigen Jahresabschluss und Lagebericht. Für abweichende Fassungen sind die Vorschriften des § 281 Abs 2 UGB zu beachten.

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2008/09

mit Gegenüberstellung der Vorjahreszahlen in tausend Euro (TEUR)

	2008/09 EUR	1.1. - 30.9.2008 TEUR
1. Erträge aus Beteiligungen (davon aus verbundenen Unternehmen EUR 5.881.325,20; Vorjahr: TEUR 0)	6.839.335,72	699
2. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens (davon aus verbundenen Unternehmen EUR 0,00; Vorjahr: TEUR 0)	1.351,63	301
3. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge (davon aus verbundenen Unternehmen EUR 549.509,35; Vorjahr: TEUR 154)	1.068.428,99	718
4. Erträge aus dem Abgang von und der Zuschreibung zu Finanzanlagen und Wertpapieren des Umlaufvermögens	1.791.585,24	621
5. Aufwendungen aus Finanzanlagen und aus Wertpapieren des Umlaufvermögens:		
a) Abschreibungen	-148.906,87	-580
b) Aufwendungen aus verbundenen Unternehmen	-5.363.182,74	0
	-5.512.089,61	-580
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen (davon betreffend verbundene Unternehmen EUR 258.357,40; Vorjahr: TEUR 0)	-2.123.532,56	-50
7. Zwischensumme aus Z 1 bis Z 6 (Finanzergebnis)	2.065.079,41	1.709
8. Sonstige betriebliche Erträge:		
a) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	1.487,00	0
b) Übrige	87.077,54	19
	88.564,54	19
9. Personalaufwand:		
a) Gehälter	-192.987,91	-123
b) Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeiterversorgungskassen	-6.871,07	-2
c) Aufwendungen für Altersvorsorge	-413,80	-5
d) Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	-41.285,81	-44
e) Sonstige Sozialaufwendungen	-5.112,40	-4
	-246.670,99	-178
10. Abschreibungen:		
Auf immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-3.015,48	-5
11. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.793.225,91	-1.422
12. Zwischensumme aus Z 8 bis Z 11 (Betriebsergebnis)	-2.954.347,84	-1.586
13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-889.268,43	123
14. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	13.727,24	-49
15. Jahresfehlbetrag/-überschuss	-875.541,19	74
16. Zuweisung zu Gewinnrücklagen	0,00	-8.727
17. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	0,00	10.653
18. Bilanzverlust/-gewinn	-875.541,19	2.000

Anhang für das Geschäftsjahr 2008/09 der Unternehmens Invest Aktiengesellschaft, Wien

I. Anwendung der unternehmensrechtlichen Vorschriften

Der vorliegende Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2008/09 ist nach den Vorschriften des Unternehmensgesetzbuches in der gegenwärtigen Fassung aufgestellt worden. Auf Grund des Rumpfgeschäftsjahres im Vorjahr ist der Vergleich mit dem Vorjahresberichtszeitraum (1.1. bis zum 30.9.2008) in der Gewinn- und Verlustrechnung nur eingeschränkt möglich.

Im Interesse einer klaren Darstellung wurden in der Bilanz und in der Gewinn- und Verlustrechnung einzelne Posten zusammengefasst. Diese Posten sind im Anhang gesondert ausgewiesen.

Bei der Gesellschaft handelt es sich gemäß § 221 UGB um eine große Kapitalgesellschaft.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist in Staffelform nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt, wobei die Gliederung unter Beachtung der Generalnorm des § 222 Abs 2 UGB entsprechend den Erfordernissen einer Mittelstandsfinanzierungsgesellschaft vorgenommen wurde.

Die bisherige Form der Darstellung wurde auch bei der Erstellung des vorliegenden Jahresabschlusses beibehalten.

Das Unternehmen gehört dem Konsolidierungskreis der CROSS Industries AG, Wels, an. Das Mutterunternehmen, das den Konzernabschluss für den größten und kleinsten Kreis von Unternehmen aufgestellt hat, ist die CROSS Industries AG, Wels. Dieser Konzernabschluss ist beim Landes- als Handelsgericht Wels hinterlegt.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens zu vermitteln, aufgestellt.

Bei der Erstellung des Jahresabschlusses wurde der Grundsatz der Vollständigkeit eingehalten.

Bei der Bewertung wurde von der Fortführung des Unternehmens ausgegangen.

Bei den Vermögensgegenständen und Schulden wurde der Grundsatz der Einzelbewertung angewandt.

Dem Vorsichtsgrundsatz wurde Rechnung getragen, indem insbesondere nur die am Abschlussstichtag verwirklichten Gewinne ausgewiesen werden.

Alle erkennbaren Risiken und drohenden Verluste, die im Geschäftsjahr 2008/09 oder in einem früheren Geschäftsjahr entstanden sind, wurden berücksichtigt.

Die bisher angewandten Bewertungsmethoden wurden beibehalten.

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, abzüglich planmäßiger Abschreibungen, bewertet. Geringwertige Vermögensgegenstände (Einzelanschaffungswert bis EUR 400,00) werden im Zugangsjahr aktiviert und voll abgeschrieben. Gemäß den steuerrechtlichen Vorschriften wird für Zugänge im ersten Halbjahr eine volle Jahresabschreibung, für Zugänge im zweiten Halbjahr eine halbe Jahresabschreibung vorgenommen.

Die Sätze der Normalabschreibungen entsprechen den unternehmensrechtlichen Vorschriften und betragen für Betriebs- und Geschäftsausstattungen zwischen 10 % und 50 %.

Außerplanmäßige Abschreibungen auf einen zum Abschlussstichtag niedrigeren beizulegenden Wert werden vorgenommen, soweit der Ansatz mit einem niedrigeren Wert erforderlich ist.

Die Finanzanlagen werden zu Anschaffungskosten oder, falls ihnen ein niedrigerer Wert beizulegen ist, mit diesem angesetzt, wenn die Wertminderungen voraussichtlich von Dauer sind. Die im Jahresabschluss ausgewiesenen wesentlichen Anteile an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Ausleihungen und Wertpapiere des Anlagevermögens wurden einem Werthaltigkeitstest unterzogen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden mit dem Nennbetrag vermindert um notwendige Wertberichtigungen angesetzt.

Die Abfertigungsrückstellungen wurden im Vorjahr nach anerkannten finanzmathematischen Grundsätzen nach dem Teilwertverfahren auf Basis eines Rechnungszinssatzes von 3,5 % und eines Pensionseintrittsalters von 60 Jahren bei Frauen und 65 Jahren bei Männern ermittelt.

Bei der Bemessung der Rückstellungen wurden entsprechend den gesetzlichen Erfordernissen alle erkennbaren Risiken und drohenden Verluste berücksichtigt.

Verbindlichkeiten werden mit ihrem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

III. Erläuterungen zur Bilanz

Anlagevermögen

Die Aufgliederung des Anlagevermögens und seine Entwicklung im Berichtsjahr sind im Anlagenspiegel angeführt (vergleiche Anlage 1 zum Anhang).

Im Geschäftsjahr 2008/09 erfolgten folgende Veränderungen bei den Finanzanlagen:

Am 23.10.2008 hat die Gesellschaft 26,1 % der Geschäftsanteile der Varioform PET Verpackung GmbH im Wege der Kunststoff 1 Management GmbH & Co KG von der CROSS Industries AG erworben.

Mit Kauf- und Abtretungsvertrag vom 29.10.2008 hat die Gesellschaft im ersten Schritt 25,06 % Anteile von der EOSS Beteiligungs GmbH und im zweiten Schritt durch die Annahme des Abtretungsangebotes der Telekom Austria Beteiligungen GmbH, 37,47 % Anteile an der Infotech Holding GmbH erworben. Die UIAG hält nun insgesamt 100 % Anteile an der Infotech Holding GmbH, die sich im Liquidationsverfahren befindet.

Bis November 2008 erwarb die Gesellschaft 5,33 % der Anteile an der POLYTEC Holding AG. Im September 2009 erfolgte, im Rahmen der Restrukturierung der Polytec, die Abtretung des 5,33 % Anteils an der POLYTEC Holding AG an eine Gesellschaft im Nahebereich der RLB OÖ. Als Gegenleistung dafür übernimmt die UIAG eine Forderung von den kaufpreisfinanzierenden Banken gegenüber der Peguform Beteiligungs GmbH und der UIAG Automotive Beteiligungs GmbH.

Im November 2008 wurden 76 % der Carpet & Acoustic Products GmbH und mittelbar 100 % an der Durmont Teppichbodenfabrik GmbH von der CROSS Industries AG erworben, wobei eine Rückverbesserungsoption besteht (vergleiche Beilage III/10). Diese Option wurde nach dem Bilanzstichtag ausgeübt.

Im Dezember 2008 hat die Gesellschaft mittelbar rund 38,5 % der Geschäftsanteile der Austria Email Aktiengesellschaft durch den direkten Erwerb von rund 62,5 % Anteile der SARPEDON Management Consulting GmbH & Co "AEAG" KEG von der CROSS Industries AG erworben. Daneben wurden weitere 1,5 % der Aktien aus dem Streubesitz erworben. Gleichzeitig erfolgt die Zusammenführung der SARPEDON Management Consulting GmbH & Co "AEAG" KEG mit der UIAG im Wege der Gesamtrechtsnachfolge gemäß § 142 UGB durch die UIAG.

Mit Aktienkaufvertrag vom 29.12.2008 hat die CROSS Industries AG (CROSS) 400 Stückaktien an der Eternit-Werke Ludwig Hatschek Aktiengesellschaft (EWLH), was einer Beteiligung von 20 % am Grundkapital entspricht, an die UIAG verkauft. Die CROSS Industries AG hat am 14.1.2009 einen Einbringungs- und Sacheinlagevertrag mit der UIAG abgeschlossen, mit welchem die CROSS Industries AG 800 Stückaktien an der EWLH, was einer Beteiligung von 40 % am Grundkapital entspricht, im Wege einer Kapitalerhöhung mit Sacheinlage gemäß § 150 Abs 1 AktG unter gleichzeitigem Bezugsrechtsausschluss der restlichen Aktionäre gemäß § 153 Abs 4 AktG in die UIAG einbringt. Mit Aktienkaufvertrag vom 4.3.2009 hat die CROSS 400 Stückaktien an der EWLH, was einer Beteiligung von 20 % am Grundkapital entspricht, an die UIAG verkauft und übergeben, welche das Aktienpaket angenommen hat. Im Mai 2009 haben die CROSS Industries AG und die Unternehmens Invest Aktiengesellschaft die Verträge über den Erwerb der 80 %-igen Beteiligung der CROSS an der EWLH durch die UIAG mangels fristgerechten Eintrittes der vertraglich vereinbarten aufschiebenden Bedingungen aufgehoben und rückabgewickelt.

Im Juni 2009 hat die Gesellschaft 100 % an der Kunststoff 1 Management GmbH erworben.

Im Juli 2009 erfolgt die Gründung der 100 %-igen Tochtergesellschaft UIAG Automotive Beteiligungs GmbH, welche zum Bilanzstichtag 10,19 % der Anteile an der Peguform-Gruppe hält.

Die Aufgliederung der Beteiligungen ist der Beteiligungsliste (Anlage 2 zum Anhang) zu entnehmen.

Die Summe der Ausleihungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem aber weniger als fünf Jahren beträgt EUR 6.928.226,46 (Vorjahr: TEUR 3.430) und betrifft Ausleihungen an verbundene Unternehmen.

Wertpapiere des Anlagevermögens

Die Wertpapiere des Anlagevermögens haben sich durch Verkäufe auf EUR 3.867.816,00 (Vorjahr: TEUR 6.776) reduziert und betreffen Anleihen und Fondsanteile.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

	Restlaufzeit		Bilanzwert
	< ein Jahr EUR	> ein Jahr EUR	30.9.2009 EUR
Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	1.166.158,85	159.455,88	1.325.614,73
Vorjahr in TEUR	10.091	0	10.091
Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	500.000,00	0,00	500.000,00
Vorjahr in TEUR	2.414	0	2.414
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	229.524,40	6.247.903,68	6.477.428,08
Vorjahr in TEUR	191	0	191
	<u>1.895.683,25</u>	<u>6.407.359,56</u>	<u>8.303.042,81</u>
Vorjahr in TEUR	<u>12.696</u>	<u>0</u>	<u>12.696</u>

Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen

Die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von EUR 1.325.614,73 (Vorjahr: TEUR 10.091) betreffen im Wesentlichen Zinsforderungen gegenüber der Kunststoff 1 Management GmbH & Co KG in Höhe von EUR 741.629,86 (Vorjahr: TEUR 249) sowie Forderungen gegenüber der UIAG Automotive Beteiligungs GmbH in Höhe von EUR 159.455,88 (Vorjahr: TEUR 0) aus dem Verkauf der Anteile an der Polytec Holding AG. Weiters besteht eine Forderung gegenüber der CROSS Industries AG aus Dividenden in Höhe von EUR 523.158,78 (Vorjahr: TEUR 0) sowie Verbindlichkeiten aus laufender Verrechnung in Höhe von EUR 155.670,26 (Vorjahr: TEUR 97).

Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Die Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, in Höhe von EUR 500.000,00 (Vorjahr: TEUR 375) resultieren aus dem Liquidationsverfahren der Lion.cc Libro Online AG (in Liquidation), Wien.

Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände

Von den sonstigen Forderungen und Vermögensgegenständen, betreffen EUR 6.247.903,68 (Vorjahr: TEUR 0) Forderungen aus dem Verkauf der Anteile an der Polytec Holding AG gegenüber der Peguform Beteiligungs GmbH.

Der Posten "Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände" enthält Erträge in Höhe von EUR 36.336,54 (Vorjahr: TEUR 110), die erst nach dem Bilanzstichtag zahlungswirksam werden.

Eigenkapital

	Grund- kapital EUR	Kapital- rücklagen EUR	Gewinn- rücklagen EUR	Bilanz- verlust/ -gewinn EUR	Summe EUR
Stand am 1.10.2007	29.080.000,00	6.817.843,94	247.087,64	12.653.199,07	48.798.130,65
Dividende	0,00	0,00	0,00	-2.000.000,00	-2.000.000,00
Zuweisung zu Gewinnrücklagen	0,00	0,00	8.726.833,34	-8.726.833,34	0,00
Jahresüberschuss	0,00	0,00	0,00	73.634,27	73.634,27
Stand am 30.9.2008 = Stand am 1.10.2008	29.080.000,00	6.817.843,94	8.973.920,98	2.000.000,00	46.871.764,92
Dividende	0,00	0,00	0,00	-2.000.000,00	-2.000.000,00
Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00	-875.541,19	-875.541,19
Stand am 30.9.2009	29.080.000,00	6.817.843,94	8.973.920,98	-875.541,19	43.996.223,73

Grundkapital

Das zur Gänze einbezahlte Grundkapital der Gesellschaft in Höhe von EUR 29.080.000,00 ist in 4.000.000 nennbetragslose Stückaktien zerlegt.

Rücklagen

Der Vorstand ist gemäß § 169 AktG ermächtigt, das Grundkapital bis zum 13.6.2011 mit Zustimmung des Aufsichtsrats um bis zu EUR 14.540.000,00 durch Ausgabe von bis zu 2.000.000 Stückaktien gegen Bareinlage zu erhöhen. Von dieser Ermächtigung wurde bisher kein Gebrauch gemacht.

Die Kapitalrücklagen betreffen gebundene Kapitalrücklagen. Das Erfordernis zur Bildung einer gesetzlichen Rücklage gemäß § 130 Abs 3 AktG im Ausmaß von 10 % des Grundkapitals ist durch die gesetzliche Rücklage und die gebundene Kapitalrücklage erfüllt.

Sonstige Rückstellungen

Diese beinhalten im Wesentlichen eine pauschale Rückstellung für Risiken aus dem Beteiligungsportfolio in Höhe von EUR 1.200.000,00 (Vorjahr: TEUR 1.200) und Rückstellungen in Höhe von EUR 60.320,00 (Vorjahr: TEUR 62) für personalbezogene Kosten und Prämien. Weiters enthalten ist eine Vorsorge für Prozesskosten in Höhe von EUR 1.510.000,00 (Vorjahr: TEUR 0).

Verbindlichkeiten

	Restlaufzeit			Dingliche Sicher- heiten EUR	Bilanzwert 30.9.2009 EUR
	< ein Jahr EUR	> ein Jahr EUR	> fünf Jahre EUR		
1. Verbindlichkeiten gegen- über Kreditinstituten	6.000.000,00	0,00	0,00	0,00	6.000.000,00
Vorjahr in TEUR	0	0	0	0	0
2. Verbindlichkeiten aus Liefe- rungen und Leistungen	16.080,48	0,00	0,00	0,00	16.080,48
Vorjahr in TEUR	69	0	0	0	69
3. Sonstige Verbindlichkeiten	141.058,14	0,00	0,00	0,00	141.058,14
Vorjahr in TEUR	199	0	0	0	199
	6.157.138,62	0,00	0,00	0,00	6.157.138,62
Vorjahr in TEUR	268	0	0	0	268

Im Posten "Sonstige Verbindlichkeiten" sind Aufwendungen in Höhe von EUR 141.058,14 (Vorjahr: TEUR 189) enthalten, die erst nach dem Bilanzstichtag zahlungswirksam werden.

Zum Bilanzstichtag waren Wertpapiere mit einem Buchwert von EUR 11.373.489,60 (Vorjahr: TEUR 0) verpfändet.

Besserungskapital

Mit Vereinbarung vom 28.5.2004 wurde mit Großaktionären der Unternehmens Invest Aktiengesellschaft eine verzinsliche Besserungsvereinbarung über EUR 2.375.000,00 abgeschlossen. Diese sieht vor, dass nur aus Jahresüberschüssen Rückzahlungen zu leisten sind, die mit 60 % des Jahresüberschusses (maximal TEUR 950) begrenzt sind. Eine weitere Begrenzung besteht darin, dass höchstens 60 % des Bilanzgewinnes rückzuführen sind. Zum 1.10.2008 belief sich die noch nicht fällige Rückzahlungsverpflichtung auf EUR 127.399,05.

Im Geschäftsjahr 2008/09 wurde keine Tilgung vorgenommen. Die aushaftende noch nicht fällige Rückzahlungsverpflichtung beläuft sich somit zum 30.9.2009 unverändert auf EUR 127.399,05.

Das jeweils aushaftende Kapital ist zu verzinsen, wobei die Zahlung an die Tilgung geknüpft ist. Die Vorsorge für die Verzinsung des Besserungskapitals beläuft sich für 2008/09 auf EUR 29.790,46 (Vorjahr: TEUR 70).

Finanzinstrumente

Im Geschäftsjahr 2008/09 bestanden keine derivativen Finanzinstrumente. Die zum Finanzanlagevermögen gehörenden Finanzinstrumente werden nicht über ihrem beizulegenden Zeitwert ausgewiesen.

Optionsvereinbarung Carpet & Acoustic Products GmbH, Kapfenberg

Mit Kauf- und Abtretungsvertrag vom 18.11.2008 erwarb die Gesellschaft unter Vorbehalt einer Optionsvereinbarung ("Kapitalgarantie") von der CROSS Industries AG, Wels, Geschäftsanteile von 76 % der Carpet & Acoustic Products GmbH, Kapfenberg. Im Rahmen dieser stellt die CROSS Industries AG, Wels, der Unternehmens Invest Aktiengesellschaft, Wien, das nicht übertragbare Angebot auf Verkauf (Put) des im Zeitpunkt der Optionsausübung von der Unternehmens Invest Aktiengesellschaft, Wien, gehaltenen Geschäftsanteiles an der Carpet & Acoustic Products GmbH, Kapfenberg, zum vereinbarten Kauf- und Abtretungspreis.

Die CROSS Industries AG, Wels, verpflichtet sich für den Fall der Ausübung der Option sämtliche Kapitalmaßnahmen gegenüber der Carpet & Acoustic Products GmbH, Kapfenberg, und deren Tochtergesellschaft gegen Zahlung eines Einlösungsbetrages in Höhe des jeweiligen Nominales einschließlich allfälliger Zinsen einzulösen.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Aus der Nutzung von in der Bilanz nicht ausgewiesenen Sachanlagen besteht auf Grund von langfristigen Miet-, Pacht- und Leasingverträgen für das Geschäftsjahr 2009/10 eine Verpflichtung von EUR 45.885,36 (Vorjahr: TEUR 89). Der Gesamtbetrag der Verpflichtungen für die nächsten 5 Jahre beträgt EUR 229.426,80 (Vorjahr: TEUR 443).

IV. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Sonstige betriebliche Erträge

Diese umfassen im Wesentlichen weiterverrechnete Kosten.

Personalaufwand

Im abgelaufenen Geschäftsjahr sind Abfertigungsaufwendungen in Höhe von EUR 4.106,00 (Vorjahr: TEUR 0) angefallen. Die Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen betreffen in Höhe von EUR 2.765,07 (Vorjahr: TEUR 2) Beiträge an Mitarbeitervorsorgekassen.

Hinsichtlich der Angabe gemäß § 239 Abs 1 Z 3 UGB wird die Schutzklausel gemäß § 241 Abs 4 UGB in Anspruch genommen.

Mitarbeiter

Im Durchschnitt des Geschäftsjahres 2008/09 waren 3 Angestellte (Vorjahr: 3 Angestellte) beschäftigt.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Darin sind im Wesentlichen Aufwendungen für Rechts- und Beratungskosten in Höhe von EUR 1.950.843,83 (Vorjahr: TEUR 231) sowie Aufwendungen für Personalbereitstellung in Höhe von EUR 406.375,00 (Vorjahr: TEUR 479) enthalten.

Erträge aus Beteiligungen

Die Erträge aus Beteiligungen in Höhe von EUR 6.839.335,72 (Vorjahr: TEUR 699) betreffen im Wesentlichen Erträge aus den Liquidationsverfahren Lion.cc Libro Online AG (in Liquidation) in Höhe von EUR 125.000,00 (Vorjahr: TEUR 375) sowie Gewinnausschüttungen in Höhe von EUR 6.714.335,72 (Vorjahr: TEUR 324). Aus dem Transfer der Eternit-Werke Ludwig Hatschek Aktiengesellschaft von der CROSS Industries AG in die Unternehmens Invest Aktiengesellschaft, welcher rückabgewickelt wurde (mangels Eintreten der aufschiebenden Bedingungen), entstanden der Unternehmens Invest Aktiengesellschaft Kosten, für die sie einen Anteil in Höhe von 50 % an der Dividende (EUR 520.000,00) zuerkannt bekam.

Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

In den sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen sind im Wesentlichen Zinsen für Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von EUR 276.291,11 (Vorjahr: TEUR 524), Zinsen für Ausleihungen und Darlehen in Höhe von EUR 551.095,54 (Vorjahr: TEUR 154) sowie Zinserträge aus Anleihen mit EUR 237.883,56 (Vorjahr: TEUR 0) enthalten.

Aufwendungen aus Finanzanlagen und aus Wertpapieren des Umlaufvermögens

Die Aufwendungen aus Finanzanlagen und aus Wertpapieren des Umlaufvermögens betreffen Abschreibungen auf verbundene Unternehmen und Beteiligungen.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Der in der Bilanz nicht gesondert ausgewiesene aktivierbare Betrag für aktive latente Steuern gemäß § 198 Abs 10 UGB beträgt zum 30.9.2009 EUR 75.000,00 (Vorjahr: TEUR 0).

V. Ergänzende Angaben

- a) Hinsichtlich der Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstands wird die Schutzklausel gemäß § 241 Abs 4 UGB in Anspruch genommen.
- b) Für das Geschäftsjahr 2008/09 (Auszahlung im Geschäftsjahr 2010) wird in der im Jänner 2010 stattfindenden ordentlichen Hauptversammlung eine Vergütung an den Aufsichtsrat der Unternehmens Invest Aktiengesellschaft von insgesamt EUR 30.520,00 (Vorjahr: TEUR 26) vorgeschlagen.
- c) Die Gesellschaft hat im Zeitraum 1997 bis 2000 federführend gemeinsam mit einigen ihrer Aktionäre die Übernahme und den nachfolgenden Börsengang der LIBRODISK Handelsaktiengesellschaft und späteren LIBRO AG unter ihrem damaligen Vorstandsvorsitzenden Mag. Kurt Stiassny strukturiert und abgewickelt. Der Erwerb der Aktien der späteren LIBRO AG erfolgte 1997 im Wege einer von der Gesellschaft und einiger ihrer Aktionäre errichteten Käufergesellschaft, die in weiterer Folge als übertragende Gesellschaft auf die LIBRO AG als übernehmende Gesellschaft down-stream verschmolzen wurde. Der für diese Verschmelzung erforderliche positive Verkehrswert des zu übertragenden Vermögens unter Nichtberücksichtigung des Wertes der Beteiligung selbst, wurde teils durch die Zufuhr von weiterem Eigenkapital an die übertragende Gesellschaft sowie durch Ausschüttung einer Sonderdividende von 440 Mio ATS aus dem zum 28.2.1999 ausgewiesenen Bilanzgewinn der LIBRO AG an die übertragende Gesellschaft dargestellt. Ein Teilbetrag von 116,1 Mio ATS des ausgeschütteten Bilanzgewinnes zum 28.2.1999 resultierte aus einer in der Bilanz der LIBRO AG zum 28.2.1999 erfolgten Zuschreibung zum Beteiligungsansatz an der LIBRO Management GmbH um 140 Mio ATS. Nach erfolgter Verschmelzung hat die LIBRO AG im Zuge einer Kapitalerhöhung in der Zeit vom 5. bis zum 10.11.1999 2.760.000 Stück junge LIBRO-Aktien öffentlich angeboten und zu einem Übernahmepreis von insgesamt 77,65 Mio EUR an verschiedene Anleger platziert. Relativ zeitgleich veräußerten die Gesellschaft und die übrigen Altaktionäre der LIBRO AG insgesamt 2.357.251 LIBRO-Aktien zu einem Gesamtkaufpreis von 85,45 Mio EUR an einen strategischen Investor, wovon ein Teilbetrag von 19,31 Mio EUR auf die Gesellschaft entfiel. Nach der mit Beschluss des Landesgerichtes Wiener Neustadt vom 17.6.2002 erfolgten Eröffnung des Konkurses über die LIBRO AG hat deren Masseverwalter im Zusammenhang mit der oben beschriebenen Ausschüttung der Sonderdividende Ansprüche gegen die Gesellschaft erhoben, die insbesondere auf verbotene Einlagenrückgewähr gestützt wurden. Mit einem am 30.4.2004 abgeschlossenen gerichtlichen Vergleich hat sich die Gesellschaft zur Zahlung eines Betrages von 13,3 Mio EUR an den Masseverwalter verpflichtet, wobei dieser Vergleich auch Wirkung gegenüber anderen Personen und Unternehmen hatte, so insbesondere auch gegenüber jenen Aktionären der Gesellschaft, die ebenfalls Aktionäre der LIBRO AG waren. Die Gesellschaft und die vom Vergleich umfassten weiteren Personen im Unternehmen haben mit einem ebenfalls am 30.4.2004 abgeschlossenen Vergleich eine Vereinbarung über wechselseitige Regressverzicht sowie über die Aufbringung des an den Masseverwalter zu leistenden Vergleichsbetrages getroffen.

Am 14.10.2009 hat die Staatsanwaltschaft Wiener Neustadt Anklage gegen die Vorstände der LIBRO AG, gegen Mag. Kurt Stiassny und gegen Dr. Christian Nowotny sowie gegen Dr. Bernhard Huppmann erhoben. Mag. Kurt Stiassny und Dr. Christian Nowotny gehörten jeweils in der Zeit vom März 1997 bis Juli 2001 dem Aufsichtsrat der LIBRO AG an, wobei Mag. Kurt Stiassny anfänglich als Stellvertreter des Vorsitzenden und dann als Vorsitzender und Dr. Christian Nowotny anfänglich als Mitglied und später dann als Stellvertreter des Vorsitzenden fungierte. Dr. Christian Nowotny gehörte wiederum in der Zeit von Juni 1997 bis Juni 2006 dem Aufsichtsrat der Gesellschaft an. Gegenstand der von der Staatsanwaltschaft Wiener Neustadt erhobenen Anklage sind die Ausschüttung der Sonderdividende in Höhe von 440 Mio ATS (Faktum Sonderdividende), der Ausweis eines überhöhten Bilanzgewinnes im Jahresabschluss 1998/99 der LIBRO AG (Faktum Bilanzfälschung) und die mit Bereicherungsvorsatz verbundene Täuschung von Investoren im Zusammenhang mit der im November 1999 erfolgten Platzierung von jungen Aktien und des Verkaufes von alten Aktien an einen strategischen Investor (Faktum Anlagebetrug). Das Faktum Sonderdividende wurde strafrechtlich als Untreue, das Faktum Bilanzfälschung als strafbare Handlung gemäß § 255 AktG und das Faktum Anlagebetrug als schwerer Betrug gemäß §§ 146, 147 StGB qualifiziert. Laut Anklageschrift sei im Rahmen der Bilanzfälschung ein zumindest um 214 Mio ATS überhöhter Bilanzgewinn ausgewiesen worden, der nicht nur aus der Aufwertung der Beteiligung an der Libro Deutschland sondern auch noch aus weiteren Maßnahmen wie zB aus dem Ausweis wertloser oder tatsächlich nicht vorhandener Lagerbestände, aus nicht nach dem Höchstwertprinzip bewerteten Fremdwährungskrediten oder aus im Folgejahr wieder stornierten Scheinerträgen aus Werbekostenzuschüssen und Boni resultierte. Die Anklageschrift geht beim Faktum Anlagebetrug von einem Schaden zulasten der Zeichner der jungen Aktien in Höhe von 77,56 Mio EUR sowie weiters von einem Schaden zulasten des strategischen Investors in Höhe von 85,45 Mio EUR aus. Die Staatsanwaltschaft Wiener Neustadt hat in ihrer Anklageschrift bereits ausgeführt, dass die durch den Verkauf von Altaktien an den strategischen Investor bei der Gesellschaft eingetretene Bereicherung abzuschöpfen sei. Der Abschöpfungsbetrag sei nach dem Nettoprinzip aus der Differenz des von der UIAG erzielten Verkaufserlöses in Höhe von 19,31 Mio EUR abzüglich der für die Anschaffung der Aktien aufgewendeten Kosten zu ermitteln. Der Gesellschaft kommt damit im Hauptverfahren die Stellung einer Haftungsbeteiligten zu. Als solche hat sie in der Hauptverhandlung und im Rechtsmittelverfahren, soweit es sich um die Entscheidung über die vermögensrechtlichen Anordnungen zur Abschöpfung der Bereicherung handelt, die Rechte des Angeklagten.

Bereits im Jahre 2006 hat die Gesellschaft auf der Grundlage der damals vorliegenden Strafanzeige des Landeskriminalamtes Niederösterreich vom 1.8.2006 ein Rechtsgutachten darüber eingeholt, ob und in wie weit eine Verurteilung von Mag. Kurt Stiassny und/oder Dr. Christian Nowotny zu einer zivilrechtlichen Haftung der Gesellschaft auf Grund der Zurechnung deren deliktischen Verhaltens führen könnte. Bereits Gegenstand dieser Strafanzeige waren die Fakten Sonderdividende und Bilanzfälschung, nicht hingegen das von den Strafverfolgungsbehörden erst zu einem wesentlich späteren Zeitpunkt relevierte Faktum des Anlagebetruges. Das eingeholte Rechtsgutachten hat alle denkbaren Haftungsgrundlagen mit dem Ergebnis untersucht, das nur in zwei Fällen eine Haftung der Gesellschaft dem Grunde nach überhaupt möglich wäre, wobei in diesen beiden Fällen Ansprüche auf Grund bereits eingetretener Verjährung ausgeschlossen wurden. Im Hinblick darauf erübrigten sich darüber hinausgehende Überlegungen und Einschätzungen seitens der Gesellschaft, ob und in wie weit diese Strafanzeige in weiterer Folge auch tatsächlich zu einer Anklageerhebung und zu einer Verurteilung führen könnte.

Diese Situation hat erst im September 2009 insofern eine Änderung erfahren, als eine im Zuge der geplanten Veräußerung aller Aktien durch die derzeitige Mehrheitsaktionärin CROSS Industries AG im September 2009 durch den potenziellen Erwerber veranlasste Aktualisierung des Gutachtens dazu führte, dass der Gutachter seine ursprüngliche Aussage hinsichtlich der Anwendbarkeit der kurzen Verjährungsfrist relativierte und darauf hinwies, dass der OGH in einer jüngeren Entscheidung ausdrücklich offen gelassen habe, ob bei Straftaten bei Machthabern bzw Repräsentanten einer juristischen Person im Verhältnis zur juristischen Person die kurze oder die lange Verjährungsfrist Anwendung findet und sich die jüngere Literatur nunmehr mehrfach für die lange Verjährungsfrist ausgesprochen habe.

Die Frage der Anwendbarkeit der kurzen oder der langen Verjährungsfrist ist nur im Zusammenhang mit einer möglichen zivilrechtlichen Haftung der Gesellschaft auf Grund des Faktums Anlagebetrug von Relevanz. Hingegen ändert die Aussage des ergänzenden Gutachtens vom 25.9.2009 nichts an der bisherigen Einschätzung des Risikos einer zivilrechtlichen Haftung der Gesellschaft im Zusammenhang mit dem Faktum Ausschüttung Sonderdividende. In dieser Hinsicht geht die Gesellschaft weiterhin davon aus, dass im Zusammenhang mit der Ausschüttung der Sonderdividende eine zivilrechtliche Haftung der Gesellschaft auszuschließen ist und alle in diesem Zusammenhang denkbaren Ansprüche der LIBRO AG selbst durch den mit dem Masseverwalter abgeschlossenen Vergleich endgültig bereinigt sind. Theoretisch könnte auch losgelöst von einer strafrechtlichen Verurteilung die Gesellschaft aus einer behaupteten Schutzgesetzverletzung nach §§ 146, 147 StGB in Anspruch genommen werden, weil eine Haftung der Gesellschaft aus einer Schutzgesetzverletzung nicht zwingend eine strafgerichtliche Verurteilung wegen dieser Schutzgesetzverletzung voraussetzt. Aus praktischer Sicht kann es als eher unwahrscheinlich angesehen werden, dass ein Geschädigter ohne eine entsprechende strafgerichtliche Verurteilung Schadenersatzansprüche gegen die Gesellschaft gerichtlich geltend macht, zumal ein solches Zivilprozessverfahren mit einem ungeheuren Verfahrensaufwand und damit auch mit einem extremen Kostenrisiko für den Kläger verbunden wäre. Im Ergebnis bedeutet dies, dass das Risiko einer Inanspruchnahme der Gesellschaft im Zusammenhang mit dem Faktum Anlagebetrug ganz entscheidend davon abhängt, ob auch tatsächlich in weiterer Folge eine Verurteilung von Mag. Kurt Stiasny und/oder Dr. Christian Nowotny wegen strafbarer Handlungen nach § 255 AktG und damit mit höchster Wahrscheinlichkeit auch wegen strafbarer Handlungen nach §§ 146,147 StGB erfolgt. Die derzeit vorliegenden Informationen erlauben - soweit eine solche überhaupt möglich ist - noch keine fundierte Einschätzung, ob und in wie weit die vorliegende Anklage der Staatsanwaltschaft Wiener Neustadt auch tatsächlich - insbesondere hinsichtlich des Faktums Anlagebetrug - zu einer rechtskräftigen strafgerichtlichen Verurteilung führen wird. Eine solche Einschätzung ist im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses zum 30.9.2009 auch selbst bei maximaler Ausschöpfung der dem Vorstand für die Aufstellung des Jahresabschluss zur Verfügung stehenden gesetzlichen Fristen nicht möglich. Der laut Medienberichten zufolge ca 20.000 Seiten umfassende Strafakt befindet sich derzeit auf Grund von gegen die Anklageschrift erhobener Ansprüche beim Oberlandesgericht Wien.

Bei der Beurteilung des Risikos der Gesellschaft, welches unter Einbeziehung aller denkmöglichen Risiken das Eigenkapital der Gesellschaft deutlich übersteigen würde, ob und in wie weit sie im Falle einer strafgerichtlichen Verurteilung von Mag. Kurt Stiasny und/oder Dr. Christian Nowotny in Anspruch genommen werden könnte, ist zwischen drohenden Ansprüchen aus der Abschöpfung im gerichtlichen Strafverfahren einerseits und zivilrechtlichen Ansprüchen, insbesondere Ansprüche auf Schadenersatz sowie auf Anfechtung der anlässlich der Veräußerung von Altaktien an den strategischen Investor abgeschlossenen Kaufverträge wegen arglistiger Täuschung zu differenzieren. Während eine strafgerichtliche Verurteilung jedenfalls dem Grunde nach zu einer Abschöpfung der bei der Gesellschaft aus dem Verkauf von Altaktien an den strategischen Investor eingetretenen Bereicherung führen muss, bedeutet eine strafgerichtliche Verurteilung nicht auch zwangsläufig, dass auch Schadenersatzansprüche gegen die Gesellschaft bestehen. Im Rahmen eines solchen Schadenersatzprozesses werden vielmehr neben der Frage der Schutzgesetzverletzung insbesondere die Frage der Reichweite des verletzten Schutzgesetzes, die Frage der Zurechnung sowie letztlich auch die schon oben angesprochene Frage der Anwendung der kurzen oder der langen Verjährungsfrist zu relevieren sein. Während so hin im Falle einer strafgerichtlichen Verurteilung das Risiko einer Abschöpfung der eingetretenen Bereicherung jedenfalls dem Grunde nach zu bejahen ist, ist durch eine allfällige strafgerichtliche Verurteilung im Zusammenhang mit dem Faktum Anlagebetrug für die Frage des Bestehens darüber hinausgehender zivilrechtlicher Ansprüche noch keinesfalls eine endgültige Aussage getroffen.

Im Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses der UIAG zum 30.9.2009 konnte keine Aussage getroffen werden, dass auf Grund dieses Sachverhaltes ernsthaft mit einer Haftung der UIAG gerechnet werden muss. Infolgedessen wurde für ein allfälliges Prozessrisiko keine Rückstellung gebildet.

Es ist jedenfalls erforderlich, dass die Gesellschaft im Interesse der Abwehr möglicher Ansprüche alles unternimmt, damit es im gerichtlichen Strafverfahren zu keiner Verurteilung im Sinn der Anklage kommt. Es ist daher unerlässlich, dass sich die Gesellschaft am strafgerichtlichen Hauptverfahren als Haftungsbeteiligte beteiligt und in das Verfahren auch alle die Angeklagten entlastenden Argumente einbringt. Im Hinblick auf den damit die Gesellschaft künftig treffenden Aufwand wurde im Jahresabschluss zum 30.9.2009 eine Rückstellung für Abwehrkosten in Höhe von EUR 1.500.000,00 dotiert. Der Vorstand wird unter Beiziehung entsprechender Berater weiterhin alles unternehmen, um möglichst rasch zu einer Einschätzung über den möglichen Ausgang des Strafverfahrens zu gelangen und diese gewonnene Einschätzung anhand der aktuellen Verfahrensentwicklung laufend evaluieren.

Organe der Gesellschaft

Vorstand:

Dipl.-Ing. Herbert Paierl, Wien (bis zum 30.4.2009)

Mag. Friedrich Roithner, Linz

Aufsichtsrat:

Dr. Rudolf Knünz, Dornbirn (Vorsitzender)

Dipl.-Ing. Stefan Pierer, Wels

Dr. Ludwig Andorfer, Linz

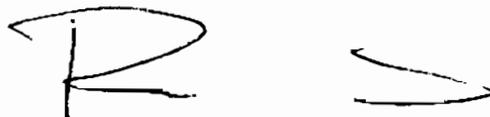
Dr. Ernst Chalupsky, Wels

Josef Blazicek, Perchtoldsdorf (ab 30.4.2009)

Karl Schmutzer, Winzendorf (vom 14.1. bis zum 31.5.2009)

Wien, am 11. Dezember 2009

Der Vorstand

A handwritten signature in black ink, consisting of a large, stylized 'R' followed by a horizontal line that curves upwards at the end.

Mag. Friedrich Roithner

Anlage 1 zum Anhang: Anlagenspiegel
Anlage 2 zum Anhang: Beteiligungsliste

Anlagespiegel zum 30. September 2009

	Anschaffungs- und Herstellungskosten			Abschreibungen			Buchwert				
	Stand am 1.10.2008 EUR	Zugänge EUR	Umgie- derung EUR	Abgänge EUR	Stand am 1.10.2008 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Stand am 30.9.2009 EUR	Buchwert 30.9.2008 EUR		
I. Sachanlagen:	37.493,53	619,24	0,00	12.706,83	28.934,01	3.015,48	12.706,83	0,00	6.163,28	8.559,52	
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.835.129,88	18.707.173,77	7.013.490,00	9.781.000,00	18.774.793,65	0,00	5.363.182,74	5.363.182,74	0,00	18.774.793,65	2.835.129,88
II. Finanzanlagen:											
1. Anteile an verbun- denen Unternehmen	3.430.000,00	3.498.226,46	0,00	0,00	6.928.226,46	0,00	0,00	0,00	0,00	6.928.226,46	3.430.000,00
2. Ausleihungen an ver- bundene Unternehmen	8.956.486,21	5.905.773,37	-7.013.490,00	5.905.773,37	1.942.996,21	0,00	0,00	0,00	0,00	1.893.997,21	8.907.487,21
3. Beteiligungen	7.889.993,90	3.622.461,00	0,00	7.889.993,90	3.622.461,00	1.113.703,10	148.906,87	1.262.609,97	245.355,00	3.867.816,00	6.776.290,80
4. Wertpapiere des Anlagenvermögens	23.111.609,99	31.733.634,60	0,00	23.576.767,27	31.266.477,32	1.162.702,10	5.512.089,61	6.625.792,71	245.355,00	31.464.833,32	21.948.907,89
	23.149.103,52	31.734.253,84	0,00	23.589.474,10	31.293.883,26	1.191.636,11	5.515.105,09	6.638.499,54	245.355,00	31.470.996,60	21.957.467,41

I. Sachanlagen:

Andere Anlagen, Betriebs-
und Geschäftsausstattung

II. Finanzanlagen:

1. Anteile an verbun-
denen Unternehmen
2. Ausleihungen an ver-
bundene Unternehmen
3. Beteiligungen
4. Wertpapiere des
Anlagenvermögens

Beteiligungsliste

Die Gesellschaft hält bei folgenden Unternehmen mindestens 20,00 % Anteilsbesitz:

Beteiligungsunternehmen	Kapital- anteil %	Eigenkapital/ Negatives Eigenkapital EUR	Ergebnis des letzten Ge- schäftsjahres EUR	Bilanz- stichtag
Austria Email Aktien- gesellschaft, Knittelfeld	63,41	15.329.791,62	3.820.659,87	30.9.2009
Kunststoff 1 Management GmbH & Co KG, Wien	75,10	2.149.689,73	146.926,42	30.4.2009
Kunststoff 1 Management GmbH, Wien	100,00	20.538,31	1.933,51	31.12.2008
Lion.cc Libro Online AG (in Liquidation), Wien ¹⁾	35,10	kA	kA	kA
Carpet & Acoustic Products GmbH, Kapfenberg	76,00	-471.118,15	-1.629.001,81	31.12.2008
UIAG Automotive Beteili- gungs GmbH, Wels	100,00	1.460,08	-33.539,92	30.9.2009
Infotech Holding GmbH, Graz (in Liquidation) ¹⁾	100,00	kA	kA	kA

1) Informationen sind nicht verfügbar

Lagebericht der Unternehmens Invest AG, Wien per 30.09.2009

Das Geschäftsjahr der Unternehmens Invest AG (UIAG) umfasst den Zeitraum vom 1.10.2008 bis 30.09.2009. Die Gesellschaft stellt erstmalig zum 30.09.2009 einen Konzernabschluss gemäß IFRS auf. Der Konzern in der derzeitigen Struktur wurde beginnend mit 1.10.2008 neu gebildet.

a) Einzelabschluss der Unternehmens Invest AG (nach UGB):

Das Geschäftsjahr 2008/09 war geprägt von Neuausrichtung der Unternehmens Invest AG ab dem 1. Oktober 2008 als geschäftsführende Holding mit Mehrheitsbeteiligungen. Damit ist es ab dem Geschäftsjahr 2008/09 erforderlich, erstmalig einen Konzernabschluss nach IFRS unter entsprechender Konsolidierung der Beteiligungen zu erstellen. Das heißt, dass die Finanzkennzahlen künftig ein konsolidiertes Gesamtbild der Holding inklusiver ihrer Beteiligungen ergibt.

Im Oktober 2008 hat die Unternehmens Invest AG gemäß der neuen Strategie ihre Beteiligung an der Varioform PET Verpackung GmbH um 26,1% auf insgesamt 75,1% aufgestockt.

Im November 2008 wurden 76% der Geschäftsanteile der Carpet & Acoustic Products GmbH, Kapfenberg – und somit mittelbar 100% an der Durmont Teppichbodenfabrik GmbH, Hartberg - erworben. Gleichzeitig wurde der UIAG eine Put-Option zum Rückverkauf an die CROSS Industries eingeräumt.

Im Dezember 2008 hat die Unternehmens Invest AG mittelbar rund 38,5% der Geschäftsanteile der Austria Email AG () von der CROSS Industries AG übernommen und direkt weitere 1,5% der Aktien an der Austria Email AG erworben. Nach Abschluss der Transaktion hält die Unternehmens Invest AG insgesamt rund 63,4% an der Austria Email AG. Infolge des Unternehmens Invest AG - Strategiewechsels und dem Wegfall der Notwendigkeit von Zwischengesellschaften, ist die SARPEDON Management Consulting GmbH & Co "AEAG" KG auf die Unternehmens Invest AG (UIAG) angewachsen und das Vermögen bzw. Schulden aus der Akquisitionsfinanzierung übernommen worden. Somit wurde auch die Administration wesentlich vereinfacht.

Von Oktober bis November 2008 wurden rund 5,3% der Aktien der POLYTEC Holding AG erworben. Nachdem die POLYTEC unter anderem bedingt durch die Übernahme der Peguform-Gruppe in wirtschaftliche Schwierigkeiten gekommen ist, erfolgte im vierten Quartal des vergangenen Geschäftsjahres im Rahmen der Restrukturierung der Polytec, die Abtretung dieses Anteils an der POLYTEC Holding AG an eine Gesellschaft im Nahebereich der Raiffeisenlandesbank OÖ. Als Gegenleistung dafür übernimmt die Unternehmens Invest AG eine Forderung von den kaufpreisfinanzierenden Banken gegenüber der Peguform Beteiligungs GmbH und der UIAG Automotive Beteiligungs GmbH. Zum Stichtag hält die Unternehmens Invest AG (UIAG) 100% an der UIAG Automotive Beteiligungs GmbH.

Ende Juli 2009 erfolgte der wirtschaftliche Abschluss der Liquidation der InfoTech Holding GmbH, der rechtliche Abschluss der Liquidation (Löschung im Firmenbuch) kann aufgrund der steuerrechtlichen Rahmenbedingungen erst im Frühjahr 2010 erfolgen.

Die Unternehmens Invest AG hat im 2. Geschäftsquartal 40% an der Eternit-Werke Ludwig Hatschek AG -vorbehaltlich der Erfüllung aufschiebender Bedingungen - von der CROSS Industries AG erworben. Geplant war darüber hinaus der Erwerb von weiteren 40 % der Eternit-Anteile im Wege einer Kapitalerhöhung durch die CROSS Industries AG. Aufgrund der Anfechtung der diesbezüglichen Hauptversammlungsbeschlüsse durch einen Minderheitsaktionär und daher mangels fristgerechten Eintritts der vertraglich

vereinbarten aufschiebenden Bedingungen wurde der Kauf des 40 % Aktienpaketes an der Eternitwerke Ludwig Hatschek Aktiengesellschaft rückabgewickelt.

Der Vorstand der Unternehmens Invest Aktiengesellschaft hat dazu eine außerordentliche Hauptversammlung einberufen, deren Gegenstand die Aufhebung der in der ordentlichen Hauptversammlung am 14.01.2009 beschlossenen Kapitalerhöhung und der damit in Zusammenhang stehenden Beschlüsse war.

Im September 2009 wurde die Unternehmens Invest AG von der Buy-Out Central Europe II Beteiligungs-Invest AG darüber informiert, dass die CROSS Industries AG und die Buy-Out Central Europe II Beteiligungs-Invest AG eine Vereinbarung über den Verkauf sämtlicher Aktien, die CROSS Industries AG an der Unternehmens Invest AG hält (61,95%), abgeschlossen hat. Zum 30.9.2009 ist jedoch die Buy-Out Central Europe II Beteiligungs-Invest AG aus der Vereinbarung zum Kauf der Unternehmens Invest AG Anteile zurückgetreten.

Das Finanzanlagevermögen hat sich im Vergleich zum Vorjahr von 21,95 m€ auf 31,46 m€ erhöht. Die Wertpapiere des Anlagevermögens in Höhe von 3,87 m€ (Vorjahr: 6,78 m€) betreffen Anleihen des CROSS Motorsport Systems AG in Höhe von 2,88 m€ sowie Wertpapierveranlagungen in Höhe von 0,98 m€. Die Summe der Ausleihungen beträgt 6,93 m€ (Vorjahr: 3,43 m€) und betrifft Ausleihungen an verbundene Unternehmen.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben sich gegenüber dem Vorjahr von 12,70 m€ auf 8,30 m€ reduziert und betreffen im Wesentlichen Forderungen gegenüber verbundene Unternehmen in Höhe von 1,33 m€ (Vorjahr: 10,09 m€) und Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht in Höhe von 0,5 m€ (Vorjahr: 2,41 m€). Die liquiden Mittel belaufen sich zum Stichtag auf 13,45 m€ (Vorjahr: 14,03 m€).

Die Verbindlichkeiten in Höhe von 6,18 m€ (Vorjahr: 0,27 m€) betreffen im Wesentlichen die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstitute in Höhe von 6,00 m€.

Die Erträge aus Beteiligungen in Höhe von 6,84 m€ (Vorjahr: 0,70 m€) betreffen im Wesentlichen Gewinnausschüttungen in Höhe von 6,71 m€. Die Aufwendungen aus Finanzanlagen in Höhe von 5,51 m€ (Vorjahr: 0,58 m€) betreffen Abschreibungen auf verbundene Unternehmen und Beteiligungen. Das Finanzergebnis hat sich im Vergleich zum Vorjahr von 1,71 m€ auf 2,07 m€ erhöht. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 2,79 m€ (Vorjahr: 1,42 m€) sind im Wesentlichen auf Rechts- und Beratungskosten in Höhe von 1,95 m€ (Vorjahr: 0,23 m€) sowie Personalaufwendungen in Höhe von 0,41 m€ (Vorjahr: 0,48 m€) zurückzuführen. Für die Unternehmens Invest AG ergibt sich im Geschäftsjahr 2008/09 ein Jahresfehlbetrag von -0,88 m€ (Vorjahr: 0,07 m€).

b) Konzernabschluss der Unternehmens Invest AG (nach IFRS):

Die Unternehmens Invest AG übt die Funktion einer geschäftsführenden Holding aus und strebt im Rahmen einer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Beteiligungspolitik Mehrheitsbeteiligungen anstreben. Sie übernimmt als geschäftsführende Holding Managementverantwortung und ist in der aktiven Strategieführung der Beteiligungsunternehmen tätig.

Im Fokus liegen Investments im Industrie- und Dienstleistungsbereich. Die Beteiligungsstrategie der Unternehmens Invest AG wird mit der strategischen Ausrichtung der CROSS Industries AG abgestimmt, um Synergiepotentiale zu nutzen und Überschneidungen zu vermeiden. Diese Schnittstelle unterliegt, der Unternehmenspolitik der CROSS Industries Gruppe folgend, dem „Arms-Length-Prinzip“.

Die bis dahin bestehende Funktion der Unternehmens Invest AG als Gesellschaft für Minderheitsbeteiligungen steht in keinem wirtschaftlichen Zusammenhang mit der

aktuellen Funktion, sodass eine Angabe von Vergleichszahlen der Vorjahresperiode unterbleibt.

Beteiligungsportfolio

Zum Bilanzstichtag 30.09.2009 hält die Unternehmens Invest AG teilweise über Tochtergesellschaften Beteiligungen an insgesamt sechs Unternehmen. Der Gesamtwert des Beteiligungsportfolios beträgt zum Jahresultimo inklusive Ausleihungen und Wertpapiere des Anlagevermögens 31,47 m€ (2008: 21,96 m€).

Varioform PET Verpackung Gesellschaft m.b.H.	75,1%
Austria Email AG	63,4%
Carpet & Acoustic Products GmbH	76,0%
JCK Holding GmbH Textil KG	2%
IDENTEC SOLUTIONS AG	0,1%
Infotech Holding GmbH (in Liquidation)	100%

Im Verlauf des letzten Geschäftsjahres wurden folgende Beteiligungen abgegeben:

POLYTEC HOLDING AG	5,33 %
--------------------	--------

Ergebnis- und Bilanzanalyse

Ergebnisanalyse

Der Gewinn des Geschäftsjahres beträgt 3,88m€. Hierzu trug die Austria Email AG 2,87 m€ (vom 1.1. bis 30.9.2009), die Varioform PET Verpackung GmbH 1,34 m€, die Kunststoff 1 Management GmbH & CO KG 0,07 m€, die UIAG Automotive Beteiligungs GmbH -0,03 m€ bei.

Weiters stammen aus der Unternehmens Invest AG ein Ergebnis in Höhe von + 0,65 m€ sowie Konsolidierungseffekte in Höhe von -1,02 m€.

Im Geschäftsjahr 2008/09 erzielte die Unternehmens Invest AG -Gruppe einen Konzernumsatz von 83,18 m€, wovon 47,30 m€ auf die Austria Email AG (vom 1.1. bis 30.9.2009) und 35,80 m€ auf die Varioform PET Verpackung GmbH entfielen. Weiters stammen aus der Unternehmens Invest AG ein Umsatz in Höhe von 0,09 m€ sowie Konsolidierungseffekte in Höhe von -0,01 m€.

Nach Abzug der Vertriebs- und Marketingaufwendungen, der Verwaltungskosten und den sonstigen betrieblichen Aufwendungen und Kosten ergibt sich ein Konzern EBIT von 3,53 m€.

Bilanzanalyse

Die Konzernbilanzsumme ergab 109,48 m€.

Per 30.09.2009 beträgt das Konzern-Umlaufvermögen rund 42,38 m€, das zu rund 14,09 m€ aus flüssigen Mitteln (hiervon rund 13,45 m€ aus der Unternehmens Invest AG), zu rund 14,70 m€ aus Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (hiervon rund 8,01 m€ aus der Austria Email AG und 6,09 m€ aus der Varioform PET Verpackung GmbH), zu rund 12,04 m€ aus Vorräten (hiervon rund 8,33 m€ aus der Austria Email AG und 3,71 m€ aus der Varioform PET Verpackung GmbH), und zu 1,55 m€ aus sonstigen kurzfristigen Vermögensgegenständen besteht.

Das Konzern-Anlagevermögen beträgt rund 67,1 m€ und besteht zu rund 28,40 m€ aus Sachanlagen (hiervon rund 24,80 m€ aus der Austria Email AG und 3,59 m€ aus der Varioform PET Verpackung GmbH), 9,3 m€ an Finanzanlagen (hiervon rund 11,85 m€

aus der Kunststoff 1 Management GmbH & Co KG, 3,07 m€ aus der UIAG Automotive Beteiligungs GmbH, 30,74 m€ aus der Unternehmens Invest AG sowie Konsolidierungseffekte von rund -36,4 m€), und zu 18,94 m€ an immateriellen Vermögen (hiervon rund 6,45 m€ aus der Austria Email AG ,3,39 m€ aus der Varioform PET Verpackung GmbH und rund 9,1 m€ Firmenwerte), sowie langfristigen und sonstigen Forderungen in Höhe von 10,4 m€, welche im Wesentlichen aus der Unternehmens Invest AG stammen.

Auf der Passiv-Seite belaufen sich die konzernweiten kurzfristigen Verbindlichkeiten und Rückstellungen auf rund 31,71 m€. Davon sind rund 13,32 m€ Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (hiervon rund 4,84 m€ aus der Austria Email AG, 2,47 m€ aus der Varioform PET Verpackung GmbH sowie 6,00 m€ aus der Unternehmens Invest AG), weitere rund 5,44 m€ sind Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (hiervon rund 2,08 m€ aus der Austria Email AG und 3,80 m€ aus der Varioform PET Verpackung GmbH) und rund 12,94 m€ sind sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen (hiervon rund 8,06m€ aus der Austria Email AG, 1,64 m€ aus der Varioform PET Verpackung GmbH und 3,36 m€ aus der Unternehmens Invest AG).

Die langfristigen Verbindlichkeiten und Rückstellungen des Konzerns betragen 21,87 m€ und betreffen die Austria Email AG mit rund 12,73 m€, die Varioform PET Verpackung GmbH mit rund 2,26 m€, die Kunststoff 1 Management GmbH & Co KG mit 9,99 m€, die UIAG Automotive Beteiligungs GmbH mit 3,10 m€ sowie Konsolidierungseffekte mit rund -6,21 m€.

Das Konzern-Eigenkapital beläuft sich auf 55,9 m€ und die Eigenmittelquote beträgt zum Stichtag 51,06%.

Liquiditätsanalyse

Der Cash-flow aus dem operativen Bereich beträgt 16,21 m€ und setzt sich aus dem Ergebnis Cash-Flow (5,82 m€) und Veränderung bei sonstigen Vermögensgegenständen sowie Forderungen und Verbindlichkeiten in Höhe von 10,38 m€ zusammen.

Der Konzern cash-flow aus Investitionen in Höhe von 14,37 m€ umfasst Zugänge im Anlagevermögen in Höhe von 6,94 m€, Ausgaben für Anteilserwerbe 16,13 m€, Investitionen in das Finanzanlagevermögen in Höhe von 3,32 m€ sowie Eingänge aus Anteilsverkäufen und sonstige Abgänge aus dem Anlagevermögen in Höhe von 12,02 m€.

Der Cash-flow aus Finanzierungsaktivitäten beträgt 1,78 m€ und beinhaltet vor allem die Erhöhung der kurzfristigen Bankverbindlichkeiten in Höhe von 1,30 m€ sowie Dividendenzahlungen in Höhe von 2,22 m€.

Investitionen

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden 6,9 m€ in Sachanlagen und Immaterielle Vermögensgegenstände investiert. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um die Errichtung einer Pufferboilerfertigung bei der Austria Email AG am Standort Knittelfeld.

MitarbeiterInnen

Per 30.09.2009 betrug der Personalstand 396 MitarbeiterInnen. Die Mitarbeiter haben die vielfältigen Herausforderungen, die sich vor allem aufgrund der schwierigen gesamtwirtschaftlichen Lage ergeben haben, umgesetzt und dabei entscheidend zum Erfolg des abgelaufenen Geschäftsjahres beigetragen.

Risikobericht

Kerngeschäft der Unternehmens Invest AG ist das Eingehen von Beteiligungen an Unternehmen und die Finanzierung dieser Unternehmen. Dieses Geschäftsmodell beinhaltet – wie alle Arten der Risikofinanzierung – überdurchschnittliche Chancen, denen aber auch Risiken gegenüber stehen: Zum einen hängt die wirtschaftliche Gebarung der Unternehmens Invest AG immer von der wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Beteiligungen und dem Börseumfeld ab. Weiters sind die bilanziellen Wertansätze der Beteiligungen ebenfalls von deren wirtschaftlicher Entwicklung geprägt.

Aus dem Geschäftsmodell der Unternehmens Invest AG ergibt sich, dass es bei einzelnen Beteiligungen auch zu negativen Entwicklungen bis zum Totalverlust des Investments kommen kann. Der Erfolg der Unternehmens Invest AG (UIAG) ist daher über einen längeren Zeitraum zu bemessen. In Summe wird bei Beteiligungsfinanzierungen angestrebt, dass die langfristigen Erfolge etwaige Ausfälle überwiegen. Dies ergibt insgesamt über einen längeren Zeitraum hinweg eine attraktive Anlegerrendite.

Aufgrund des Ausstiegs der Unternehmens Invest AG aus der Mittelstandsfinanzierung besteht das Risiko einer Nachbesteuerung der stillen Reserven.

Aus der vormaligen Beteiligung der Gesellschaft an der LIBRO AG besteht vor allem im Zusammenhang mit einem gegen ehemalige Organe der Gesellschaft anhängigen gerichtlichen Strafverfahren im Falle deren Verurteilung das Risiko, dass die Gesellschaft den bereits 1999/2000 erzielten wirtschaftlichen Erfolg aus dem Verkauf von Aktien der LIBRO AG an einen strategischen Investor durch Abschöpfung im Strafverfahren oder durch Rückzahlung des Kaufpreises wieder verliert und die Gesellschaft gegenüber Zeichner junger Aktien aus der im November 1999 bei der LIBRO AG durchgeführten Kapitalerhöhung schadenersatzpflichtig wird. Auf Basis der derzeitigen Risikoevaluierung wurde für mögliche Ansprüche keine Rückstellung dotiert. Dazu wird auf die ausführlichen Erläuterungen im Anhang verwiesen. Für die zur Anspruchsabwehr künftig entstehenden Aufwendungen wurde eine entsprechende Rückstellung gebildet.

Hinsichtlich weiterer Risikoberichterstattung wird ebenfalls auf die diesbezüglichen Ausführungen im Anhang verwiesen.

Nachhaltigkeit

Die in einer Produktionsfirma wie Austria Email AG vorhandenen Möglichkeiten zur Nachhaltigkeit werden wie folgt genutzt: Einsatz ressourcenschonender Technologien und laufende Investition in Automatisierung und Modernisierung der Anlagen. Durch umfassende Investitionen konnten Einsparungspotentiale erschlossen werden und Rohmaterial- und Energieverbrauch gesenkt werden. Auch in der neuen Pufferboilerfertigung (Fertigstellung Juli 2009) wird durch den Einsatz modernster Anlagen die Umweltbelastung minimiert.

Laufende Weiterentwicklung und Optimierung der Herstellungsverfahren mit dem Ziel den Energieverbrauch zu senken und die Emissionen zu minimieren, sowie umfassende Wartungs- und Instandhaltungsprogramme sorgen für eine laufende Verbesserung der Umweltleistung.

Ziel der Produktentwicklung der Varioform PET Verpackung GmbH ist es ökologische, soziale und wirtschaftliche Ziele in Einklang zu bringen. PET-Verpackungen zeichnen sich bei der Herstellung und beim Transport vom Hersteller über Verbraucher bis zur Entsorgung durch einen geringen Rohstoff- und Energiebedarf aus. Der sparsame Umgang mit Rohstoffen wird durch die Verwendung von Recyclatmaterial gewährleistet. Jährlich werden zigtausende Tonnen Kunststoffabfall dem Recycling zugeführt, das wieder zu Preformen und Flaschen verarbeitet wird.

Corporate Governance Kodex

Der Vorstand und der Aufsichtsrat der Unternehmens Invest AG haben ein klares Bekenntnis zum Corporate Governance Kodex abgegeben. Angaben dazu sind im gesonderten Corporate Governance Bericht der Unternehmens Invest AG enthalten, der im Anschluss an den Lagebericht und auf der Homepage der Unternehmens Invest AG (www.uiag.at) zu finden ist.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag

Im Oktober wurde die Unternehmens Invest AG von Buy-Out Central Europe II Beteiligungs-Invest AG darüber informiert, dass Buy-Out Central Europe II Beteiligungs-Invest AG den Kauf sämtlicher Aktien, die CROSS Industries AG an der Unternehmens Invest AG hält, sowie das angekündigte Übernahmeangebot nicht weiter verfolgen wird. Die bei der Unternehmens Invest AG aufgrund eines Rechtsgutachtens aus 2006 bestehende Annahme, dass gegen die Unternehmens Invest AG aus ihrer seinerzeitigen Beteiligung bei der Libro AG schon infolge Verjährung keine Ansprüche mehr gestellt werden können, hat sich im Rahmen der Due Diligence Untersuchung nicht in einer zweifelsfreien Form bestätigt.

Im November 2009 hat die Unternehmens Invest AG die Beteiligung an der Carpet & Acoustic Products GmbH, sowie der Durmont Teppichbodenfabrik GmbH im Rahmen der bestehenden Optionsvereinbarung mit der CROSS Industries AG zum eingesetzten Kapital wieder an die CROSS Industries AG abgegeben.

Offenlegung gemäß § 243 a UGB

UIAG Aktie und Aktionärsstruktur

Im Geschäftsjahr 2008/09 hat die CROSS Industries AG ihren Anteil auf insgesamt 61,95% erhöht. Die Ocean Consulting GmbH hat ihre Anteile an der Unternehmens Invest AG veräußert.

Zum 30.09. 2009 waren am Grundkapital die nachstehenden Aktionäre beteiligt:

CROSS Industries AG	61,95% (Vorjahr: 59,35%)
Oberbank PE Holding GmbH (vorher: 3 Banken Beteiligung Gesellschaft m.b.H)	9,70% (Vorjahr: 9,7%)
Streubesitz	28,35% (Vorjahr: 22,82%)
Ocean Consulting GmbH	0% (Vorjahr: 8,13%)

Das Grundkapital beträgt 29.080.000 €. Es ist in 4.000.000 nennbetragslose Stückaktien zerlegt und notiert im Prime Markt der Wiener Börse.

Es bestehen keine Beschränkungen von Stimmrechten oder zur Übertragung der Aktien.

Der Kurs der Unternehmens Invest AG -Aktie entwickelte sich im Geschäftsjahr 2008/09 von 15,00 € (Startkurs: 1.10.2008) auf 11,95 € (Schlusskurs: 30.09.2009). Der Jahreshöchstkurs lag bei 15,00 €, der Jahrestiefstkurs bei 8,00 €.

Gemäß § 5 der Satzung der Unternehmens Invest AG ist der Vorstand ermächtigt das Grundkapital der Gesellschaft mit Zustimmung des Aufsichtsrates – allenfalls in mehreren Tranchen – in der Höhe von bis zu 14,54m€ durch Ausgabe von bis zu 2 Millionen Stück Aktien gegen Bareinlage zu erhöhen. Bisher wurde von dieser Ermächtigung noch kein Gebrauch gemacht.

Es existieren keine Entschädigungsvereinbarungen zwischen der Gesellschaft, dem Vorstand und den Aufsichtsratsmitgliedern für den Fall eines Kontrollwechsels. Weitere bedeutende Vereinbarungen, auf die ein Kontrollwechsel oder öffentliches Übernahmeangebot eine Auswirkung hätte, bestehen nicht.

Ausblick auf das Geschäftsjahr 2009/2010

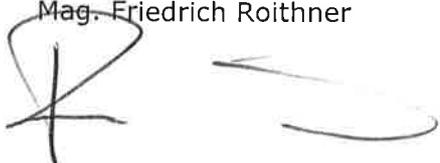
Die gegenwärtige wirtschaftliche Entwicklung legt auch die Rahmenbedingungen für die Geschäftsentwicklung der Unternehmens Invest AG fest. Die Abschätzung der mittelfristigen Entwicklung der Wirtschaft ist nach wie vor mit großen Unsicherheiten behaftet, dennoch scheint die Talfahrt der Weltwirtschaft scheint gestoppt und die Wirtschaftslage sich weiterhin aufzuhellen. Auch die Unternehmens Invest AG überdenkt vor allem hinsichtlich möglicher Einflusststrukturen aus der Vergangenheit ihre Geschäftspolitik.

Das aus der vormaligen Beteiligung an der LIBRO AG bestehende Risiko gibt auf Grund seiner derzeitigen Einschätzung keinen Anlass dafür, von der bisherigen Geschäftspolitik abzugehen. Sollte allerdings die laufende Evaluierung dieses Risikos, insbesondere die Entwicklung des Strafverfahrens ergeben, dass mit einer Inanspruchnahme der Gesellschaft ernsthaft gerechnet werden muss, so wird die bisherige Geschäftspolitik neu zu überdenken sein.

Wien, am 11. Dezember 2009

Der Vorstand

Mag. Friedrich Roithner

The image shows a handwritten signature in black ink. The signature is stylized and appears to be the name 'Friedrich Roithner'. It consists of a large, looped initial 'F' followed by a series of connected, fluid strokes that form the rest of the name.

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe (AAB 2008)

Festgestellt vom Arbeitskreis für Honorarfragen und Auftragsbedingungen bei der Kammer der Wirtschaftstreuhänder und zur Anwendung empfohlen vom Vorstand der Kammer der Wirtschaftstreuhänder mit Beschluss vom 8.3.2000, adaptiert vom Arbeitskreis für Honorarfragen und Auftragsbedingungen am 23.5.2002, am 21.10.2004, am 18.12.2006, am 31.8.2007 sowie am 26.2.2008.

Präambel

(1) Diese Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe gliedern sich in vier Teile: Der I. Teil betrifft Verträge, die als Werkverträge anzusehen sind, mit Ausnahme von Verträgen über die Führung der Bücher, die Vornahme der Personalsachbearbeitung und der Abgabenverrechnung; der II. Teil betrifft Werkverträge über die Führung der Bücher, die Vornahme der Personalsachbearbeitung und der Abgabenverrechnung; der III. Teil hat Verträge, die nicht Werkverträge darstellen und der IV. Teil hat Verbrauchergeschäfte zum Gegenstand.

(2) Für alle Teile der Auftragsbedingungen gilt, dass, falls einzelne Bestimmungen unwirksam sein sollten, dies die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Die unwirksame Bestimmung ist durch eine gültige, die dem angestrebten Ziel möglichst nahe kommt, zu ersetzen.

(3) Für alle Teile der Auftragsbedingungen gilt weiters, dass der zur Ausübung eines Wirtschaftstreuhandberufes Berechtigte verpflichtet ist, bei der Erfüllung der vereinbarten Leistung nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Berufsausübung vorzugehen. Er ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrages hierfür geeigneter Mitarbeiter zu bedienen.

(4) Für alle Teile der Auftragsbedingungen gilt schließlich, dass ausländisches Recht vom Berufsberechtigten nur bei ausdrücklicher schriftlicher Vereinbarung zu berücksichtigen ist.

(5) Die in der Kanzlei des Berufsberechtigten erstellten Arbeiten können nach Wahl des Berufsberechtigten entweder mit oder ohne elektronische Datenverarbeitung erstellt werden. Für den Fall des Einsatzes von elektronischer Datenverarbeitung ist der Auftraggeber, nicht der Berufsberechtigte, verpflichtet, die nach den DSGVO notwendigen Registrierungen oder Verständigungen vorzunehmen.

I. TEIL

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen des I. Teiles gelten für Verträge über (gesetzliche und freiwillige) Prüfungen mit und ohne Bestätigungsvermerk, Gutachten, gerichtliche Sachverständigentätigkeit, Erstellung von Jahres- und anderen Abschlüssen, Steuerberatungstätigkeit und über andere im Rahmen eines Werkvertrages zu erbringende Tätigkeiten mit Ausnahme der Führung der Bücher, der Vornahme der Personalsachbearbeitung und der Abgabenverrechnung.

(2) Die Auftragsbedingungen gelten, wenn ihre Anwendung ausdrücklich oder stillschweigend vereinbart ist. Darüber hinaus sind sie mangels anderer Vereinbarung Auslegungsbefehl.

(3) Punkt 8 gilt auch gegenüber Dritten, die vom Beauftragten zur Erfüllung des Auftrages im Einzelfall herangezogen werden.

2. Umfang und Ausführung des Auftrages

(1) Auf die Absätze 3 und 4 der Präambel wird verwiesen.

(2) Ändert sich die Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Berufsberechtigte nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen. Dies gilt auch für abgeschlossene Teile eines Auftrages.

(3) Ein vom Berufsberechtigten bei einer Behörde (z.B. Finanzamt, Sozialversicherungsträger) elektronisch eingereichtes Anbringen ist als nicht von ihm beziehungsweise vom übermittelnden Bevollmächtigten unterschrieben anzusehen.

3. Aufklärungspflicht des Auftraggebers; Vollständigkeitserklärung

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Berufsberechtigten auch ohne dessen besondere Aufforderung alle für die Ausführung des Auftrages notwendigen Unterlagen rechtzeitig vorgelegt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrages von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Berufsberechtigten bekannt werden.

(2) Der Auftraggeber hat dem Berufsberechtigten die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen im Falle von Prüfungen, Gutachten und Sachverständigentätigkeit schriftlich zu bestätigen. Diese Vollständigkeitserklärung kann auf den berufsüblichen Formularen abgegeben werden.

(3) Wenn bei der Erstellung von Jahresabschlüssen und anderen Abschlüssen vom Auftraggeber erhebliche Risiken nicht bekannt gegeben worden sind, bestehen für den Auftragnehmer insoweit keinerlei Ersatzpflichten.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

Der Auftraggeber ist verpflichtet, alle Vorkehrungen zu treffen, um zu verhindern, dass die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Berufsberechtigten gefährdet wird, und hat selbst jede Gefährdung dieser Unabhängigkeit zu unterlassen. Dies gilt insbesondere für Angebote auf Anstellung und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

5. Berichterstattung und Kommunikation

(1) Bei Prüfungen und Gutachten ist, soweit nichts anderes vereinbart wurde, ein schriftlicher Bericht zu erstatten.

(2) Alle Auskünfte und Stellungnahmen vom Berufsberechtigten und seinen Mitarbeitern sind nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich erfolgen oder schriftlich bestätigt werden. Als schriftliche Stellungnahmen gelten nur solche, bei denen eine firmenmäßige Unterfertigung erfolgt. Als schriftliche Stellungnahmen gelten keinesfalls Auskünfte auf elektronischem Wege, insbesondere auch nicht per E-Mail.

(3) Bei elektronischer Übermittlung von Informationen können Übertragungsfehler nicht ausgeschlossen werden. Der Berufsberechtigte und seine Mitarbeiter haften nicht für Schäden, die durch Übermittlungsfehler entstehen. Die elektronische Übermittlung (inkl. Internet / E-Mail) erfolgt ausschließlich auf Gefahr des Auftraggebers. Dem Auftraggeber ist es bewusst, dass bei Benutzung des Internet die Geheimhaltung nicht gesichert ist. Weiters sind Änderungen oder Ergänzungen zu Dokumenten, die übersandt werden, nur mit ausdrücklicher Zustimmung zulässig.

(4) Der Empfang und die Weiterleitung von Informationen an den Berufsberechtigten und seine Mitarbeiter sind bei Verwendung von Telefon – insbesondere in Verbindung von automatischen Anrufbeantwortungssystemen, Fax, E-Mail und anderen elektronischen Kommunikationsmittel – nicht immer sichergestellt. Aufträge und wichtige Informationen gelten daher dem Berufsberechtigten nur dann als zugegangen, wenn sie auch schriftlich zugegangen sind, es sei denn, es wird im Einzelfall der Empfang ausdrücklich bestätigt. Automatische Übermittlungs- und Lesebestätigungen gelten nicht als solche ausdrücklichen Empfangsbestätigungen. Dies gilt insbesondere für die Übermittlung von Bescheiden und anderen Informationen über Fristen. Kritische und wichtige Mitteilungen müssen daher per Post oder Kurier an den Berufsberechtigten gesandt werden. Die Übergabe von Schriftstücken an Mitarbeiter außerhalb der Kanzlei gilt nicht als Übergabe.

(5) Der Auftraggeber stimmt zu, dass er vom Berufsberechtigten wiederkehrend allgemeine steuerrechtliche und allgemeine wirtschaftsrechtliche Informationen elektronisch übermittelt bekommt. Es handelt sich dabei nicht um unerbetene Nachrichten gemäß § 107 TKG.

6. Schutz des geistigen Eigentums des Berufsberechtigten

- (1) Der Auftraggeber ist verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die im Rahmen des Auftrages vom Berufsberechtigten erstellten Berichte, Gutachten, Organisationspläne, Entwürfe, Zeichnungen, Berechnungen und dergleichen nur für Auftragszwecke (z.B. gemäß § 44 Abs 3 EStG 1988) verwendet werden. Im Übrigen bedarf die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Berufsberechtigten an einen Dritten zur Nutzung der schriftlichen Zustimmung des Berufsberechtigten.
- (2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Berufsberechtigten zu Werbezwecken ist unzulässig; ein Verstoß berechtigt den Berufsberechtigten zur fristlosen Kündigung aller noch nicht durchgeführten Aufträge des Auftraggebers.
- (3) Dem Berufsberechtigten verbleibt an seinen Leistungen das Urheberrecht. Die Einräumung von Werknutzungsbewilligungen bleibt der schriftlichen Zustimmung des Berufsberechtigten vorbehalten.

7. Mängelbeseitigung

- (1) Der Berufsberechtigte ist berechtigt und verpflichtet, nachträglich hervorkommende Unrichtigkeiten und Mängel in seiner beruflichen Äußerung zu beseitigen, und verpflichtet, den Auftraggeber hiervon unverzüglich zu verständigen. Er ist berechtigt, auch über die ursprüngliche Äußerung informierte Dritte von der Änderung zu verständigen.
- (2) Der Auftraggeber hat Anspruch auf die kostenlose Beseitigung von Unrichtigkeiten, sofern diese durch den Auftragnehmer zu vertreten sind; dieser Anspruch erlischt sechs Monate nach erbrachter Leistung des Berufsberechtigten bzw. – falls eine schriftliche Äußerung nicht abgegeben wird – sechs Monate nach Beendigung der beanstandeten Tätigkeit des Berufsberechtigten.
- (3) Der Auftraggeber hat bei Fehlschlägen der Nachbesserung etwaiger Mängel Anspruch auf Minderung. Soweit darüber hinaus Schadenersatzansprüche bestehen, gilt Punkt 8.

8. Haftung

- (1) Der Berufsberechtigte haftet nur für vorsätzliche und grob fahrlässig verschuldete Verletzung der übernommenen Verpflichtungen.
- (2) Im Falle grober Fahrlässigkeit beträgt die Ersatzpflicht des Berufsberechtigten höchstens das zehnfache der Mindestversicherungssumme der Berufshaftpflichtversicherung gemäß § 11 Wirtschaftstreuhandberufsgesetz (WTBG) in der jeweils geltenden Fassung.¹⁾
- (3) Jeder Schadenersatzanspruch kann nur innerhalb von sechs Monaten nachdem der oder die Anspruchsberechtigten von dem Schaden Kenntnis erlangt haben, spätestens aber innerhalb von drei Jahren ab Eintritt des (Primär)Schadens nach dem anspruchsbegründenden Ereignis gerichtlich geltend gemacht werden, sofern nicht in gesetzlichen Vorschriften zwingend andere Verjährungsfristen festgesetzt sind.
- (4) Gilt für Tätigkeiten § 275 UGB kraft zwingenden Rechtes, so gelten die Haftungsnormen des § 275 UGB insoweit sie zwingenden Rechtes sind und zwar auch dann, wenn an der Durchführung des Auftrages mehrere Personen beteiligt gewesen oder mehrere zum Ersatz verpflichtete Handlungen begangen worden sind, und ohne Rücksicht darauf, ob andere Beteiligte vorsätzlich gehandelt haben.
- (5) In Fällen, in denen ein förmlicher Bestätigungsvermerk erteilt wird, beginnt die Verjährungsfrist spätestens mit Erteilung des Bestätigungsvermerkes zu laufen.
- (6) Wird die Tätigkeit unter Einschaltung eines Dritten, z.B. eines Daten verarbeitenden Unternehmens, durchgeführt und der Auftraggeber hiervon benachrichtigt, so gelten nach Gesetz und den Bedingungen des Dritten entstehende Gewährleistungs- und Schadenersatzansprüche gegen den Dritten als an den Auftraggeber abgetreten. Der Berufsberechtigte haftet nur für Verschulden bei der Auswahl des Dritten.
- (7) Eine Haftung des Berufsberechtigten einem Dritten gegenüber wird bei Weitergabe beruflicher Äußerungen durch den Auftraggeber ohne Zustimmung oder Kenntnis des Berufsberechtigten nicht begründet.
- (8) Die vorstehenden Bestimmungen gelten nicht nur im Verhältnis zum Auftraggeber, sondern auch gegenüber Dritten, soweit ihnen der Berufsberechtigte ausnahmsweise doch für seine Tätigkeit haften sollte. Die Haftungshöchstsumme gilt nur insgesamt einmal für alle Geschädigten, einschließlich der Ersatzansprüche des Auftraggebers selbst, auch wenn mehrere Personen (der Auftraggeber und ein Dritter oder auch mehrere Dritte) geschädigt worden sind; Geschädigte werden nach ihrem Zuvorkommen befriedigt.

1) die Haftungsgrenze beträgt somit derzeit EUR 726.730,00

9. Verschwiegenheitspflicht, Datenschutz

- (1) Der Berufsberechtigte ist gemäß § 91 WTBG verpflichtet, über alle Angelegenheiten, die ihm im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für den Auftraggeber bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet oder gesetzliche Äußerungspflichten entgegen stehen.
- (2) Der Berufsberechtigte darf Berichte, Gutachten und sonstige schriftliche Äußerungen über die Ergebnisse seiner Tätigkeit Dritten nur mit Einwilligung des Auftraggebers aushändigen, es sei denn, dass eine gesetzliche Verpflichtung hierzu besteht.
- (3) Der Berufsberechtigte ist befugt, ihm anvertraute personenbezogene Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des Auftrages zu verarbeiten oder durch Dritte gemäß Punkt 8 Abs 6 verarbeiten zu lassen. Der Berufsberechtigte gewährleistet gemäß § 15 Datenschutzgesetz die Verpflichtung zur Wahrung des Datengeheimnisses. Dem Berufsberechtigten überlassenes Material (Datenträger, Daten, Kontrollzahlen, Analysen und Programme) sowie alle Ergebnisse aus der Durchführung der Arbeiten werden grundsätzlich dem Auftraggeber gemäß § 11 Datenschutzgesetz zurückgegeben, es sei denn, dass ein schriftlicher Auftrag seitens des Auftraggebers vorliegt, Material bzw. Ergebnis an Dritte weiterzugeben. Der Berufsberechtigte verpflichtet sich, Vorsorge zu treffen, dass der Auftraggeber seiner Auskunftspflicht laut § 26 Datenschutzgesetz nachkommen kann. Die dazu notwendigen Aufträge des Auftraggebers sind schriftlich an den Berufsberechtigten weiterzugeben. Sofern für solche Auskunftsarbeiten kein Honorar vereinbart wurde, ist nach tatsächlichem Aufwand an den Auftraggeber zu verrechnen. Der Verpflichtung zur Information der Betroffenen bzw. Registrierung im Datenverarbeitungsregister hat der Auftraggeber nachzukommen, sofern nichts Anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart wurde.

10. Kündigung

- (1) Soweit nicht etwas Anderes schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist, können die Vertragspartner den Vertrag jederzeit mit sofortiger Wirkung kündigen. Der Honoraranspruch bestimmt sich nach Punkt 12.
- (2) Ein – im Zweifel stets anzunehmender – Dauerauftrag (auch mit Pauschalvergütung) kann allerdings, soweit nichts Anderes schriftlich vereinbart ist, ohne Vorliegen eines wichtigen Grundes (vergleiche § 88 Abs 4 WTBG) nur unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalendermonats gekündigt werden.
- (3) Bei einem gekündigten Dauerauftragsverhältnis zählen - außer in Fällen des Abs 5 - nur jene einzelnen Werke zum verbleibenden Auftragsstand, deren vollständige oder überwiegende Ausführung innerhalb der Kündigungsfrist möglich ist, wobei Jahresabschlüsse und Jahressteuerklärungen innerhalb von 2 Monaten nach Bilanzstichtag als überwiegend ausführbar anzusehen sind. Diesfalls sind sie auch tatsächlich innerhalb berufsbüchlicher Frist fertig zu stellen, sofern sämtliche erforderlichen Unterlagen unverzüglich zur Verfügung gestellt werden und soweit nicht ein wichtiger Grund iSd § 88 Abs 4 WTBG vorliegt.
- (4) Im Falle der Kündigung gemäß Abs 2 ist dem Auftraggeber innerhalb Monatsfrist schriftlich bekannt zu geben, welche Werke im Zeitpunkt der Kündigung des Auftragsverhältnisses noch zum fertig zu stellenden Auftragsstand zählen.
- (5) Unterbleibt die Bekanntgabe von noch auszuführenden Werken innerhalb dieser Frist, so gilt der Dauerauftrag mit Fertigstellung der zum Zeitpunkt des Einlangens der Kündigungserklärung begonnenen Werke als beendet.
- (6) Wären bei einem Dauerauftragsverhältnis im Sinne der Abs 2 und 3 - gleichgültig aus welchem Grunde - mehr als 2 gleichartige, üblicherweise nur einmal jährlich zu erstellende Werke (z.B. Jahresabschlüsse, Steuerklärungen etc.) fertig zu stellen, so zählen die darüber hinaus gehenden Werke nur bei ausdrücklichem Einverständnis des Auftraggebers zum verbleibenden Auftragsstand. Auf diesen Umstand ist der Auftraggeber in der Mitteilung gemäß Abs 4 gegebenenfalls ausdrücklich hinzuweisen.

11. Annahmeverzug und unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers

Kommt der Auftraggeber mit der Annahme der vom Berufsberechtigten angebotenen Leistung in Verzug oder unterlässt der Auftraggeber eine ihm nach Punkt 3 oder sonst wie obliegende Mitwirkung, so ist der Berufsberechtigte zur fristlosen Kündigung des Vertrages berechtigt. Seine Honoraransprüche bestimmen sich nach Punkt 12. Annahmeverzug sowie unterlassene Mitwirkung seitens des Auftraggebers begründen auch dann den Anspruch des Berufsberechtigten auf Ersatz der ihm hierdurch entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, wenn der Berufsberechtigte von seinem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

12. Honoraranspruch

(1) Unterbleibt die Ausführung des Auftrages (z.B. wegen Kündigung), so gebührt dem Berufsberechtigten gleichwohl das vereinbarte Entgelt, wenn er zur Leistung bereit war und durch Umstände, deren Ursache auf Seiten des Bestellers liegen, daran verhindert worden ist (§ 1168 ABGB); der Berufsberechtigte braucht sich in diesem Fall nicht anrechnen zu lassen, was er durch anderweitige Verwendung seiner und seiner Mitarbeiter Arbeitskraft erwirbt oder zu erwerben unterlässt.

(2) Unterbleibt eine zur Ausführung des Werkes erforderliche Mitwirkung des Auftraggebers, so ist der Berufsberechtigte auch berechtigt, ihm zur Nachholung eine angemessene Frist zu setzen mit der Erklärung, dass nach fruchtlosem Verstreichen der Frist der Vertrag als aufgehoben gelte, im Übrigen gelten die Folgen des Abs 1.

(3) Kündigt der Berufsberechtigte ohne wichtigen Grund zur Unzeit, so hat er dem Auftraggeber den daraus entstandenen Schaden nach Maßgabe des Punktes 8 zu ersetzen.

(4) Ist der Auftraggeber – auf die Rechtslage hingewiesen – damit einverstanden, dass sein bisheriger Vertreter den Auftrag ordnungsgemäß zu Ende führt, so ist der Auftrag auch auszuführen.

13. Honorar

(1) Sofern nicht ausdrücklich Unentgeltlichkeit, aber auch nichts Anderes vereinbart ist, wird gemäß § 1004 und § 1152 ABGB eine angemessenen Entlohnung geschuldet. Sofern nicht nachweislich eine andere Vereinbarung getroffen wurde sind Zahlungen des Auftraggebers immer auf die älteste Schuld anzurechnen. Der Honoraranspruch des Berufsberechtigten ergibt sich aus der zwischen ihm und seinem Auftraggeber getroffenen Vereinbarung.

(2) Das gute Einvernehmen zwischen den zur Ausübung eines Wirtschaftstreuhandberufes Berechtigten und ihren Auftraggebern wird vor allem durch möglichst klare Entgeltvereinbarungen bewirkt.

(3) Die kleinste verrechenbare Leistungseinheit beträgt eine viertel Stunde.

(4) Auch die Wegzeit wird üblicherweise im notwendigen Umfang verrechnet.

(5) Das Aktenstudium in der eigenen Kanzlei, das nach Art und Umfang zur Vorbereitung des Berufsberechtigten notwendig ist, kann gesondert verrechnet werden.

(6) Erweist sich durch nachträglich hervorgekommene besondere Umstände oder besondere Inanspruchnahme durch den Auftraggeber ein bereits vereinbartes Entgelt als unzureichend, so sind Nachverhandlungen mit dem Ziel, ein angemessenes Entgelt nachträglich zu vereinbaren, üblich. Dies ist auch bei unzureichenden Pauschalhonoraren üblich.

(7) Die Berufsberechtigten verrechnen die Nebenkosten und die Umsatzsteuer zusätzlich.

(8) Zu den Nebenkosten zählen auch belegte oder pauschalierte Barauslagen, Reisespesen (bei Bahnfahrten 1. Klasse, gegebenenfalls Schlafwagen), Diäten, Kilometergeld, Fotokopierkosten und ähnliche Nebenkosten.

(9) Bei besonderen Haftpflichtversicherungserfordernissen zählen die betreffenden Versicherungsprämien zu den Nebenkosten.

(10) Weiters sind als Nebenkosten auch Personal- und Sachaufwendungen für die Erstellung von Berichten, Gutachten uä. anzusehen.

(11) Für die Ausführung eines Auftrages, dessen gemeinschaftliche Erledigung mehreren Berufsberechtigten übertragen worden ist, wird von jedem das seiner Tätigkeit entsprechende Entgelt verrechnet.

(12) Entgelte und Entgeltvorschüsse sind mangels anderer Vereinbarungen sofort nach deren schriftlicher Geltendmachung fällig. Für Entgeltzahlungen, die später als 14 Tage nach Fälligkeit geleistet werden, können Verzugszinsen verrechnet werden. Bei beiderseitigen Unternehmengeschäften gelten Verzugszinsen in der Höhe von 8 % über dem Basiszinssatz als vereinbart (siehe § 352 UGB).

(13) Die Verjährung richtet sich nach § 1486 ABGB und beginnt mit Ende der Leistung bzw. mit späterer, in angemessener Frist erfolgter Rechnungslegung zu laufen.

(14) Gegen Rechnungen kann innerhalb von 4 Wochen ab Rechnungsdatum schriftlich beim Berufsberechtigten Einspruch erhoben werden. Andernfalls gilt die Rechnung als anerkannt. Die Aufnahme einer Rechnung in die Bücher gilt jedenfalls als Anerkenntnis.

(15) Auf die Anwendung des § 934 ABGB im Sinne des § 351 UGB, das ist die Anfechtung wegen Verkürzung über die Hälfte für Geschäfte unter Unternehmern, wird verzichtet.

14. Sonstiges

(1) Der Berufsberechtigte hat neben der angemessenen Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Ersatz seiner Auslagen. Er kann entsprechende Vorschüsse verlangen und seine (fortgesetzte)-Tätigkeit von der Zahlung dieser Vorschüsse abhängig machen. Er kann auch die Auslieferung des Leistungsergebnisses von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Auf das gesetzliche Zurückbehaltungsrecht (§ 471 ABGB, § 369 UGB) wird in diesem Zusammenhang verwiesen. Wird das Zurückbehaltungsrecht zu Unrecht ausgeübt, haftet der Berufsberechtigte nur bei krass grober Fahrlässigkeit bis zur Höhe seiner noch offenen Forderung. Bei Dauerverträgen darf die Erbringung weiterer Leistungen bis zur Bezahlung früherer Leistungen verweigert werden. Bei Erbringung von Teilleistungen und offener Teilhonorierung gilt dies sinngemäß.

(2) Eine Beanstandung der Arbeiten des Berufsberechtigten berechtigt, außer bei offenkundigen wesentlichen Mängeln, nicht zur Zurückhaltung der ihm nach Abs 1 zustehenden Vergütungen.

(3) Eine Aufrechnung gegen Forderungen des Berufsberechtigten auf Vergütungen nach Abs 1 ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

(4) Der Berufsberechtigte hat auf Verlangen und Kosten des Auftraggebers alle Unterlagen herauszugeben, die er aus Anlass seiner Tätigkeit von diesem erhalten hat. Dies gilt jedoch nicht für den Schriftwechsel zwischen dem Berufsberechtigten und seinem Auftraggeber und für die Schriftstücke, die dieser in Urschrift besitzt und für Schriftstücke, die einer Aufbewahrungspflicht nach der Geldwäscherichtlinie unterliegen. Der Berufsberechtigte kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen. Der Auftraggeber hat hierfür die Kosten insoweit zu tragen als diese Abschriften oder Fotokopien zum nachträglichen Nachweis der ordnungsgemäßen Erfüllung der Berufspflichten des Berufsberechtigten erforderlich sein könnten.

(5) Der Auftraggeber hat die dem Berufsberechtigten übergebenen Unterlagen nach Abschluss der Arbeiten binnen 3 Monaten abzuholen. Bei Nichtabholung übergebener Unterlagen kann der Berufsberechtigte nach zweimaliger nachweislicher Aufforderung an den Auftraggeber, übergebene Unterlagen abzuholen, diese auf dessen Kosten zurückstellen und/oder Depotgebühren in Rechnung stellen.

(6) Der Berufsberechtigte ist berechtigt, fällige Honorarforderungen mit etwaigen Depotguthaben, Verrechnungsgeldern, Treuhandgeldern oder anderen in seiner Gewahrsame befindlichen liquiden Mitteln auch bei ausdrücklicher Inverwahrungnahme zu kompensieren, sofern der Auftraggeber mit einem Gegenanspruch des Berufsberechtigten rechnen musste.

(7) Zur Sicherung einer bestehenden oder künftigen Honorarforderung ist der Berufsberechtigte berechtigt, ein finanzamtliches Guthaben oder ein anderes Abgaben- oder Beitragsguthaben des Auftraggebers auf ein Anderkonto zu transferieren. Diesfalls ist der Auftraggeber vom erfolgten Transfer zu verständigen. Danach kann der sichergestellte Betrag entweder im Einvernehmen mit dem Auftraggeber oder bei Vollstreckbarkeit der Honorarforderung eingezogen werden.

15. Anzuwendendes Recht, Erfüllungsort, Gerichtsstand

(1) Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur österreichisches Recht.

(2) Erfüllungsort ist der Ort der beruflichen Niederlassung des Berufsberechtigten.

(3) Für Streitigkeiten ist das Gericht des Erfüllungsortes zuständig.

16. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungen

(1) Bei Abschlussprüfungen, die mit dem Ziel der Erteilung eines förmlichen Bestätigungsvermerkes durchgeführt werden (wie z.B. §§ 268ff UGB) erstreckt sich der Auftrag, soweit nicht anderweitige schriftliche Vereinbarungen getroffen worden sind, nicht auf die Prüfung der Frage, ob die Vorschriften des Steuerrechts oder Sondervorschriften, wie z.B. die Vorschriften des Preis-, Wettbewerbsbeschränkungs- und Devisenrechts, eingehalten sind. Die Abschlussprüfung erstreckt sich auch nicht auf die Prüfung der Führung der Geschäfte hinsichtlich Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit. Im Rahmen der Abschlussprüfung besteht auch keine Verpflichtung zur Aufdeckung von Buchfälschungen und sonstigen Unregelmäßigkeiten.

(2) Bei Abschlussprüfungen ist der Jahresabschluss, wenn ihm der uneingeschränkte oder eingeschränkte Bestätigungsvermerk beigesetzt werden kann, mit jenem Bestätigungsvermerk zu versehen, der der betreffenden Unternehmensform entspricht.

- (3) Wird ein Jahresabschluss mit dem Bestätigungsvermerk des Prüfers veröffentlicht, so darf dies nur in der vom Prüfer bestätigten oder in einer von ihm ausdrücklich zugelassenen anderen Form erfolgen.
- (4) Widerruft der Prüfer den Bestätigungsvermerk, so darf dieser nicht weiterverwendet werden. Wurde der Jahresabschluss mit dem Bestätigungsvermerk veröffentlicht, so ist auch der Widerruf zu veröffentlichen.
- (5) Für sonstige gesetzliche und freiwillige Abschlussprüfungen sowie für andere Prüfungen gelten die obigen Grundsätze sinngemäß.

17. Ergänzende Bestimmungen für die Erstellung von Jahres- und anderen Abschlüssen, für Beratungstätigkeit und andere im Rahmen eines Werkvertrages zu erbringende Tätigkeiten

- (1) Der Berufsberechtigte ist berechtigt, bei obgenannten Tätigkeiten die Angaben des Auftraggebers, insbesondere Zahlenangaben, als richtig anzunehmen. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen. Der Auftraggeber hat dem Berufsberechtigten alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Berufsberechtigten eine angemessene Bearbeitungszeit, mindestens jedoch eine Woche, zur Verfügung steht.
- (2) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die Beratungstätigkeit folgende Tätigkeiten:
- Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommen- oder Körperschaftsteuer sowie Umsatzsteuer und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden oder vom Auftragnehmer erstellten Jahresabschlüsse und sonstiger, für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise.
 - Prüfung der Bescheide zu den unter a) genannten Erklärungen.
 - Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden.
 - Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.
 - Mitwirkung im Rechtsmittelverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern. Erhält der Berufsberechtigte für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.
- (3) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Einheitsbewertung sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer und sonstiger Steuern und Abgaben erfolgt nur auf Grund eines besonderen Auftrages. Dies gilt auch für
- die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
 - die Verteidigung und die Beiziehung zu dieser im Finanzstrafverfahren,
 - die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Gründung, Umwandlung, Verschmelzung, Kapitalerhöhung und –herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerungen, Liquidation, betriebswirtschaftliche Beratung und andere Tätigkeiten gemäß §§ 3 bis 5 WTBG, die Verfassung der Eingaben zum Firmenbuch im Zusammenhang mit Jahresabschlüssen einschließlich der erforderlichen Evidenzführungen.
- (4) Soweit die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung zum übernommenen Auftrag zählt, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Prüfung, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Begünstigungen wahrgenommen worden sind, es sei denn, hierüber besteht eine nachweisliche Beauftragung.
- (5) Vorstehende Absätze gelten nicht bei Sachverständigentätigkeit.

II. TEIL

18. Geltungsbereich

Die Auftragsbedingungen des II. Teiles gelten für Werkverträge über die Führung der Bücher, die Vornahme der Personalsachbearbeitung und die Abgabenverrechnung.

19. Umfang und Ausführung des Auftrages

- (1) Auf die Absätze 3 und 4 der Präambel wird verwiesen.
- (2) Der Berufsberechtigte ist berechtigt, die ihm erteilten Auskünfte und übergebenen Unterlagen des Auftraggebers, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig anzusehen und der Buchführung zu Grunde zu legen. Der Berufsberechtigte ist ohne gesonderten schriftlichen Auftrag nicht verpflichtet, Unrichtigkeiten fest zu stellen. Stellt er allerdings Unrichtigkeiten fest, so hat er dies dem Auftraggeber bekannt zu geben.

- (3) Falls für die im Punkt 18 genannten Tätigkeiten ein Pauschalhonorar vereinbart ist, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarung die Vertretungstätigkeit im Zusammenhang mit abgaben- und beitragsrechtlichen Prüfungen aller Art einschließlich der Abschluss von Vergleichen über Abgabenbemessungs- oder Beitragsgrundlagen, Berichterstattung, Rechtsmittelerhebung uä gesondert zu honorieren.

- (4) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen im Zusammenhang mit den im Punkt 18 genannten Tätigkeiten, insbesondere Feststellungen über das prinzipielle Vorliegen einer Pflichtversicherung, erfolgt nur aufgrund eines besonderen Auftrages und ist nach dem I. oder III. Teil der vorliegenden Auftragsbedingungen zu beurteilen.

- (5) Ein vom Berufsberechtigten bei einer Behörde (z.B. Finanzamt, Sozialversicherungsträger) elektronisch eingereichtes Anbringen ist als nicht von ihm beziehungsweise vom übermittelnden Bevollmächtigten unterschrieben anzusehen.

20. Mitwirkungspflicht des Auftraggebers

Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Berufsberechtigten auch ohne dessen besondere Aufforderung alle für die Führung der Bücher, die Vornahme der Personalsachbearbeitung und die Abgabenverrechnung notwendigen Auskünfte und Unterlagen zum vereinbarten Termin zur Verfügung stehen.

21. Kündigung

- (1) Soweit nicht etwas Anderes schriftlich vereinbart ist, kann der Vertrag ohne Angabe von Gründen von jedem der Vertragspartner unter Einhaltung einer dreimonatigen Kündigungsfrist zum Ende eines Kalendermonats gekündigt werden.
- (2) Kommt der Auftraggeber seiner Verpflichtung gemäß Punkt 20 wiederholt nicht nach, berechtigt dies den Berufsberechtigten zu sofortiger fristloser Kündigung des Vertrages.
- (3) Kommt der Berufsberechtigte mit der Leistungserstellung aus Gründen in Verzug, die er allein zu vertreten hat, so berechtigt dies den Auftraggeber zu sofortiger fristloser Kündigung des Vertrages.
- (4) Im Falle der Kündigung des Auftragsverhältnisses zählen nur jene Werke zum Auftragsstand, an denen der Auftragnehmer bereits arbeitet oder die überwiegend in der Kündigungsfrist fertig gestellt werden können und die er binnen eines Monats nach der Kündigung bekannt gibt.

22. Honorar und Honoraranspruch

- (1) Sofern nichts Anderes schriftlich vereinbart ist, gilt das Honorar als jeweils für ein Auftragsjahr vereinbart.
- (2) Bei Vertragsauflösung gemäß Punkt 21 Abs 2 behält der Berufsberechtigte den vollen Honoraranspruch für drei Monate. Dies gilt auch bei Nichteinhaltung der Kündigungsfrist durch den Auftraggeber.
- (3) Bei Vertragsauflösung gemäß Punkt 21 Abs 3 hat der Berufsberechtigte nur Anspruch auf Honorar für seine bisherigen Leistungen, sofern sie für den Auftraggeber verwertbar sind.
- (4) Ist kein Pauschalhonorar vereinbart, richtet sich die Höhe des Honorars gemäß Abs 2 nach dem Monatsdurchschnitt des laufenden Auftragsjahres bis zur Vertragsauflösung.
- (5) Sofern nicht ausdrücklich Unentgeltlichkeit, aber auch nichts Anderes vereinbart ist, wird gemäß § 1004 und § 1152 ABGB eine angemessenen Entlohnung geschuldet. Sofern nicht nachweislich eine andere Vereinbarung getroffen wurde sind Zahlungen des Auftraggebers immer auf die älteste Schuld anzurechnen. Der Honoraranspruch des Berufsberechtigten ergibt sich aus der zwischen ihm und seinem Auftraggeber getroffenen Vereinbarung. Im Übrigen gelten die unter Punkt 13. (Honorar) normierten Grundsätze.
- (6) Auf die Anwendung des § 934 ABGB im Sinne des § 351 UGB, das ist die Anfechtung wegen Verkürzung über die Hälfte für Geschäfte unter Unternehmern, wird verzichtet.

23. Sonstiges

Im Übrigen gelten Punkt 1 Abs 2, Punkt 4, Punkt 6, Punkt 7, Punkt 8, Punkt 9, Punkt 14 und Punkt 15 des I. Teiles der Auftragsbedingungen sinngemäß.

III. TEIL

24. Geltungsbereich

- (1) Die Auftragsbedingungen des III. Teiles gelten für alle in den vorhergehenden Teilen nicht erwähnten Verträge, die nicht als Werkverträge anzusehen sind und nicht mit in den vorhergehenden Teilen erwähnten Verträgen in Zusammenhang stehen.

(2) Insbesondere gilt der III. Teil der Auftragsbedingungen für Verträge über einmalige Teilnahme an Verhandlungen, für Tätigkeiten als Organ im Insolvenzverfahren, für Verträge über einmaliges Einschreiten und über Bearbeitung der in Punkt 17 Abs 3 erwähnten Einzelfragen ohne Vorliegen eines Dauervertrages.

25. Umfang und Ausführung des Auftrages

- (1) Auf die Absätze 3 und 4 der Präambel wird verwiesen.
- (2) Der Berufsberechtigte ist berechtigt und verpflichtet, die ihm erteilten Auskünfte und übergebenen Unterlagen des Auftraggebers, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig anzusehen. Er hat im Finanzstrafverfahren die Rechte des Auftraggebers zu wahren.
- (3) Der Berufsberechtigte ist ohne gesonderten schriftlichen Auftrag nicht verpflichtet, Unrichtigkeiten fest zu stellen. Stellt er allerdings Unrichtigkeiten fest, so hat er dies dem Auftraggeber bekannt zu geben.

26. Mitwirkungspflicht des Auftraggebers

Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Berufsberechtigten auch ohne dessen besondere Aufforderung alle notwendigen Auskünfte und Unterlagen rechtzeitig zur Verfügung stehen.

27. Kündigung

Soweit nicht etwas Anderes schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist, können die Vertragspartner den Vertrag jederzeit mit sofortiger Wirkung kündigen (§ 1020 ABGB).

28. Honorar und Honoraranspruch

- (1) Sofern nicht ausdrücklich Unentgeltlichkeit, aber auch nichts Anderes vereinbart ist, wird gemäß § 1004 und § 1152 ABGB eine angemessenen Entlohnung geschuldet. Sofern nicht nachweislich eine andere Vereinbarung getroffen wurde sind Zahlungen des Auftraggebers immer auf die älteste Schuld anzurechnen. Der Honoraranspruch des Berufsberechtigten ergibt sich aus der zwischen ihm und seinem Auftraggeber getroffenen Vereinbarung. Im Übrigen gelten die unter Punkt 13. (Honorar) normierten Grundsätze.
- (2) Im Falle der Kündigung ist der Honoraranspruch nach den bereits erbrachten Leistungen, sofern sie für den Auftraggeber verwertbar sind, zu aliquotieren.
- (3) Auf die Anwendung des § 934 ABGB im Sinne des § 351 UGB, das ist die Anfechtung wegen Verkürzung über die Hälfte für Geschäfte unter Unternehmern, wird verzichtet.

29. Sonstiges

Die Verweisungen des Punktes 23 auf Bestimmungen des I. Teiles der Auftragsbedingungen gelten sinngemäß.

IV. TEIL

30. Geltungsbereich

Die Auftragsbedingungen des IV. Teiles gelten ausschließlich für Verbrauchergeschäfte gemäß Konsumentenschutzgesetz (Bundesgesetz vom 8.3.1979/BGBl Nr.140 in der derzeit gültigen Fassung).

31. Ergänzende Bestimmungen

- (1) Für Verträge zwischen Berufsberechtigten und Verbrauchern gelten die zwingenden Bestimmungen des Konsumentenschutzgesetzes.
- (2) Der Berufsberechtigte haftet nur für vorsätzliche und grob fahrlässig verschuldete Verletzung der übernommenen Verpflichtungen.
- (3) Anstelle der im Punkt 8 Abs 2 AAB normierten Begrenzung ist auch im Falle grober Fahrlässigkeit die Ersatzpflicht des Berufsberechtigten nicht begrenzt.
- (4) Punkt 8 Abs 3 AAB (Geltendmachung der Schadenersatzansprüche innerhalb einer bestimmten Frist) gilt nicht.
- (5) Rücktrittsrecht gemäß § 3 KSchG:

Hat der Verbraucher seine Vertragserklärung nicht in den vom Berufsberechtigten dauernd benützten Kanzleiräumen abgegeben, so kann er von seinem Vertragsantrag oder vom Vertrag zurücktreten. Dieser Rücktritt kann bis zum Zustandekommen des Vertrages oder danach binnen einer Woche erklärt werden; die Frist beginnt mit der Ausfolgung einer Urkunde, die zumindest den Namen und die Anschrift des Berufsberechtigten sowie eine Belehrung über das Rücktrittsrecht enthält, an den Verbraucher, frühestens jedoch mit dem Zustandekommen des Vertrages zu laufen. Das Rücktrittsrecht steht dem Verbraucher nicht zu,

1. wenn er selbst die geschäftliche Verbindung mit dem Berufsberechtigten oder dessen Beauftragten zwecks Schließung dieses Vertrages angebahnt hat,

2. wenn dem Zustandekommen des Vertrages keine Besprechungen zwischen den Beteiligten oder ihren Beauftragten vorangegangen sind oder

3. bei Verträgen, bei denen die beiderseitigen Leistungen sofort zu erbringen sind, wenn sie üblicherweise von Berufsberechtigten außerhalb ihrer Kanzleiräume geschlossen werden und das vereinbarte Entgelt € 15 nicht übersteigt.

Der Rücktritt bedarf zu seiner Rechtswirksamkeit der Schriftform. Es genügt, wenn der Verbraucher ein Schriftstück, das seine Vertragserklärung oder die des Berufsberechtigten enthält, dem Berufsberechtigten mit einem Vermerk zurückstellt, der erkennen lässt, dass der Verbraucher das Zustandekommen oder die Aufrechterhaltung des Vertrages ablehnt. Es genügt, wenn die Erklärung innerhalb einer Woche abgesendet wird.

Tritt der Verbraucher gemäß § 3 KSchG vom Vertrag zurück, so hat Zug um Zug

1. der Berufsberechtigte alle empfangenen Leistungen samt gesetzlichen Zinsen vom Empfangstag an zurückzuerstatten und den vom Verbraucher auf die Sache gemachten notwendigen und nützlichen Aufwand zu ersetzen,

2. der Verbraucher dem Berufsberechtigten den Wert der Leistungen zu vergüten, soweit sie ihm zum klaren und überwiegenden Vorteil gereichen.

Gemäß § 4 Abs 3 KSchG bleiben Schadenersatzansprüche unberührt.

(6) Kostenvoranschläge gemäß § 5 KSchG

Für die Erstellung eines Kostenvoranschlages im Sinn des § 1170a ABGB durch den Berufsberechtigten hat der Verbraucher ein Entgelt nur dann zu zahlen, wenn er vorher auf diese Zahlungspflicht hingewiesen worden ist.

Wird dem Vertrag ein Kostenvoranschlag des Berufsberechtigten zugrunde gelegt, so gilt dessen Richtigkeit als gewährleistet, wenn nicht das Gegenteil ausdrücklich erklärt ist.

(7) Mängelbeseitigung: Punkt 7 wird ergänzt

Ist der Berufsberechtigte nach § 932 ABGB verpflichtet, seine Leistungen zu verbessern oder Fehlendes nachzutragen, so hat er diese Pflicht zu erfüllen, an dem Ort, an dem die Sache übergeben worden ist. Ist es für den Verbraucher tunlich, die Werke und Unterlagen vom Berufsberechtigten gesendet zu erhalten, so kann dieser diese Übersendung auf seine Gefahr und Kosten vornehmen.

(8) Gerichtsstand: Anstelle Punkt 15 Abs 3:

Hat der Verbraucher im Inland seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt oder ist er im Inland beschäftigt, so kann für eine Klage gegen ihn nach den §§ 88, 89, 93 Abs 2 und 104 Abs 1 JN nur die Zuständigkeit eines Gerichtes begründet werden, in dessen Sprengel der Wohnsitz, der gewöhnliche Aufenthalt oder der Ort der Beschäftigung liegt.

(9) Verträge über wiederkehrende Leistungen

(a) Verträge, durch die sich der Berufsberechtigte zu Werkleistungen und der Verbraucher zu wiederholten Geldzahlungen verpflichten und die für eine unbestimmte oder eine ein Jahr übersteigende Zeit geschlossen worden sind, kann der Verbraucher unter Einhaltung einer zweimonatigen Frist zum Ablauf des ersten Jahres, nachher zum Ablauf jeweils eines halben Jahres kündigen.

(b) Ist die Gesamtheit der Leistungen eine nach ihrer Art unteilbare Leistung, deren Umfang und Preis schon bei der Vertragsschließung bestimmt sind, so kann der erste Kündigungstermin bis zum Ablauf des zweiten Jahres hinausgeschoben werden. In solchen Verträgen kann die Kündigungsfrist auf höchstens sechs Monate verlängert werden.

(c) Erfordert die Erfüllung eines bestimmten, in lit.a) genannten Vertrages erhebliche Aufwendungen des Berufsberechtigten und hat er dies dem Verbraucher spätestens bei der Vertragsschließung bekannt gegeben, so können den Umständen angemessene, von den in lit.a) und b) genannten abweichende Kündigungstermine und Kündigungsfristen vereinbart werden.

(d) Eine Kündigung des Verbrauchers, die nicht fristgerecht ausgesprochen worden ist, wird zum nächsten nach Ablauf der Kündigungsfrist liegenden Kündigungstermin wirksam.

WWW.UIAG.AT